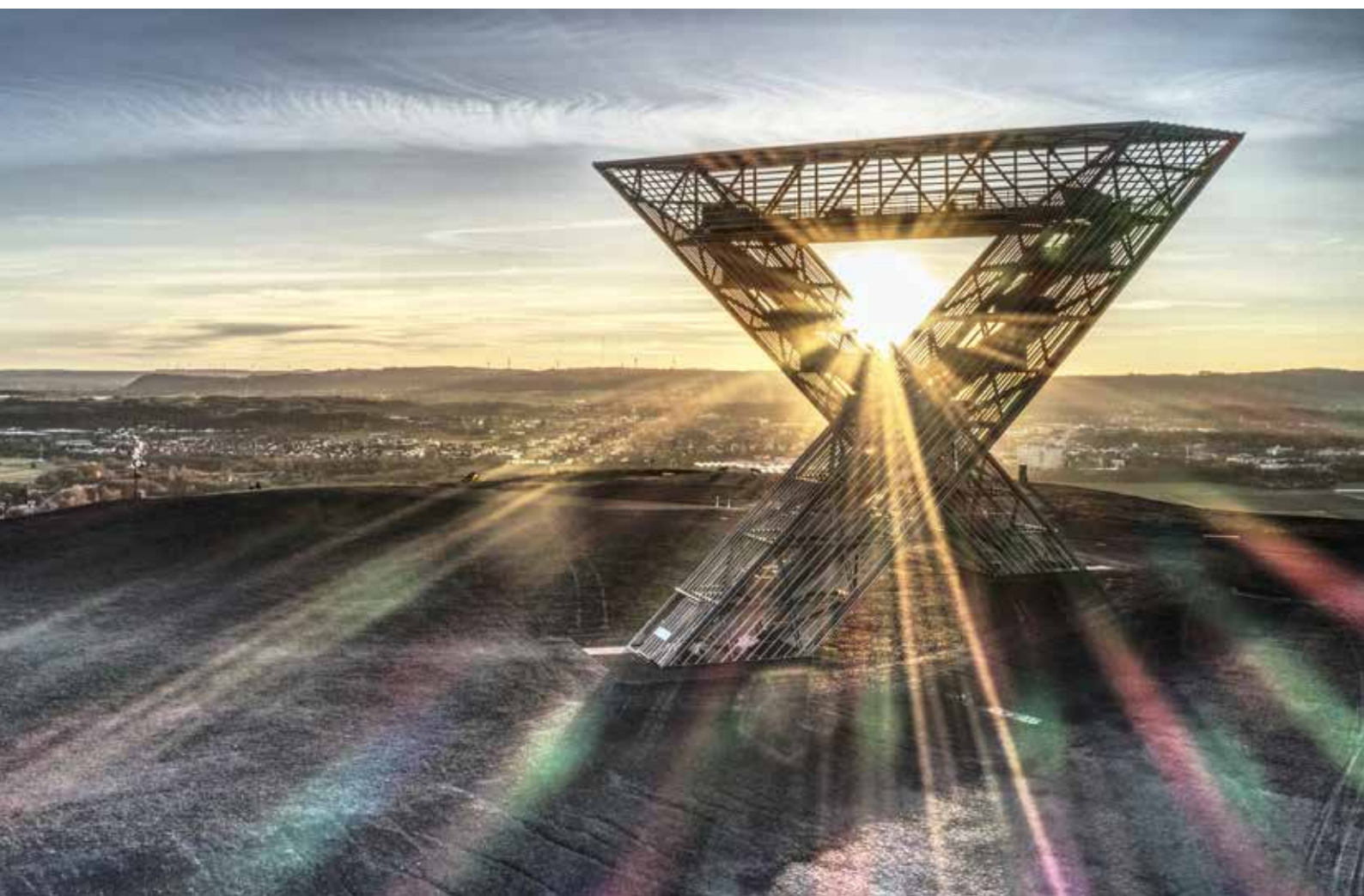


FINANZ BERICHT

Jahresabschluss nach HGB **2019**



Die deutsch-französische Regionalbank
La banque régionale franco-allemande

saar^{LB}

Landesbank Saar (SaarLB)

Landesbank Saar
Ursulinenstraße 2
66111 Saarbrücken
HRA 8589 Saarbrücken

Inhalt

LAGEBERICHT DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019	7
Übersicht	7
Die SaarLB.....	7
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Finanzsektor	11
Geschäftsverlauf	12
Neugeschäft	12
Ertragslage.....	13
Finanzlage	17
Rating	20
Vermögenslage.....	22
Offenlegung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts gemäß § 289b Abs. 3 HGB.....	22
Zusammenfassende Gesamtaussage	23
Risikobericht	24
Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung.....	24
Kapitalmanagement	25
Adressenrisiko.....	29
Marktpreisrisiko	37
Liquiditätsrisiko	40
Operationelles Risiko	43
Reputationsrisiko	46
Zusammenfassung der Risikolage	46
Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	47
Prognose- und Chancenbericht.....	49
Erwartete wirtschaftliche Rahmenbedingungen	50
Prognose zur Entwicklung der Bank und der wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren	51
Prognose seit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie.....	53
JAHRESABSCHLUSS DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019.....	56
Bilanz zum 31.12.2019 der Landesbank Saar	56
Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Saar	
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019.....	62
Eigenkapitalspiegel	65
Kapitalflussrechnung	66

Anhang.....	69
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	69
(1) Grundlagen	69
(2) Währungsumrechnung.....	69
(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	70
Angaben zur Bilanz	74
(4) Aktiva	74
(5) Passiva	78
(6) Fristengliederung der Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten.....	79
(7) Latente Steuern.....	80
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	81
Sonstige Angaben	82
(8) Gewinnverwendung.....	82
(9) Nachtragsbericht	82
(10) Angaben zu sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind	84
(11) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten.....	85
(12) Angaben zu nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzgeschäften.....	85
(13) Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen.....	87
(14) Zahl der Beschäftigten.....	87
(15) Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates	88
(16) Honorar für den Abschlussprüfer	88
(17) Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen	89
(18) Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte	89
(19) Deckungsrechnung für das Hypotheken- und das Kommunalkreditgeschäft	89
(20) Anteilsbesitz.....	96
(21) Verwaltungsorgane der SaarLB	97
(22) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	99
(23) Mandate von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien	100
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	101
Anlage zum Jahresabschluss	102
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	103
BERICHT DES VERWALTUNGSRATES	109
GEWINNVERWENDUNGSBESCHLUSS	112
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	113



Lagebericht der SaarLB für das Geschäftsjahr 2019

ÜBERSICHT

DIE SAARLB

Die Landesbank Saar (im Folgenden „SaarLB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Saarbrücken. Die Trägerstruktur der SaarLB stellt sich zum 31. Dezember 2019 wie folgt dar:

Saarland:	74,90 %
Sparkassenverband Saar, Saarbrücken:	25,10 %

Gemäß dem Saarländischen Sparkassengesetz und der Satzung der Bank ist die Landesbank Saar Zentralbank der Sparkassen und darüber hinaus Geschäfts-, Außenhandels-, Staats- sowie Kommunalbank. Die Bank kann gemäß ihrer Satzung Bankgeschäfte aller Art sowie sonstige Geschäfte, die ihren Zwecken dienen, betreiben. Die SaarLB ist berechtigt, Pfandbriefe nach dem Pfandbriefgesetz sowie sonstige Schuldverschreibungen auszugeben. Weiterhin unterhält die Landesbank Saar eine öffentlich-rechtliche Bausparkasse als rechtlich unselbstständige Abteilung der Bank (Landesbausparkasse). Die Geschäfte der Bank sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen, was auch für Geschäfte mit Trägern gilt.

Die SaarLB hat sich als deutsch-französische Regionalbank positioniert. Dabei ist sie mit folgenden Schwerpunkten geschäftlich tätig: Firmenkundenkreditgeschäft, Immobilienkreditgeschäft, Bauspargeschäft, Projektfinanzierungen im Bereich Erneuerbare Energien und Betreuung von institutionellen Kunden, der öffentlichen Hand/Kommunen, von vermögenden Privatkunden sowie von Sparkassen im Verbundgeschäft. Zur Untermauerung ihres deutsch-französischen Profils und zur Festigung ihres Netzwerkes in beiden Märkten hat die Bank im Jahr 2019 die digitale Plattform „Pôle franco-allemand“ als Intermediär für grenzüberschreitende Investitionen etabliert.

Der Zielmarkt der SaarLB umfasst Deutschland, Frankreich und Luxemburg. Für einzelne Geschäftsfelder gelten erweiterte Regelungen, die selektive Geschäfte mit Kunden in den Ländern Belgien und der Schweiz ermöglichen. Ihre Regionalmärkte definiert die Bank wie folgt:

Regionalmarkt Deutschland:	Saarland, Rheinland-Pfalz und Luxemburg
Erweiterter Regionalmarkt Deutschland:	Regierungsbezirke Darmstadt, Karlsruhe und Freiburg
Regionalmarkt Frankreich:	Grand-Est
Erweiterter Regionalmarkt Frankreich:	angrenzende Regionen Hauts-de-France, Île-de-France und Bourgogne-Franche-Comté sowie Auvergne-Rhône-Alpes

Gemäß ihrem strategischen Anspruch legt die Bank Priorität auf ihre Regionalmärkte. Zur Förderung der Vertriebsaktivitäten unterhält die SaarLB je ein Vertriebsbüro in Mannheim und Trier; zuletzt genannter Standort wurde im März 2019 eröffnet. Auf französischer Seite unterhält die SaarLB eine Niederlassung in Straßburg und ein Vertriebsbüro in Paris.

Das Geschäftsmodell der Bank ist geprägt von der Vergabe langfristiger Kredite. Insbesondere vor dem Hintergrund der Vorgaben hinsichtlich Kernkapitalquote und Liquiditätssteuerung werden über Syndizierungen bereichsübergreifende Risiken aus Bestands- und/oder Neugeschäft auf Basis kurz- und mittelfristiger Planziele an Kooperationspartner (Kreditinstitute/ Sparkassen, Institutionelle Kunden etc.) ausplatziert.

Die Produkte und Dienstleistungen der SaarLB entsprechen im Wesentlichen denen eines universell tätigen Kreditinstituts. Produktseitig konzentriert sich die SaarLB vorrangig auf Produkte und Dienstleistungen des Kreditgeschäftes.

Die SaarLB ist gemessen an der Bilanzsumme das größte Kreditinstitut mit Sitz im Saarland.

Die SaarLB hat ihr Geschäft in die nachfolgenden Segmente untergliedert, die im Wesentlichen auch die Aufbauorganisation widerspiegeln.

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden umfasst das deutsche und französische Mittelstandsgeschäft der SaarLB. In diesem Segment werden neben der klassischen Kreditfinanzierung vor allem Produkte des Anlage- sowie des Zins- und Währungsmanagements, aber auch aus den Bereichen Außenhandel und Zahlungsverkehr angeboten und die Kunden bei der Unternehmensfinanzierung betriebswirtschaftlich beraten. Mit Blick auf Frankreich ist dem Segment Firmenkunden zudem die Kreditvergabe an die öffentliche Hand (Kommunen und kommunalnahe Unternehmen) sowie die Begleitung von Public Private Partnership (PPP)-Finanzierungen zugeordnet.

Immobilien

Das Segment Immobilien umfasst die Finanzierung gewerblicher Immobilien. Geschäftsabschlüsse erfolgen auf bilateraler Basis oder in der Form von „Club Deals“ unter Federführung der Bank. Im Fokus der Marktbearbeitung stehen institutionelle Investoren als Zielkunden, die ihrerseits insbesondere in Büro-, Handels- und großflächige Wohn- und Gewerbeimmobilien investieren. Darüber hinaus begleitet die SaarLB als Dienstleister auch Developer-Maßnahmen sowie PPP-Maßnahmen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder sonstige öffentliche Baumaßnahmen.

Projektfinanzierungen

Das Segment Projektfinanzierungen beinhaltet die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE). Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die in Wind- und/oder Solarparks investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut. Offshorewindparks finanziert die Bank nicht.

Private und Institutionelle

In dem Segment Private und Institutionelle erfolgten die ganzheitliche Vermögensberatung und -verwaltung sowie der Vertrieb von Geld- und Kapitalmarktprodukten. Im Geschäftsfeld Vermögende Private steht die Betreuung und Beratung von vermögenden Privatkunden im Vordergrund. Der Schwerpunkt des Geschäftsfeldes Institutionelle liegt in der Sicherstellung der Refinanzierung der SaarLB, der Intensivierung bestehender Kundenverbindungen sowie im Ausbau der Kontakte und Geschäftsbeziehungen zu Versicherungen und Versorgungswerken, Regionalbanken und Sparkassen.

Zur Schärfung ihres Geschäftsmodells hat die SaarLB beschlossen, das Privatkundengeschäft aufzugeben und dahingehend Anfang 2019 einen Kooperationsvertrag mit der Sparkasse Saarbrücken geschlossen. Die betroffenen Kunden haben die Möglichkeit, zur Sparkasse Saarbrücken übergeleitet zu werden. Dieser Prozess befindet sich in Umsetzung und wird voraussichtlich in 2020 abgeschlossen sein.

Kommunalkunden Deutschland

Innerhalb des Geschäftsbereichs Kommunalkunden Deutschland werden sowohl klassische deutsche Kommunalkunden als auch deutsche kommunalnahe Unternehmen betreut. Klassische Kommunalkunden sind Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kommunale Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände und kommunale Eigengesellschaften in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. Bei kommunalnahen Unternehmen liegt der Fokus auf Unternehmen, die eine öffentliche Trägerschaft von mindestens 50 % besitzen. Der ganzheitliche Ansatz umfasst hierbei insbesondere die Bereitstellung von Liquidität, die Betreuung im Schuldenportfoliomanagement und das Arrangieren von kommunalen Schuldscheindarlehen. Dabei arbeitet die SaarLB eng mit den regional ansässigen Sparkassen zusammen.

LBS Landesbausparkasse Saar (LBS)

Die LBS ist organisatorisch als unselbstständige Abteilung in die SaarLB eingegliedert. Sie hat einen eigenständigen Marktauftritt. Hauptgeschäftsgebiet sind das Saarland und Frankreich. Das Kerngeschäft, das mit Privatkunden und in einem eingeschränkten Umfang mit gewerblichen Kunden vorgenommen wird, ist die Vermittlung von Bausparverträgen sowie die Finanzierung von Wohneigentum. Des Weiteren werden Finanzierungen von energetischen Maßnahmen bei Immobilien sowie von Investitionen im Rahmen des Erneuerbare Energien-Gesetzes übernommen. Ebenfalls werden KfW-Förderkredite als eigene Kredite der LBS angeboten.

Treasury & Syndizierung

Neben der Zuständigkeit für die Steuerung des Zinsbuchs der Bank erfolgen in dem Segment das Deckungsstock- und Collateral Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung. Weiter ist Treasury & Syndizierung zuständig für die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds). Darüber hinaus sind hier auch das RWA-Management und Syndizierungsaktivitäten gebündelt. Im Fokus der Syndizierungsaktivitäten steht das Ausplatzen (Syndizieren) von mittel- und langfristigen Krediten oder Kredittranchen im Bestands- und/oder Neugeschäft der Bank im Wege der Arrangierung von „Club Deals“ (mit einem oder mehreren Konsortialpartnern oder durch nachträgliche Syndizierung).

Steuerungssystem der Bank

Die strategische Unternehmenszielsetzung wird auf Gesamtbankebene durch strategische Steuerungsgrößen operationalisiert. Eine Änderung der Berechnungslogik hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht ergeben.

Im Rahmen der Aktualisierung der Geschäfts- und Risikostrategie zum Jahresende 2018, wurden die finanziellen Leistungsindikatoren für 2019 um die nachfolgenden Größen erweitert:

- CET1-Quote
- Operative Erträge
- Ergebnis vor Steuern

Durch diese Änderung wurde die RWA-Rentabilität auf Ebene der Gesamtbank als finanzieller Leistungsindikator ersetzt.

Steuerungsgröße	Berechnungsmethodik
CET1-Quote	Harte Kernkapitalquote: Quotient aus dem aufsichtsrechtlichen harten Kernkapital (CET1) und den Gesamtrisikopositionen
Return on Equity (vor Steuern)	(Annualisiertes) Ergebnis vor Steuern, bereinigt um Zuführungen (Auflösungen) zu den Reserven nach § 340 f und § 340 g HGB im Verhältnis zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital des Berichtszeitraumes. Dieses ist definiert als Summe aus Stammkapital, Kapitalrücklage, Gewinnrücklagen und Fonds für allgemeine Bankrisiken.
Operative Erträge	Die operativen Erträge sind definiert als die Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoergebnis aus Finanzgeschäften zzgl. sonstigem betrieblichen Ergebnis (exkl. a. o. Ergebnis).
Cost Income Ratio (CIR)	Verwaltungsaufwendungen (inkl. planmäßige Abschreibungen) im Verhältnis zur Summe der operativen Erträge
Ergebnis vor Steuern	Ergebnis vor Steuern, bereinigt um Zuführungen (Auflösungen) zu den Reserven nach § 340 f und § 340 g HGB

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Deutschland

Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland ist 2019 im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Allerdings hat die Wachstumsdynamik in 2019 nachgelassen. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preis- und kalenderbereinigte BIP um 0,6 % höher als im Vorjahr und hat damit im zweiten Jahr in Folge deutlich an Schwung verloren (2018: +1,5 % und 2017: +2,8 %). Angabegemäß wurde das Wachstum vorrangig vom Konsum getragen. Die privaten Konsumausgaben wuchsen um 1,6 % (2018: +1,3 %) und die Konsumausgaben des Staates um 2,5 % (2018: +1,4 %) gegenüber dem Vorjahr. Während die Investitionen in Bau-, Ausrüstungs- und sonstige Anlagen gestiegen sind, wurde durch die schwache Industrieproduktion und die gestiegenen Exporte ein merklicher Vorratsabbau verzeichnet. Diese Veränderungen bewirkten einen Rückgang der preisbereinigten Bruttoinvestitionen im Vorjahresvergleich um insgesamt 1,7 %. Die deutschen Exporte nahmen mit 0,9 % nicht mehr so stark zu wie in den Vorjahren. Die preisbereinigten Importe stiegen hingegen um 1,9 %. Gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamtes war die Wirtschaftsleistung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen heterogen: Während die Dienstleistungsbereiche wie Information und Kommunikation bzw. Finanz- und Versicherungsdienstleister als auch das Baugewerbe überwiegend kräftige Zuwächse verzeichneten, ist die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau), insbesondere durch die schwache Produktion der Automobilindustrie, eingebrochen. Für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bleibt damit die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands durch die handelspolitischen Unsicherheiten der Weltwirtschaft mit der rückläufigen Nachfrage nach Investitionsgütern nach wie vor belastet.

Gemäß Statistischem Bundesamt erreichte die Erwerbstätigkeit mit 45,3 Mio. Erwerbstätigen im Dezember 2019 einen erneuten Höchststand (2018: 44,9 Mio.).

Die Verbraucherpreise in Deutschland waren im Jahresdurchschnitt 2019 um 1,4 % höher als im Vorjahr.

Gemäß den Angaben der Industrie- und Handelskammer (IHK) des Saarlandes beginnt die saarländische Wirtschaft zum Jahresende 2019, sich auf niedrigem Niveau zu stabilisieren. Demnach verharrt der IHK-Lageindikator, der die aktuelle Geschäftslage der Saarwirtschaft darstellt, im Dezember 2019 mit 18,1 Zählern in etwa auf dem Vormonatsniveau. Dennoch bleibt der Druck auf die saarländischen Unternehmen bestehen, da für die exportorientierte Saarindustrie die Entwicklung des internationalen Umfelds eine wichtige Rolle spielt. Zudem dämpfen der sich abzeichnende Wandel der Automobilindustrie und die ungewisse Zukunft der Stahlindustrie die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Positive und stützende Impulse kommen von dem weiterhin stabilen Arbeitsmarkt und den Konsumausgaben der privaten Haushalte. In Rheinland-Pfalz zeichnet sich ein ähnliches Bild der konjunkturellen Lage ab. Laut der Industrie- und Handelskammer Koblenz hellt sich der IHK-Konjunkturklimaindikator, der die aktuelle und zukünftige Geschäftslage bewertet, zwar minimal um 2 Punkte auf 110 Punkte auf, ist aber weiterhin deutlich von den hohen Werte der vergangenen Jahre entfernt.

Frankreich

Die französische Wirtschaft ist dank ihrer stärkeren Ausrichtung auf den EU-Binnenmarkt weniger stark von der schwächelnden internationalen Nachfrage infolge der weltweiten Handelskonflikte betroffen. Die Banque de France beziffert den Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in Frankreich für das Jahr 2019 auf 1,3 % (2018: +1,7 %). Ihren Angaben zufolge wird das Wachstum insbesondere von der Binnennachfrage getragen. Infolge der günstigen Finanzierungsbedingungen stieg die Investitionstätigkeit 2019 um 3,4 % (2018: +2,8 %). Das Wachstum wurde insbesondere durch die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand und der Unternehmen unterstützt. Des Weiteren hat der Anstieg der privaten Konsumausgaben (+1,2 %) und der öffentlichen Hand (+1,1 %) zum Binnenwachstum beigetragen. Aufgrund der verstärkten Binnennachfrage ist die Wachstumsrate der Importe mit 2,8 % stärker als im Vorjahr (+1,2 %) ausgefallen. Hingegen hat sich das Wachstum der französischen Exporte verlangsamt (2019: +2,2 % und 2018: +3,5 %).

Nach Angaben der Banque de France lag die Inflationsrate 2019 bei 1,3 % nach 2,1 % im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 2019 8,5 % und war somit gegenüber dem Vorjahr (9,1 %) rückläufig.

FINANZSEKTOR

Die Europäische Zentralbank hat mit Beschluss des EZB-Rates vom 12.09.2019 den Zinssatz für die Einlagenfazilität um 10 Basispunkte auf -0,5 % gesenkt. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurden unverändert bei 0,00 % bzw. 0,25 % belassen.

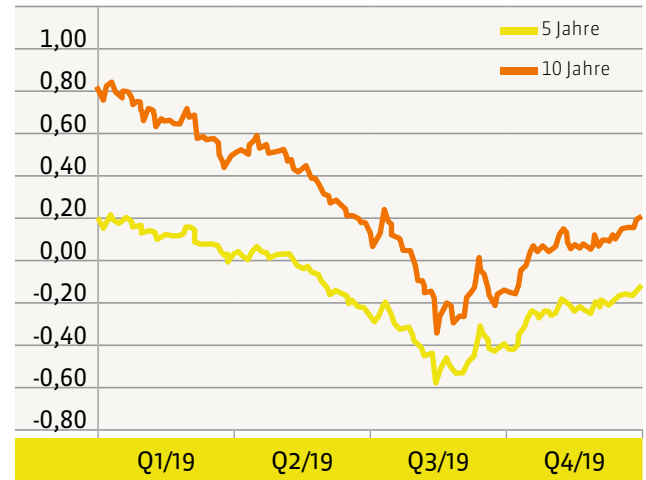
Der 3-Monats-EURIBOR hat sich im Jahr 2019 leicht rückläufig entwickelt. Der Schlusskurs am 31.12.2019 lag bei -0,383 % (31.12.2018: -0,309 %). Die langfristigen Zinsen sind im Berichtszeitraum gesunken. Am 31.12.2019 lag der 5-Jahres-Zins bei -0,1195 % (31.12.2018: 0,205 %), der 10-Jahres-Zins bei 0,211 % (31.12.2018: 0,815 %). Insgesamt verblieben die Zinsen weiterhin auf historisch niedrigem Niveau.

3-Monats-EURIBOR Q1/19 – Q4/19 in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Swap-Sätze Q1/19 – Q4/19 in %



Quelle: Reuters

Der Geld- und Kapitalmarkt war im Berichtszeitraum weiterhin von den geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank geprägt. Ziel dieser Geldpolitik ist die Unterstützung der konjunkturellen Erholung der Eurozone. Nachdem das Ankaufsprogramm von Wertpapieren bzw. Vermögenswerten (Asset Purchase Programme) durch die Europäische Zentralbank Ende 2018 eingestellt wurde, wurde das Ankaufsprogramm zum 1. November 2019 wieder aufgenommen.

An den Devisenmärkten reduzierte der Euro im Jahresverlauf, insbesondere gegenüber dem Dollar, seinen Außenwert. Am 31.12.2019 betrug der Wechselkurs zum Dollar 1,122 USD/EUR; der Jahresendkurs 2018 lag bei 1,147 USD/EUR.

Der deutsche Leitindex DAX konnte 2019 um über 25 Prozent zulegen. Am 16. Dezember 2019 wurde mit 13.425 Punkten das Jahreshoch erreicht. Zum 30. Dezember 2019 schloss der DAX bei 13.249 Punkten. Der MDAX schloss am 30. Dezember bei 28.312 Punkten und legte damit in 2019 um über 30 Prozent zu. Sein Jahreshoch erreichte er am 27. Dezember 2019 mit 28.643 Punkten. Der SDAX legte in 2019 ebenfalls um über 30 Prozent zu. Er schloss am 30. Dezember bei 12.511 Punkten, nachdem er am 16. Dezember 2019 sein Jahreshoch mit 12.596 Punkten erreicht hatte.

GESCHÄFTSVERLAUF

NEUGESCHÄFT

Das Geschäftsjahr 2019 konnte mit einem Neugeschäftsvolumen i. H. v. EUR 2,5 Mrd. den Vorjahresvergleichswert um EUR 0,2 Mrd. spürbar übertreffen. Durch das höhere Neugeschäft sowie die über rd. EUR 0,1 Mrd. geringeren außerplanmäßigen Rückführungen konnte der geplante Kreditbestand zum Jahresende für die Kundensegmente leicht übertroffen werden.

Das Kredit-Neugeschäftsvolumen verteilte sich im Berichtsjahr 2019 wie folgt auf die Kundensegmente:

In Deutschland (EUR 1,4 Mrd.) wurde das Neugeschäft zu 35 % im Bereich Immobilien valuiert.

28 % konnten im Segment Kommunen und 24 % im Segment Firmenkunden abgeschlossen werden. Der Rest verteilte sich auf die Segmente Projektfinanzierungen (4 %) sowie Private und Institutionelle (9 %).

In Frankreich verteilten sich die rund EUR 1,1 Mrd. zu 47 % auf das Segment Firmenkunden inkl. öffentlicher Hand, gefolgt vom Segment Projektfinanzierungen (29 %). Die verbleibenden 23 % wurden im Bereich der Immobilienfinanzierung generiert.

Die Margen des Kundenkreditportfolios konnten im Berichtszeitraum stabil gehalten werden. Dies war neben dem moderat verringerten Tilgungsvolumen auch auf leicht gestiegene Neugeschäftsmargen zurückzuführen.

Die LBS lag bei den Kredit-Neuvaluierungen mit EUR 0,2 Mrd. auf Vorjahresniveau. Das Bau-sparneugeschäft war mit -1,1 % nahezu gleichbleibend.

ERTRAGSLAGE

Die operativen Erträge der SaarLB haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr von EUR 128,3 Mio. auf EUR 141,6 Mio. sehr deutlich verbessert und entsprachen unserer letztjährigen Prognose.

Der Verwaltungsaufwand lag im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 mit EUR -82,6 Mio. um EUR 2,1 Mio. unter dem Vorjahr (EUR -84,7 Mio.). Die letztjährige Prognose konnte dadurch leicht übertroffen werden.

Das Ergebnis vor Steuern lag mit EUR 44,5 Mio. insbesondere aufgrund der deutlich verbesserten operativen Erträge leicht über den Erwartungen aus 2019 und sehr deutlich über Vorjahr (EUR 39,3 Mio.).

Durch diese Änderung wurde die RWA-Rentabilität auf Ebene der Gesamtbank als finanzieller Leistungsindikator ersetzt.

Die harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) als Verhältnis des harten Kernkapitals zu den Risikopositionen beträgt 13,0 % und zeigt sich gegenüber dem Vorjahr (12,0 %) und unserer ursprünglichen Prognose deutlich verbessert.

Die Cost Income Ratio (CIR) als Verhältnis des Verwaltungsaufwandes zu den operativen Erträgen ist im Berichtsjahr mit 58,3 % aufgrund des erheblich besseren operativen Ertrages auf dem Niveau unserer Prognose und gegenüber dem Vorjahr (66,1 %) ebenfalls wesentlich besser.

Der RoE als Verhältnis des Vorsteuerergebnisses in Bezug auf das durchschnittliche bilanzielle Kapital ist mit 6,1 % ebenfalls spürbar gegenüber dem Vorjahr (5,6 %) gestiegen und erfüllt damit unsere Prognose aus dem Vorjahr. In der internen Steuerung beträgt der RoE ohne Berücksichtigung der Zuführung bzw. Auflösung von versteuerten Reserven nach § 340 f HGB und § 340 g HGB 11,2 % (Vorjahr: 6,4 %).

Das Ergebnis zum 31.12.2019 setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR		2019	2018	Δ Mio.	Δ in %
Zinsüberschuss	[1]	127,8	125,5	2,3	1,8 %
Provisionsüberschuss*	[2]	10,5	8,2	2,3	28,0 %
Ergebnis des Handelsbestandes	[3]	0,2	0,2	0,0	0,0 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis*	[4]	3,2	-5,6	8,8	157,1 %
Operative Erträge	[5]	141,6	128,3	13,3	10,4 %
Verwaltungsaufwand	[6]	-82,6	-84,7	2,1	2,5 %
Bewertungsergebnis**	[7]	-14,2	-3,9	-10,3	-264,1 %
Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit	[8]	44,8	39,7	5,1	12,8 %
Außerordentliches Ergebnis	[9]	-0,3	-0,3	0,0	0,0 %
Ergebnis vor Steuern	[10]	44,5	39,4	5,1	12,9 %
Steuern	[11]	-23,2	-15,9	-7,3	45,9 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	[12]	21,3	23,5	-2,2	-9,4 %
Ø bilanzielles Eigenkapital	[13]	725,6	703,3	22,3	3,2 %
Risikopositionen (Stichtag)	[14]	5.636,4	5.821,7	5,1	0,1 %
Ø Risikopositionen	[15]	5.890,1	5.816,5	73,6	1,3 %
CET1	[16]	733,5	699,7	8,6	1,2 %
RoE* ([10]/[13])	[17]	6,13 %	5,60 %	0,53 %	
CIR ([6]/[5])	[18]	58,33 %	66,02 %	-7,68 %	
CET1-Quote ([16]/[14])	[19]	13,01 %	12,02 %	0,99 %	

* Die aperiodischen Effekte aus der Umstellung der Vermittlungsprovision im Kommunalgeschäft (EUR -3,9 Mio.) wurden in 2018 abweichend zur Darstellung im Jahresabschluss nicht im Provisionsergebnis, sondern aufgrund der einmaligen Umstellung im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

** betrifft RechKredV-Posten 13, 14, 15, 16

Der **Zinsüberschuss** der SaarLB war in 2019 gegenüber dem Vorjahr um EUR 2,3 Mio. von EUR 125,5 Mio. um 1,8 % auf EUR 127,8 Mio. gestiegen und entsprach unseren Erwartungen aus dem Vorjahr. Hierbei war neben dem Rückgang der Zinsaufwendungen von EUR 156,7 Mio. auf EUR 150,9 Mio. (-3,7 %) auch ein Rückgang der Zinserträge von EUR 274,1 Mio. auf EUR 269,3 Mio. (-1,8 %) zu verzeichnen. Der Zinsüberschuss aus Kredit- und Geldmarktgeschäften ist um EUR 0,8 Mio. auf EUR 257,2 Mio. gestiegen. Gleichzeitig haben sich die absoluten Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit EUR -95,4 Mio. um EUR 3,4 Mio. bzw. um -3,4 %, die verbrieften Verbindlichkeiten mit EUR -29,7 Mio. um EUR 1,8 Mio. bzw. -5,7 % verringert.

Die laufenden Zinsaufwendungen für Stille Einlagen sanken auf EUR -11,3 Mio. (Vorjahr: EUR -14,0 Mio.). Begründet ist der Rückgang im Wesentlichen durch Fälligkeiten beziehungsweise der gezielten Rücknahme der Stillen Einlagen durch die Bank. Dem standen durch Neuemissionen erhöhte Aufwendungen für nachrangiges Kapital in Höhe von EUR -3,8 Mio. (Vorjahr: EUR -1,0 Mio.) gegenüber.

Die laufenden Erträge aus Spezialfonds sind im Geschäftsjahr 2019 um EUR 1,7 Mio. auf EUR 8,6 Mio. gestiegen.

Die Erträge und Aufwendungen aus vorzeitig gekündigten Geschäften (Vorfälligkeitsentschädigungen) erreichten 2019 einen Saldo in Höhe von EUR 3,3 Mio. (Vorjahr: EUR 9,2 Mio.). Dem standen Nettoaufwendungen von rund EUR -1,0 Mio. (Vorjahr: EUR -2,2 Mio.) aus der Auflösung von Derivaten gegenüber. Des Weiteren waren im Zinsüberschuss keine periodenfremde Erträge mehr enthalten, die im Vorjahr in Höhe von EUR 0,9 Mio. das Zinsergebnis positiv beeinflusst hatten.

Bei der Verteilung des Zinsergebnisses auf die Segmente hat das Segment Projektfinanzierungen mit rd. 27 % den größten Anteil am Bruttozinsüberschuss erwirtschaftet. Es folgten die Segmente Firmenkunden mit rd. 23 % und Immobilien mit ca. 22 %. Die LBS war für 15 % des Zinsüberschusses verantwortlich. Die restlichen Anteile lagen im Bereich der Kommunkunden (ca. 8 %) bzw. in den Nicht-Kundensegmenten wie Treasury oder dem Overhead.

Der **Provisionsüberschuss** lag mit EUR 10,5 Mio. (+ 28 %) über dem Vorjahresniveau (EUR 8,2 Mio.), verfehlte jedoch unsere Erwartungen, insbesondere aufgrund des stark rückläufigen Ergebnisses aus dem Effektengeschäft (EUR 1,2 Mio. in 2019 bzw. EUR 2,9 Mio. im Vorjahr), sehr deutlich. Positiv beeinflusst wurde das Provisionsergebnis hingegen durch einen sehr deutlichen Anstieg im Kreditgeschäft auf EUR 10,9 Mio. (Vorjahr: EUR 3,1 Mio.).

In der Segmentsicht konnte das Segment Projektfinanzierung sowie das Segment Firmenkunden, gefolgt von den Segmenten Private & Institutionelle und Immobilien, einen deutlich positiven Beitrag zum Provisionsüberschuss leisten. Die gezahlten Provisionen des Vermittlungsgeschäftes der LBS sowie des Segmentes Kommunkunden Deutschland reduzierten den Provisionsüberschuss der Segmente merklich. Weiterhin belasteten die Depotgebühren sowie die Gebühren für die Wertpapierleihe des Segmentes Treasury und Syndizierung das Provisionsergebnis.

Das **Ergebnis des Handelsbestandes** betrug im Berichtszeitraum EUR 0,2 Mio. und lag damit nahezu gleichbleibend auf Vorjahresniveau (EUR 0,2 Mio.).

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** lag bei EUR 3,2 Mio. und war somit um EUR 8,8 Mio. erheblich höher als im Vorjahr (EUR -5,6 Mio.) sowie sehr deutlich über unseren Erwartungen. Begründet war dies u. a. durch den Earn Out-Effekt aus der Überleitung von Bestandskunden auf die Sparkasse Saarbrücken und Kostenerstattungen bei der LBS (anteilige Entwicklungskosten OSPlus) durch ein Verbundunternehmen sowie einem Sonderertrag aus Verbandsgutschriften. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind dabei im Vergleich zum Vorjahr von EUR 3,7 Mio. auf nunmehr EUR 8,7 Mio. gestiegen. Sie beinhalteten vor allem Buchgewinne aus Optionen in Höhe von EUR 2,0 Mio. (Vorjahr: EUR 1,5 Mio.) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 3,2 Mio. (Vorjahr: EUR 0,7 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr (ohne Sondereffekt aus der Umstellung der Vermittlungsprovisionen im Kommunalgeschäft) in 2019 mit EUR -5,5 Mio. nicht verändert (Vorjahr: ebenfalls EUR -5,5 Mio.). Darin enthalten waren überwiegend Aufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen in Höhe von EUR -3,5 Mio. (Vorjahr: EUR -3,2 Mio.) sowie Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit i. H. v. EUR -1,5 Mio. (Vorjahr: EUR -1,2 Mio.).

Der **Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände** hat sich von EUR -84,7 Mio. im Vorjahresvergleichszeitraum auf EUR -82,6 Mio. minimal verringert und ist damit leicht besser als unsere letztjährige Prognose.

Der Personalaufwand ist mit EUR -44,9 Mio. gegenüber dem Vorjahr (EUR -46,7 Mio.) gesunken und lag sogar unter unserem Erwartungswert. Der Rückgang war dabei im Wesentlichen durch geringere Restrukturierungsaufwendungen (Rückstellungen für Altersteilzeit in Höhe von EUR -2,7 Mio.) induziert.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen lagen mit EUR -36,3 Mio. um EUR 0,1 Mio. unter dem Vorjahresniveau von EUR -36,4 Mio.

Wesentlichen Mehraufwendungen bei Pflichtbeiträgen von insgesamt EUR -10,7 Mio. (Vorjahr: -9,3 Mio.) – darin enthalten insbesondere die europäische Bankenabgabe i. H. v. EUR -4,5 Mio. (Vorjahr: EUR -3,9 Mio.) sowie die Sicherungsreserve i. H. v. EUR -2,4 Mio. (Vorjahr: EUR -2,1 Mio.) – standen dabei geringere Aufwendungen für Beratungsleistungen i. H. v. EUR -1,7 Mio. (Vorjahr: EUR -4,5 Mio.) entgegen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände lagen mit EUR -1,4 Mio. unter Vorjahresniveau (EUR -1,6 Mio.). Insgesamt bestätigte sich damit die letztjährige Prognose.

Das **Bewertungsergebnis aus dem Kredit-, Beteiligungs- und Wertpapiergeschäft** ist in 2019, inklusive der Zuführungen zu den Reserven nach §§ 340 f und g HGB, von EUR -3,9 Mio. analog unserer Erwartung auf EUR -14,2 Mio. gesunken. Die Nettoauflösungen zur Einzelrisikovor-sorge waren mit EUR 0,4 Mio. (Vorjahr: EUR 5,5 Mio.) noch positiv, die Nettozuführungen zur Pauschalwertberichtigung mit EUR -1,1 Mio. jedoch erheblich unter Vorjahr (Nettoauflösungen EUR +2,6 Mio.). Im Berichtsjahr wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken EUR 22,0 Mio. zugeführt (Vorjahr: EUR 0,4 Mio.).

Das Ergebnis aus Wertpapieren stieg mit EUR +23,1 Mio. um EUR 29,8 Mio. sehr deutlich (Vorjahr: EUR -6,7 Mio.). Begründet war der Anstieg neben Wertveränderungen in der Veräußerung von Wertpapieren und der Auflösung eines Spezialfonds im Rahmen der Optimierung der risikogewichteten Aktiva (RWA).

Darüber hinaus stiegen die Veräußerungsgewinne aus Beteiligungen um EUR 0,2 Mio. auf EUR 0,3 Mio.

Nach Berücksichtigung des Steueraufwandes in Höhe von EUR -23,2 Mio. beläuft sich der **Jahresüberschuss** in 2019 demnach auf EUR 21,3 Mio. (Vorjahr: EUR 23,4 Mio.). Der Steueraufwand umfasst neben den tatsächlichen Steuern i. H. v. EUR -24,8 Mio. (Vorjahr: EUR -25,2 Mio.) ein latentes Steuerergebnis von EUR 1,5 Mio. (Vorjahr: EUR 9,3 Mio.).

Die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss nach Steuern und Bilanzsumme, erreicht im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 1,5 ‰ das Niveau des Vorjahres.

FINANZLAGE

Auch in 2019 entwickelte sich die Finanzlage der SaarLB planmäßig.

Die Hypothekendeckung nach § 28 PfandBG zum 31.12.2019 liegt mit EUR 658 Mio. um EUR 21 Mio. unter dem Vorjahreswert (EUR 679 Mio.). Bei einer Erhöhung des Pfandbriefumlaufes i. H. v. EUR 43 Mio. hat die Entwicklung der Deckungsmasse dazu geführt, dass die Überdeckung in 2019 mit ca. 32 % um 17 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau liegt (2018: 49 %) – jedoch weiterhin über den regulatorischen Anforderungen.

Die öffentliche Deckungsmasse nach § 28 PfandBG zum 31.12.2019 hat sich mit EUR 3.105 Mio. erhöht (2018: EUR 2.982 Mio.). Begründet ist dies durch das Neugeschäft im Kommunalbereich. Der Umlauf der öffentlichen Pfandbriefe hat sich von EUR 2.211 Mio. auf EUR 2.199 Mio. verringert. Die Überdeckung liegt mit rund 41 % zum 31.12.2019 über dem Vorjahresniveau (35 %) und damit weiterhin über den regulatorischen Anforderungen.

Das Kapitalmarktfunding in 2019 befand sich sowohl für unbesicherte Emissionen als auch für Pfandbriefe auf dem geplanten Niveau; das platzierte Volumen beträgt EUR 1.007 Mio. (2018: EUR 1.222 Mio.). Von den insgesamt platzierten unbesicherten Emissionen fielen in 2019 rd. 3 % in die Emissionsklasse „non-preferred“ und rd. 97 % in die Emissionsklasse „preferred“. Die vor dem 21.07.2018 erfolgten Emissionen gehören zur Klasse „non-preferred“.

Das Kapitalmarktfunding erfolgte, wie in den vergangenen Jahren, fast ausschließlich im Rahmen von Private Placements bei Kunden und Finanzpartnern. Nahezu zwei Drittel der Mittelaufnahmen konnten im Sparkassen- und Landesbankenverbund erfolgen. Die Investorenbindung im Verbund, aber auch außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe, ist für die SaarLB daher nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Die Entwicklung der Refinanzierungskonditionen hängt neben dem Bonitätsaufschlag maßgeblich von der Entwicklung der Swap- bzw. Geldmarktkurve ab.

Um die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sicherzustellen, hat die SaarLB Sicherheiten in Höhe von ca. EUR 604 Mio. bei der Deutschen Bundesbank hinterlegt (Vorjahr: EUR 962 Mio.). Zahlungsverpflichtungen können somit unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden.

Zur Darstellung der **Liquiditätssteuerung** verweisen wir auf den Risikobericht. Aufgrund der auf Deutschland und Frankreich fokussierten Geschäftstätigkeit der SaarLB ist der Anteil der Absicherung von Nettopositionen in Fremdwährungen unbedeutend. Sowohl Darlehensneuausreichungen als auch die entsprechenden Refinanzierungen erfolgen primär in EUR.

Die Verbindlichkeiten der SaarLB stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
			Mio. EUR	%
Kreditinstitute	3.727,8	4.017,4	-289,6	-7,2
Kunden	6.082,6	6.083,7	-1,1	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.732,3	3.678,5	53,8	1,5
Nachrangkapital	164,8	59,8	105,0	175,6
Summe der Verbindlichkeiten	13.707,5	13.839,4	-131,9	-1,0

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind im Vergleich zum Vorjahr um EUR 290 Mio. (7 %) auf EUR 3.728 Mio. zurückgegangen. Maßgeblich hierfür war die Entwicklung bei den Geldmarktgeschäften (EUR -350 Mio.). Aus der nachfolgenden Tabelle „Struktur der Verbindlichkeiten“ ist die Entwicklung im Detail nach Produktarten ersichtlich.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** sind mit EUR 6.083 Mio. nahezu unverändert. Die Entwicklung im Detail nach Produktarten ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle „Struktur der Verbindlichkeiten“.

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** sind in 2019 um EUR 54 Mio. auf EUR 3.732 Mio. gestiegen. Im Hinblick auf die Struktur steht eine Erhöhung der ungedeckten Schuldverschreibungen i. H. v. EUR 104 Mio. einem Rückgang der gedeckten Schuldverschreibungen i. H. v. EUR 50 Mio. gegenüber.

Das **Nachrangkapital** ist mit EUR 165 Mio. um EUR 105 Mio. gestiegen. Maßgeblich für die Entwicklung war der Ersatz von gekündigten bzw. aufgehobenen stillen Einlagen.

Die Struktur der Verbindlichkeiten stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
			Mio. EUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.727,8	4.017,4	-289,6	-7,2
ungedeckte Schuldscheindarlehen	880,1	844,7	35,4	4,2
gedeckte Namensschuldverschreibungen	375,8	354,9	20,9	5,9
Geldmarktgeschäfte	599,3	949,1	-349,8	-36,9
Weiterleitungsdarlehen	1.257,9	1.171,9	86,0	7,3
sonstige langfristige Mittelaufnahmen	181,0	194,6	-13,6	-7,0
Giroeinlagen	73,9	169,9	-96,0	-56,5
sonstige kurzfristige Termineinlagen	2,4	22,5	-20,1	-89,3
Spareinlagen	31,3	31,2	0,1	0,3
Pensionsgeschäfte	220,1	200,0	20,1	10,1
Sonstiges	106,0	78,6	27,4	34,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.082,6	6.083,7	-1,1	0,0
ungedeckte Schuldscheindarlehen	956,8	1.020,4	-63,6	-6,2
von anderen finanziellen Organisationen	795,3	879,4	-84,1	-9,6
von nicht finanziellen Organisationen	161,1	140,7	20,4	14,5
durch das EinSiG privilegierte Schuldscheindarlehen	0,3	0,3	0,0	-
gedeckte Namensschuldverschreibungen	1.314,8	1.255,3	59,5	4,7
von anderen finanziellen Organisationen	1.107,1	1.065,6	41,5	3,9
von nicht finanziellen Organisationen	207,6	189,7	17,9	9,4
durch das EinSiG privilegierte Namensschuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0	-
Geldmarktgeschäfte	960,4	1.050,5	-90,1	-8,6
von anderen finanziellen Organisationen	0,0	16,0	-16,0	-
von nicht finanziellen Organisationen	960,0	1.033,8	-73,8	-7,1
durch das EinSiG privilegierte Geldmarktgeschäfte	0,4	0,7	-0,3	-42,9
sonstige langfristige Mittelaufnahmen	178,0	267,1	-89,1	-33,4
von anderen finanziellen Organisationen	154,9	203,0	-48,1	-23,7
von nicht finanziellen Organisationen	23,1	63,9	-40,8	-63,8
durch das EinSiG privilegierte sonstige langfristige Mittelaufnahmen	0,0	0,2	-0,2	-100,0
Giroeinlagen	1.371,8	1.401,2	-29,4	-2,1
von anderen finanziellen Organisationen	258,2	402,6	-144,4	-35,9
von nicht finanziellen Organisationen	998,7	859,1	139,6	16,2
durch das EinSiG privilegierte Giroeinlagen	115,0	139,5	-24,5	-17,6
sonstige kurzfristige Termineinlagen	426,2	273,5	152,7	55,8
von anderen finanziellen Organisationen	42,1	35,0	7,1	-
von nicht finanziellen Organisationen	381,9	236,5	145,4	61,5
durch das EinSiG privilegierte kurzfristige Termineinlagen	2,2	2,0	0,2	-
Spareinlagen	866,5	812,7	53,8	6,6
von anderen finanziellen Organisationen	0,0	0,0	0,0	-
von nicht finanziellen Organisationen	4,1	4,5	-0,4	-8,9
durch das EinSiG privilegierte kurzfristige Spareinlagen	862,4	808,2	54,2	6,7
Sonstiges	8,1	3,0	5,1	170,0
verbriefte Verbindlichkeiten	3.732,3	3.678,5	53,8	1,5
ungedeckte Inhaberschuldverschreibungen	2.664,9	2.560,7	104,2	4,1
gedeckte Inhaberschuldverschreibungen	1.067,4	1.117,8	-50,4	-4,5
nachrangige Verbindlichkeiten	164,8	59,8	105,0	175,6
nicht durch Gewährträgerhaftung privilegierte nachrangige Verbindlichkeiten von anderen finanziellen Organisationen	164,8	59,8	105,0	175,6
Summe der Verbindlichkeiten	13.707,5	13.839,4	-131,9	-1,0

Von den unbesicherten/ungedeckten Emissionen der Klasse preferred senior i. H. v. EUR 906,1 Mio. in 2019 entfallen

- EUR 754,4 Mio. auf Inhaberschuldverschreibungen
- EUR 89,2 Mio. auf Schuldscheindarlehen gegenüber Kreditinstituten
- EUR 44,5 Mio. auf Schuldscheindarlehen gegenüber öffentlich-rechtlichen Organisationen
- EUR 18 Mio. auf Schuldscheindarlehen gegenüber anderen finanziellen Organisationen.

Das **bilanzielle Eigenkapital** hat sich um EUR 146 Mio. auf EUR 567,8 Mio. vermindert. Rückläufig wirkte sich mit EUR 163 Mio. die Fälligkeit bzw. die Aufhebung und Rückzahlung von im gezeichneten Kapital ausgewiesenen stillen Einlagen aus. Dem stehen eine Erhöhung des Stammkapitals i. H. v. EUR 4,5 Mio. und eine Zuführung zu den Gewinnrücklagen aus der Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2018 (EUR 11,9 Mio.) sowie aus dem Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2019 (EUR 2,1 Mio.) gegenüber. Der Bilanzgewinn liegt mit EUR 19,2 Mio. um EUR 1,9 Mio. unter dem des Vorjahres (EUR 21,1 Mio.).

Zur Darstellung der **aufsichtsrechtlichen Eigenmittelausstattung** sowie den sich daraus abgeleiteten aufsichtsrechtlichen Kennzahlen wird auf den Abschnitt Risikobericht verwiesen.

Die **außerbilanziellen Verpflichtungen** der SaarLB werden durch unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten bestimmt. Mit einem Gesamtvolumen von EUR 1.357 Mio. zum 31.12.2019 sind diese Verpflichtungen im Vergleich zum Vorjahr (EUR 1.651 Mio.) rückläufig. Sie sind für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung, da diese im Rahmen des Liquiditätsmanagements bereits berücksichtigt sind.

Zugesagte Kreditlinien zugunsten der SaarLB bestehen nicht.

Die Nutzung derivativer Finanzinstrumente erfolgt zum weitaus größten Teil im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung und dient im Wesentlichen der Absicherung eigener Marktrisiken. Das Nominalvolumen ist um EUR 2.093 Mio. auf EUR 13.274 Mio. (Vorjahr: EUR 15.367 Mio.) gefallen. Mit rund 99 % (Vorjahr: 98 %) betrifft dies Zinsderivate zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im Geschäftsjahr 2019 jederzeit gewährleistet.

RATING

Von den Ratingagenturen Fitch Ratings (Fitch) und Moody's Investor Service (Moody's) hat die SaarLB ein Emittentenrating von A- beziehungsweise A1 erhalten. Das Rating von Fitch wurde zuletzt im April 2019, das Rating von Moody's im Oktober 2019 bestätigt.

Die Ratings für kurzfristige Verbindlichkeiten sind unverändert bei F1 bzw. P-1.

Aufgrund der hohen strategischen Bedeutung der Pfandbriefe als Refinanzierungsinstrument hat die SaarLB im Geschäftsjahr 2018 ein Pfandbriefrating für öffentliche Pfandbriefe eingeführt und von Fitch ein AAA-Rating erhalten, welches im Juni 2019 bestätigt wurde.

Zum Stichtag stellen sich die wesentlichen Ratings der SaarLB wie folgt dar:

Fitch	31.12.2019
Ratingbezeichnung	Rating
Long-Term Issuer Default Rating	A-, stabil
Short-Term Issuer Default Rating	F1
Viability Rating	bb+
Derivative Counterparty Rating	A- (dcr)
Public Sector Pfandbriefe	AAA, stabil

Moody's	Rating
Ratingbezeichnung	Rating
Long-Term Deposit Rating	A1, stabil
Short-Term Deposit Rating	P-1
Long-Term Issuer Rating	A1, stabil
Short-Term Issuer Rating	P-1
Baseline Credit Assessment	ba1
Adjusted Baseline Credit Assessment	baa2
Counterparty Risk Assessment	A1(cr)
LT Counterparty Risk Rating	A1

VERMÖGENSLAGE

Die **Bilanzsumme** der SaarLB hat sich mit EUR 14.670 Mio. zum 31.12.2019 im Vergleich zum 31.12.2018 (EUR 14.919 Mio.) um -1,7 % verringert. Wesentlich für die Entwicklung waren Rückgänge bei der Barreserve i. H. v. EUR 811 Mio. sowie bei den Wertpapieren i. H. v. EUR 756 Mio., die durch den Anstieg der Forderungen an Kunden teilweise kompensiert wurden.

Das **Kreditvolumen** der SaarLB ist im Geschäftsjahr 2019 von EUR 14.926 Mio. um 1,7 % auf EUR 15.173 Mio. gestiegen.

in Mio. EUR	2019	2018	Δ Mio.	Δ in %
Forderungen an Kreditinstitute	882,8	616,1	266,7	43,3 %
Wertpapiere	1.132,0	1.887,5	-755,5	-40,0 %
Forderungen an Kunden	11.801,6	10.771,5	1.030,1	9,6 %
Eventualverbindlichkeiten	366,0	387,1	-21,1	-5,5 %
Unwiderrufliche Kreditzusagen	990,9	1.263,5	-272,6	-21,6 %
Kreditvolumen	15.173,3	14.925,7	247,6	1,7 %

Die **Forderungen an Kreditinstitute** sind gegenüber dem Vorjahr um rund EUR 267 Mio. von EUR 616 Mio. zum 31.12.2018 auf EUR 883 Mio. zum 31.12.2019 gestiegen. Betroffen sind vor allem Geldmarktgeschäfte mit EUR 217 Mio.

Die **Wertpapierbestände** sind im abgelaufenen Geschäftsjahr von EUR 1.888 Mio. auf EUR 1.132 Mio. gesunken (-40,0 %). Ursächlich hierfür waren gezielte Verkäufe bzw. die Auflösung zweier Wertpapierfonds zur Reduzierung der risikogewichteten Aktiva.

Zum Bilanzstichtag bestehen bei Wertpapieren des Anlagevermögens stille Lasten in Höhe von EUR 3,5 Mio. (Vorjahr: EUR 3,6 Mio.), denen stille Reserven i. H. v. EUR 24,8 Mio. (Vorjahr: EUR 21,2 Mio.) gegenüberstehen.

Die **Forderungen an Kunden**, die primär durch die Kerngeschäftsfelder der Bank determiniert werden, sind um 9,6 % auf EUR 11.802 Mio. gestiegen. Maßgeblich hierfür war vor allem der Anstieg der Forderungen an deutsche und französische Unternehmen i. H. v. EUR 857 Mio.

Die **Eventualverbindlichkeiten** lagen in 2019 mit EUR 366 Mio. um 5,5 % unter dem Vorjahresniveau i. H. v. EUR 387 Mio. Der Rückgang betrifft mit EUR 27 Mio. vor allem inländische Kunden.

Die **unwiderruflichen Kreditzusagen** sind um EUR 273 Mio. auf EUR 991 Mio gesunken. Ursächlich hierfür war ein Rückgang sowohl bei inländischen Kunden i. H. v. EUR 213 Mio. als auch bei ausländischen Kunden i. H. v. EUR 60 Mio.

OFFENLEGUNG DES GESONDERTEN NICHT FINANZIELLEN BERICHTS GEMÄSS § 289B ABS. 3 HGB

Die SaarLB erstellt zum 31. Dezember 2019 einen gesonderten Bericht gem. § 289b Abs. 3 HGB. Der Bericht wird im Internetauftritt der SaarLB veröffentlicht und kann unter <https://www.saarlb.de/index.php?id=1206> abgerufen werden.

ZUSAMMENFASSENDER GESAMTAUSSAGE

Die Entwicklung der Ertragslage sowie der Finanz- und Vermögenslage der SaarLB war im abgelaufenen Geschäftsjahr im Wesentlichen durch einen stetigen Ausbau der Kerngeschäftsfelder als auch durch strategische Steuerungsmaßnahmen zur Erreichung einer harten Kernkapitalquote von 13 % („Turbo 13“) geprägt.

Der Ausbau der Kerngeschäftsfelder fand, im Vergleich zum Vorjahr, im nochmals erhöhten Neugeschäftsvolumen seinen Niederschlag, wodurch auch das Kundenkreditvolumen einen spürbaren Anstieg verzeichnen konnte.

Die Umsetzung des strategischen Maßnahmenpaketes „Turbo 13“ führte indes zu einem sehr deutlichen Rückgang der Eigenanlagen der Bank, der in einem erheblich niedrigeren Wertpapierbestand seinen Niederschlag fand.

Das verbesserte Kundenkreditgeschäft als auch die vorzeitige Rückführung von aufsichtsrechtlich künftig nicht mehr im Eigenkapital anrechenbaren stillen Einlagen führte zu einer Verbesserung im Zinsergebnis. Die Veräußerung der nicht mehr benötigten Eigenanlagen wirkt sich zudem positiv im Wertpapierergebnis aus.

Zusammenfassend war die Geschäftsentwicklung der SaarLB im abgelaufenen Geschäftsjahr sehr günstig. Trotz sehr deutlicher Zuführungen zu den versteuerten Reserven nach HGB § 340f und HGB § 340g konnte die SaarLB den Gewinn vor Steuern gegenüber dem Vorjahr um EUR 5,1 Mio. auf EUR 44,5 Mio. wesentlich verbessern.

RISIKOBERICHT

GRUNDLAGEN DER RISIKOSTEUERUNG UND -ÜBERWACHUNG

Die Risikosteuerung und -überwachung in der SaarLB erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen. Die Steuerung der Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings.

Die zentralen Grundsätze der Risikosteuerung und -überwachung sind in der Risikostrategie der SaarLB festgelegt. Der Vorstand regelt hier im Einklang mit der Geschäftsstrategie den Umgang mit den für die SaarLB wesentlichen Risikoarten Adressenrisiken, Marktpreisrisiken (inkl. Zinsänderungsrisiko, Spread-Risiko, Aktienkursrisiko), Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken und Reputationsrisiken. Der Vorstand verantwortet und überwacht die Umsetzung dieser Vorgaben.

Oberstes Ziel aller Geschäftsaktivitäten der SaarLB ist die Erwirtschaftung eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags nach Risiken. Risiken dürfen nur insoweit eingegangen werden, wie dies die Risikotragfähigkeit der SaarLB erlaubt. Das Risikomanagementsystem berücksichtigt grundsätzlich weder Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten noch (Ertrags-)Chancen.

Demgemäß werden im Rahmen der Risikostrategie Limite für die wesentlichen Risikoarten gesetzt sowie entsprechende Verfahren für deren Identifikation, Messung und Steuerung definiert. Dabei werden alle Risikopositionen der Bank, der LBS und der Wertpapierspezialfonds in einer integrierten Sicht gemessen und gesteuert. Risiken werden grundsätzlich vor Risikobegrenzungsmaßnahmen angegeben (Bruttodarstellung).

Es bestehen klar definierte Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Beteiligten ausrichten. Dabei trägt die Aufbauorganisation den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und der Capital Requirements Regulation (CRR) an die Funktionstrennung zwischen Markt und Handel (Geschäftsbereiche) einerseits sowie Marktfolge, Handelsabwicklung und Risikocontrolling andererseits Rechnung.

Während die Geschäftsbereiche dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend ausgerichtet sind, wurden bei der Organisation von Marktfolge und Handelsabwicklung Kernkompetenzen gebündelt.

Die Einheit Risikocontrolling ist dem Leiter des Ressorts Risiko und Produktion unterstellt. Sie verantwortet das Risikocontrolling aller Risikoarten auf Portfolioebene. Für die Risikosteuerung und Überwachung der Adressenrisiken auf Einzelengagement- und Teilportfolioebene ist der Unternehmensbereich Kredit zuständig. Die integrierte Berichterstattung über alle Risikoarten hinweg erfolgt im Rahmen eines gemeinsamen MaRisk-Risikoberichtes.

Die Interne Revision ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und disziplinarisch dem Vorsitzenden des Vorstandes zugeordnet. Sie prüft und beurteilt als unabhängiger unternehmensinterner Bereich grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der SaarLB, das interne Kontrollsystem sowie das Risikomanagement und -controlling auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes. Dies gilt auch für ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Die

Interne Revision führt ihre Tätigkeiten unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Nach dem Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG) sind grundsätzlich alle Institute verpflichtet, nach Aufforderung durch die BaFin einen Sanierungsplan zu erstellen und innerhalb von sechs Monaten der Aufsicht einzureichen. Dies gilt unabhängig davon, ob eine Sanierung bzw. Abwicklung des Instituts notwendig oder wahrscheinlich erscheint. Die SaarLB hat den bestehenden Sanierungsplan auf Aufforderung der BaFin aktualisiert und im November 2019 an die BaFin sowie die Deutsche Bundesbank versendet. Die SaarLB überprüft in einem regelmäßigen Prozess potenziellen Anpassungsbedarf des Plans. Bei keinem der festgelegten Sanierungsindikatoren wurde zum Berichtsstichtag oder im gesamten Berichtszeitraum ein Schwellenwert verletzt.

KAPITALMANAGEMENT

Neben der Einhaltung der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der CRR wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Die SaarLB wendet den auf internen Ratings basierten Ansatz (IRBA) zur Berechnung der Kapitalanforderungen nach der CRR an. Ergänzend verfügt sie über die Erlaubnis der BaFin hinsichtlich der Verwendung von Techniken zur Kreditrisikominderung gemäß Artikel 143 Abs. 3 CRR.

Das aufsichtsrechtlich relevante Kapital, die sogenannten Eigenmittel, setzt sich aus Kernkapital (im Wesentlichen Stammkapital, Rücklagen einschließlich des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB sowie stille Einlagen) und Ergänzungskapital (u. a. langfristige nachrangige Verbindlichkeiten), jeweils unter Berücksichtigung von Abzugspositionen, zusammen.

Die Kennziffern für hartes Kernkapital, Kernkapital und Gesamteigenmittel – das Verhältnis der jeweiligen Eigenmittelkomponente zu den nach den Vorschriften der CRR ermittelten Risikopositionen – dürfen aufsichtsrechtliche Mindestvorgaben nicht unterschreiten. In der internen Steuerung hat die SaarLB darüber hinausgehende Vorgaben festgelegt.

Im Rahmen der einen Zeitraum von drei Jahren umfassenden Mittelfristplanung sind Vorkehrungen getroffen, um die Vorgaben nachhaltig einzuhalten. Für den strategischen Planungsprozess verantwortlich ist die Einheit Strategie und Stab. Auf Basis der in diesem Prozess festgelegten Rahmenbedingungen planen die Geschäftsbereiche ihre jeweiligen Risikopositionen im Zeitablauf. Sie werden von der für die quantitativen Aspekte der Mittelfristplanung verantwortlichen Einheit Controlling auf Gesamtbankebene aggregiert und den im Planungszeitraum vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Schließlich werden die zur Einhaltung der Zielwerte erforderlichen Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung bzw. zur Kürzung der Geschäftsberichtsplanungen definiert.

Die Kennzahlen nach CRR zum Berichtsstichtag sowie die entsprechenden Vorjahreszahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt.

Kennzahlen nach CRR (in Mio. EUR bzw. in %)	31.12.2019	31.12.2018
Risikopositionen	5.636	5.822
Eigenmittel	943	976
davon Kernkapital	754	851
davon hartes Kernkapital	734	700
Gesamtkennziffer	16,7 %	16,8 %
Kernkapitalquote	13,4 %	14,6 %
harte Kernkapitalquote	13,0 %	12,0 %

Die harte Kernkapitalquote der SaarLB ist im Berichtszeitraum deutlich gestiegen. Die Kernkapitalquote ist im Berichtszeitraum aufgrund des deutlichen Rückgangs der stillen Einlagen und trotz rückläufiger Risikopositionen deutlich gesunken. Die Gesamtkennziffer ist nur leicht gesunken.

- Die Erhöhung des harten Kernkapitals ergibt sich im Wesentlichen aus (1) der Anrechnung des Zwischengewinns Anfang Juli 2019 (rund EUR +16,8 Mio.) unter Berücksichtigung (2) des Entfalls des Zwischengewinns 2018 (rund EUR -2,1 Mio.), (3) Erhöhung der Gewinnrücklagen infolge der Gewinnverwendung für 2018 (rund EUR +14,2 Mio.), (4) Erhöhung des Stammkapitals (rund EUR +4,5 Mio.) sowie (5) Auffüllung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB (rund EUR +0,4 Mio.).
- Der Rückgang des Kernkapitals geht einerseits auf die Effekte (1) bis (5) zurück. Diese Effekte werden überkompensiert durch (6) die Aufhebung und Rückzahlung sowie Kündigung der stillen Einlagen (rund EUR -131,7 Mio.) sowie (7) die verringerten Anrechnungsmöglichkeiten von bestandsgeschützten Eigenmittelbestandteilen.
- Der Rückgang der Eigenmittel wird im Wesentlichen durch die bereits geschilderten Effekte (1) bis (7) erklärt. Des Weiteren wirkte sich auch im Ergänzungskapital (8) die Aufhebung und Rückzahlung sowie Kündigung stiller Einlagen (rund EUR -37,3 Mio.) sowie (9) die Amortisierung von im Bestand befindlichen Nachrangdarlehen (rund EUR -3,3 Mio.) betragsmindernd aus. Dem stehen (10) eine Neuaufnahme von Nachrangmitteln (rund EUR +105,0 Mio.) sowie der Anstieg des Wertberichtigungsüberschusses im Ergänzungskapital (rund EUR +0,2 Mio.) gegenüber.
- Der leichte Rückgang der Risikoaktiva ist im Wesentlichen auf gezielte Maßnahmen im Rahmen des RWA-Managements zur Erreichung der internen Ziel-CET1-Quote zurückzuführen.

Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten waren auch unter Berücksichtigung institutsspezifischer Kapitalanforderungen der BaFin im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) während des gesamten Berichtszeitraums jederzeit eingehalten, ebenso die strengeren internen Zielquoten der SaarLB. Die Eigenmittelzielkennziffer ist für die SaarLB redundant zum Kapitalerhaltungspuffer und wurde während des gesamten Berichtszeitraums eingehalten. Die gesetzlichen Mindestanforderungen wurden mit deutlichem Abstand eingehalten. Die insgesamt angemessene

Eigenmittelausstattung der SaarLB zeigt sich auch im Ergebnis der aufsichtsrechtlich (nach CRR) geforderten Stresstests.

Ökonomisches Kapital (Risikotragfähigkeit)

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

Die Risikodeckungsmasse wurde im Berichtsjahr grundsätzlich auf Basis der HGB-Rechnungslegung ermittelt und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können.¹

(in Mio. EUR)	31.12.2019	31.12.2018	Delta
Ergebnis nach Steuern	20,8	26,5	-5,7
+ Stammkapital	254,6	250,1	4,5
+ Rücklagen	558,1	502,5	55,6
davon Kapitalrücklage	69,1	69,1	0,0
davon Gewinnrücklage	167,8	153,6	14,2
davon Sonderposten nach §§ 340f und § 340g HGB	321,2	279,8	41,4
+ Eigenkapitalsurrogate	20,0	204,1	-184,1
davon unbefristete und befristete stille Einlagen	20,0	204,1	-184,1
davon Genussrechte	0,0	0,0	0,0
+ stille Reserven und Lasten	210,0	183,9	26,1
davon BFA 3 Saldo	223,0	197,2	25,8
davon stille Reserven Wertpapiere nach HGB, sofern nicht in BFA 3 enthalten	4,3	0,8	3,5
davon weitere stille Reserven und Lasten in sonstigen Vermögensgegenständen	0,0	0,0	0,0
davon stille Reserven und Lasten in Rückstellungen	-17,3	-14,1	-3,2
Risikodeckungsmasse	1.063,5	1.167,1	-103,6

Die Risikodeckungsmasse ist im Vergleich zum Vorjahresende vor allem aufgrund des mit -90 % sehr deutlichen Rückgangs in den Eigenkapitalsurrogaten (aufgrund Kündigung stiller Einlagen) spürbar gesunken. Demgegenüber standen sehr deutlich erhöhte Rücklagen sowie stille Reserven.

¹ Aufgrund des einjährigen Betrachtungszeitraums werden in der Risikodeckungsmasse nicht die Eigenkapitalpositionen zum Stichtag, sondern die (ggf. durch Fälligkeiten im Betrachtungszeitraum reduzierten) Werte ein Jahr nach dem Stichtag angesetzt.

Im Rahmen der ökonomischen Risikokapitalsteuerung (ICAAP) überwacht die SaarLB ihr Risiko-
profil. Im Berichtsjahr wurde in einem vierteljährlichen Turnus eine Risikotragfähigkeitsrech-
nung durchgeführt, in der eine Gegenüberstellung von aus der verfügbaren Deckungsmasse
allokiertem Risikokapital und Risikokapitalbedarf erfolgt ist. Zur Ermittlung des Risikokapital-
bedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller wesentlichen Risikoarten. Die Risiken wer-
den auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Risikos zusammen-
geführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grundsätzlich die Value
at Risk (VaR)-Methodik mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % angewandt. Die Limitierung er-
folgt auf Ebene der einzelnen Risikoarten sowie übergreifend durch das (insgesamt) allokierte
Risikokapital. Annahmen und Ergebnisse der Risikoquantifizierung werden wenigstens jährlich
validiert.

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nach-
folgenden Übersicht dargestellt:

Ökonomische Risikotragfähigkeit: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2019			31.12.2018		
	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung
Adressenrisiko	159,5	250,0	64 %	157,0	250,0	63 %
Marktrisiko	141,6	250,0	57 %	148,5	250,0	59 %
davon Zinsänderungsrisiko	(56,3)			(63,6)		
davon Credit Spread-Risiko	(85,3)			(73,8)		
davon Aktienrisiko	(0,0)			(11,1)		
Operationelles Risiko	28,6	35,0	82 %	26,7	35,0	76 %
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko						
Summe	329,7	535,0	62 %	332,2	535,0	62 %
Verfügbare Deckungsmasse	1.063,5			1.167,1		
Freie ökon. Deckungsmasse	733,8			834,9		

Die Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als
auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben. Die erheblich
gestiegenen Risikokapitalbedarfe des Credit Spread-Risikos resultieren insbesondere aus An-
passungen der Methodik (Verwendung externer statt interner Ratings, Wechsel von IDV zu
Standardanwendung in OSPlus). Aufgrund abgebauter Risiken ist das Zinsänderungsrisiko
deutlich gesunken, Aktieninvestments wurden im Berichtszeitraum geschlossen, sodass die
entsprechenden Risiken auf null zurückgehen. Insgesamt sinkt der Risikokapitalbedarf im Vor-
jahresvergleich minimal.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren
Stressszenarien ermittelt, u. a. in einem über alle Risikoarten hinweg unter konsistenten An-
nahmen modellierten schweren konjunkturellen Abschwung. Bezüglich Adressenrisiken wird
beispielsweise eine branchenspezifische Verschlechterung des Kreditportfolios, im Marktpreis-
risiko beispielsweise eine weitere Ausweitung der Credit Spreads angenommen. Für alle ande-
ren Risikoarten gelten ebenfalls verschärfte Annahmen.

Schwerer konjunktureller Abschwung: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2019	31.12.2018
Adressenrisiko	152,2	154,9
Marktrisiko	117,6	147,9
davon Zinsänderungsrisiko	(49,8)	(55,7)
davon Credit Spread-Risiko	(67,8)	(83,2)
davon Aktienrisiko	(0,0)	(9,0)
Operationelles Risiko	19,8	21,3
Summe	289,6	324,1
Freie ökon. Deckungsmasse	733,8	834,9
Freie ökon. Deckungsmasse nach Stress	444,2	510,8

Insgesamt übertrifft die freie ökonomische Deckungsmasse auch unter Annahme eines schweren wirtschaftlichen Abschwungs zum Berichtsstichtag die Kapitalbedarfe weiterhin deutlich.

Die SaarLB führt auf Basis der Anforderungen des neuen Leitfadens zur Risikotragfähigkeit der deutschen Aufsicht jährlich eine normative Risikotragfähigkeitsrechnung durch. Hierbei werden (beispielsweise in Anlehnung an den Stresstest der EBA) die Auswirkungen eines mehrjährigen konjunkturellen Abschwungs simuliert. Zum Berichtsstichtag 31.12.2019 werden alle relevanten regulatorischen Anforderungen auch im Stress erfüllt

ADRESSENRISIKO

Unter dem Adressenrisiko wird eine negative Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt.

- Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners folgt.
- Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche daraus folgt, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Schuldners innerhalb der Ratingklassen ändert.

Das Adressenrisiko beinhaltet neben Kreditrisiken auch beispielsweise Kontrahenten- und Emittentenrisiken sowie darin jeweils das Länder- und Beteiligungsrisiko.

Der Rahmen für das Eingehen von Adressenausfallrisiken wird in der Risikostrategie festgelegt. Im jährlichen Strategieprozess wird aus der Risikodeckungsmasse ein Limit für Adressenausfallrisiken festgelegt. Zur Steuerung und Überwachung von Konzentrationsrisiken werden Limitierungen nach der Bonität von Kreditnehmern bzw. Transaktionen, geografischen Märkten und Branchen vorgenommen.

Die gesamten Abläufe im Kreditgeschäft einschließlich der Steuerungs- und Überwachungssysteme sind umfassend im Anweisungswesen der SaarLB dokumentiert. Die hier definierten

Masterprozesse sind segmentübergreifend und einheitlich in allen Marktfolgebereichen implementiert. Das Anweisungswesen wird fortlaufend den sich verändernden internen und externen Anforderungen angepasst. Die Beurteilung der Adressenausfallrisiken erfolgt zunächst auf Ebene einzelner Kreditnehmer und (aufsichtsrechtlicher) Kreditnehmereinheiten (Gruppen verbundener Kunden). Hierbei finden die Ratingverfahren Banken, Corporates (inkl. kommunalnaher Unternehmen), Internationale Gebietskörperschaften, Leasing (Leasinggesellschaften sowie Immobilienleasing), Versicherungen, International Commercial Real Estate, Projektfinanzierungen, Länder- und Transferrisiko sowie DSGVO-Haftungsverbund der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München, Anwendung. Ergänzend werden die Module Sparkassen StandardRating (inkl. kommunalnaher Unternehmen) und Sparkassen ImmobiliengeschäftsRating der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH, Berlin, eingesetzt. Alle genannten Ratingverfahren wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Verwendung im Rahmen des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen nach der Verordnung (EU) 575/2013 (CRR) anerkannt. Sie werden seitens der Bank in Zusammenarbeit mit den genannten Partnern jährlich auf Basis des aktuellen Kreditportfolios validiert.

Wesentliche Eingabeparameter für den quantitativen Teil der innerhalb der Ratingverfahren vorgenommenen Bonitätsanalyse stammen dabei aus einem Bilanzanalysesystem, das die wesentlichen Rechnungslegungsstandards (u. a. HGB, IFRS, US-GAAP) unterstützt und Peergruppen- sowie Branchenvergleiche ermöglicht. Darüber hinaus werden neben dem Bonitätsrating eines Kreditnehmers dort, wo es erforderlich ist, auch Objekt- und Projektrisiken sowie Länder- und Transferrisiken in der Risikobeurteilung berücksichtigt. Im Ergebnis erfolgt auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Zuordnung zu einer Ratingklasse auf einer grundsätzlich 25-stufigen Ratingskala.

Neben der Ausfallwahrscheinlichkeit, die über die Ratingverfahren ermittelt wird, findet als weiterer wesentlicher Parameter für die Messung von Adressenrisiken der Loss Given Default (im Folgenden LGD) Verwendung. Dieser fließt neben der Ausfallwahrscheinlichkeit in die Berechnung des erwarteten Verlusts ein. Der bei der SaarLB berücksichtigte LGD spiegelt die ökonomische Sichtweise wider. Basierend auf Verlusterfahrungen im Landesbankenpool auf Ebene der Ratingmodule werden hier erwartete Verluste bei Ausfall quantifiziert, die auch die Höhe der in Zukunft erwarteten Sicherheitenerlöse berücksichtigen.

Darüber hinaus findet der sogenannte Loss Identification Period (LIP)-Faktor Eingang in die Berechnung der Risikovorsorge. Der LIP-Faktor umfasst den Zeitraum vom Ausfall eines Kreditnehmers bis zur tatsächlichen Wahrnehmung des Ausfalls durch das Kreditinstitut. Der LIP-Faktor wird aufgrund von Expertenschätzungen für die jeweiligen Teilportfolios ermittelt; diese werden jährlich neu geprüft.

Zur ökonomischen Risikominderung werden gemäß den Vorgaben der SaarLB bankübliche Sicherheiten, v. a. Grundpfandrechte, Verpfändungen, Zessionen, Sicherungsübereignungen und schuldrechtliche Verpflichtungserklärungen hereingenommen. Sicherheitenbearbeitung und -bewertung sind im Sicherheitenhandbuch geregelt. Die Berechnung und Festsetzung der ermittelten Sicherheitenwerte wird dokumentiert. Im Handelsgeschäft mit Derivaten werden Rahmenverträge zur Verrechnung gegenseitiger Risiken (Close-Out-Netting) geschlossen. Mit bestimmten Geschäftspartnern bestehen Sicherheitenvereinbarungen, die das jeweilige Ausfallrisiko auf einen vereinbarten Höchstbetrag begrenzen.

Anhand des eingerichteten Frühwarnsystems – u. a. monatlich erstellte, auf festen Frühwarnsignalen basierende Frühwarnlisten – erfolgt eine Identifikation gefährdeter Engagements und Überführung in die dafür vorgesehene Betreuungsform. Die Intensivbetreuung ist im Markt, die Bearbeitung von Problemkrediten in der Marktfolge angesiedelt.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften werden täglich durch die Handelsabwicklung überwacht. Diese Überwachung umfasst insbesondere das gesamte Geschäft mit derivativen Finanzinstrumenten (Kontrahentenrisiko). Systemunterstützt und bankweit einheitlich werden alle mit einem Kunden getätigten Handelsgeschäfte in Anlehnung an die Vorschriften zur Marktbewertungsmethode nach CRR auf die eingeräumten Kontrahentenlimite, die ggf. auch ein Settlement-Limit umfassen, angerechnet.

Bei der Steuerung und Überwachung von Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene ist das interne Rating von zentraler Bedeutung. Über die Risikostrategie sind die Engagementgrenzen für Gruppen verbundener Kunden in Abhängigkeit von Ratingklassen, aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten Märkten und Segmenten klar definiert. Strenge Nebenbedingung ist schließlich eine am Risiko orientierte Preisgestaltung, die durch ein entsprechendes Kalkulationsinstrument unterstützt wird.

Eine einzelfallbezogene Prüfung der Einhaltung der Risikostrategie durch die zuständigen Markt- und Marktfolgebereiche ist im Rahmen jeder wesentlichen Kreditentscheidung vorgesehen.

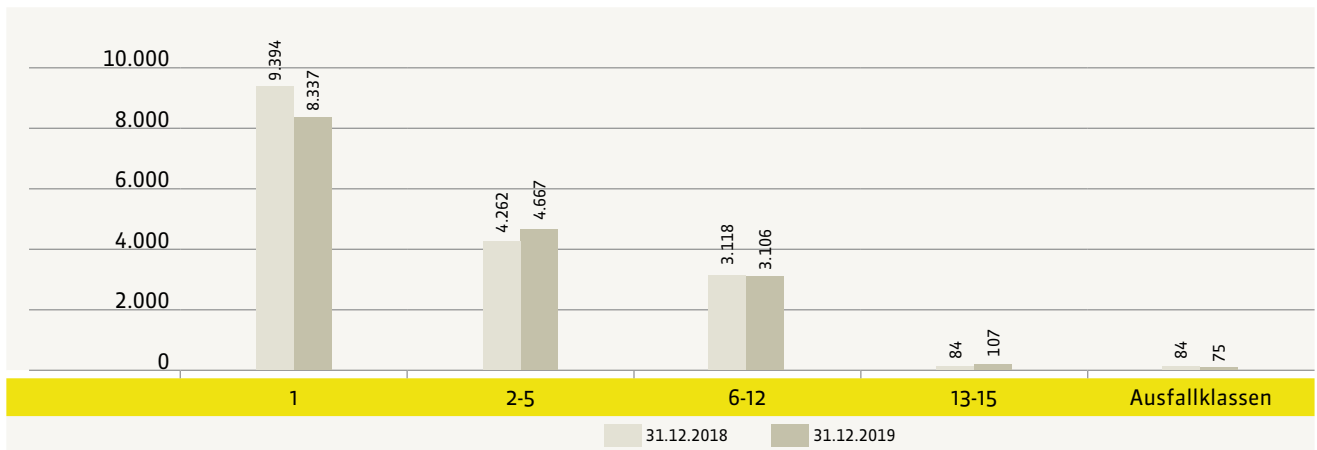
Der vierteljährlich erstellte MaRisk-Risikobericht an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss der SaarLB beinhaltet eine Analyse des Kreditportfolios, vor allem unter den Gesichtspunkten Ratingklassen-, Branchen- und Ländergliederung, sowie einen zusammenfassenden Soll-Ist-Abgleich mit der Risikostrategie.

Zur Risikoanalyse auf Portfolioebene verwendet die SaarLB insbesondere für die Risikotragfähigkeitsrechnung das Kreditportfoliomodell „CreditRisk+“. Im Kreditportfoliomodell wird der gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Forderungsbestand der SaarLB betrachtet, jeweils gewichtet mit den individuellen, aus den Ratingklassen abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kreditnehmer. Wesentliche Ausgabegröße ist der Credit Value at Risk, der sich aufteilt in einen erwarteten Verlust (expected loss), der über die risikoorientierte Preisgestaltung berücksichtigt wird, und in einen unerwarteten Verlust (unexpected loss). Sowohl der erwartete als auch der unerwartete Verlust sind im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung durch Risikokapital zu decken.

Portfolioanalyse (ökonomisch)

Die Darstellungen in den nachfolgenden Kapiteln „Portfolioanalyse (ökonomisch)“ und „Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil“ basieren auf der internen Risikosteuerung, nach der zum Berichtsstichtag ein maximales Kreditrisiko von EUR 16.293 Mio. bestand (zum 31.12.2018: EUR 16.943 Mio.). Das maximale Kreditrisiko stellt das Bruttoexposure nach Berücksichtigung von CRM-fähigen Sicherheiten und abzüglich Wertberichtigungen (insb. Einzelwertberichtigungen und Direktabschreibungen) dar. Somit wurden Kreditrisiken in Höhe von EUR 649 Mio. abgebaut. Trotz eines spürbaren Anstiegs um EUR 405 Mio. (bzw. 9,5 %) in der Ratingklasse 2-5 überwiegt der sehr deutliche Rückgang in der Ratingklasse 1 um EUR 1.057 Mio. (relativ 11,3 %).

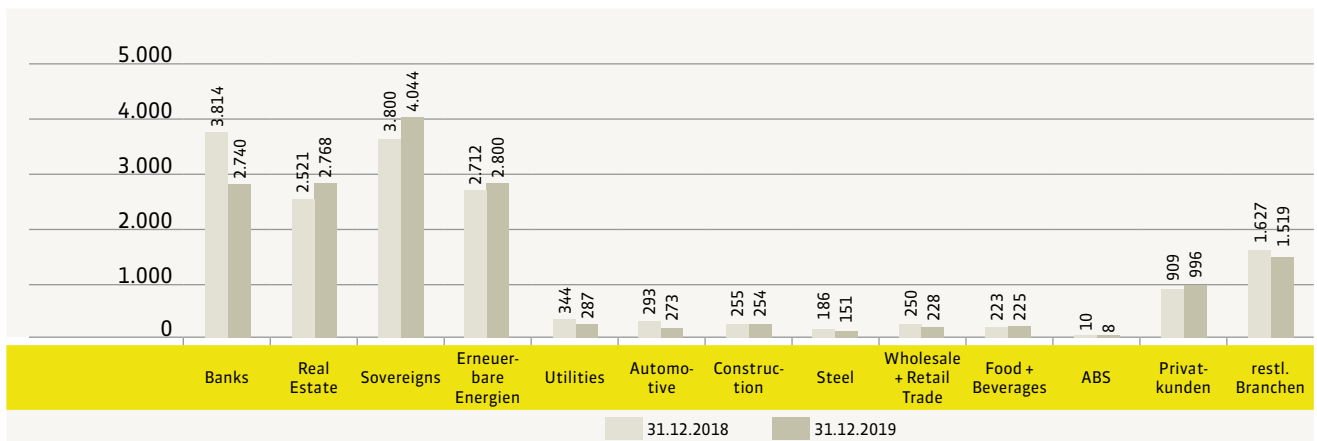
Maximales Kreditrisiko nach Ratingklassen (in Mio. EUR)



Zum Berichtsstichtag liegen rund 80 % (Vorjahr: 81 %) des Kreditrisikos im Investment Grade-Bereich (Ratingklassen 1 und 2 bis 5 nach DSGV-Skala). Im Vergleich zum 31.12.2018 ist der Anteil im Investment Grade nahezu gleichbleibend.

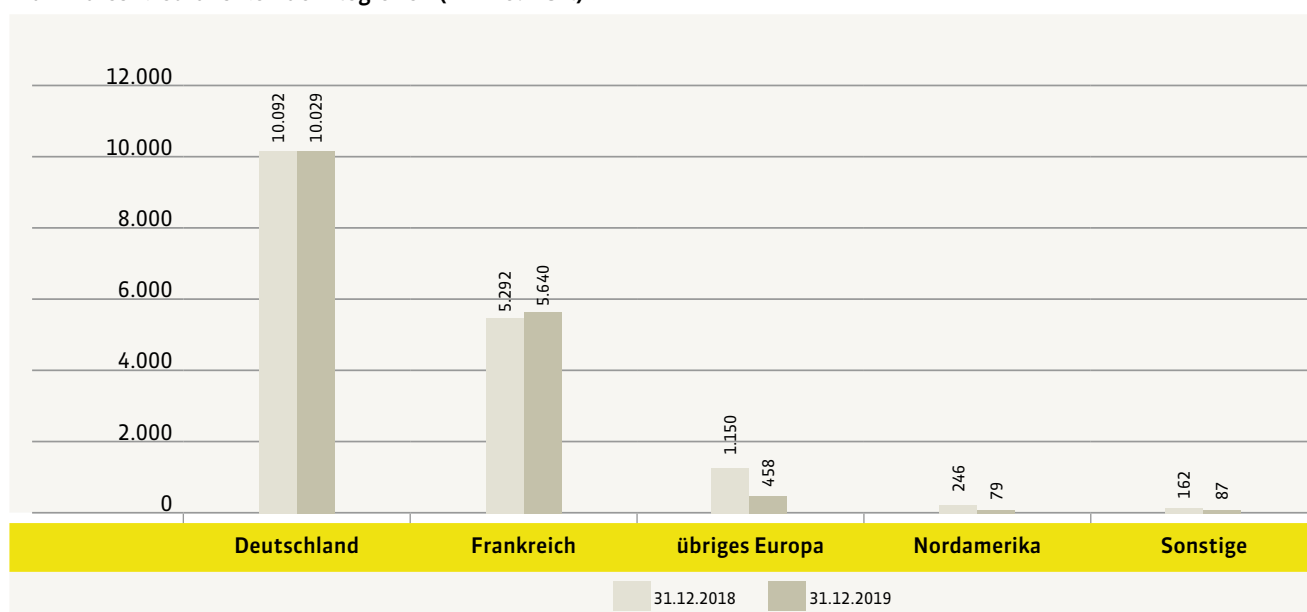
Für die wirtschaftliche Steuerung und strategische Ausrichtung des Branchen-Kreditrisikos wird in der SaarLB auf Kreditnehmerebene ein wertschöpfungs- und risikoorientierter Gruppierungsschlüssel verwendet, der das Kreditrisiko in 35 Branchengruppen strukturiert. Das Kreditrisiko nach Branchengruppen verteilt sich wie folgt:

Maximales Kreditrisiko nach Branchen (in Mio. EUR)



Das Branchenportfolio – insbesondere das Corporates-Portfolio – der SaarLB ist weiterhin gut diversifiziert: Der größte Anteil des Portfolios (knapp 25 %) entfällt zum Berichtsstichtag auf die Branche Sovereigns, gefolgt von den Branchen Banks, Erneuerbare Energien und Real Estate (jeweils etwa 17 %). Im Berichtszeitraum wurde das Kreditrisiko der Branche Real Estate um rund EUR 247 Mio. bzw. 9,8 % stark erhöht, gefolgt von der Branche Sovereigns (spürbare Erhöhung um rund EUR 244 Mio. bzw. 6,4 %). In der Branche Banks wurde das Kreditrisiko um EUR 1.074 Mio. bzw. 28,2 % wesentlich reduziert.

Maximales Kreditrisiko nach Regionen (in Mio. EUR)



Die SaarLB verwendet für die Darstellung der Verteilung des Kreditrisikos nach Ländern standardmäßig auf Einzelländerebene die offiziellen Bundesbankschlüssel. Kreditnehmer werden dabei gemäß dem jeweils maßgeblichen Länderrisiko verschlüsselt, das beispielsweise bei unselbstständigen Niederlassungen nicht dem des Sitzlandes entsprechen muss. Regionengruppierungen erfolgen dann unter Berücksichtigung globaler und regionaler wirtschaftlicher Verflechtungen. Der Schwerpunkt des Länderportfolios der SaarLB liegt mit einem Anteil von rund 96 % (zum 31.12.2018: 91 %) des Kreditrisikos in den von ihr definierten Zielmärkten Deutschland und Frankreich. Weitere 3 % (zum 31.12.2018: 7 %) betreffen Engagements im übrigen Europa. Im Berichtszeitraum wurde unwesentlich Volumen in Deutschland i. H. v. EUR 63 Mio. (entspricht 0,6 %) abgebaut bzw. in Frankreich mit EUR 348 Mio. (entspricht 6,6 %) deutlich aufgebaut. In den übrigen Regionen wurde Volumen abgebaut, insbesondere im übrigen Europa hat sich das Volumen um rd. EUR 692 Mio. (entspricht 60,2 %) erheblich reduziert.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Regionen	31.12.2019	31.12.2018
Deutschland	2.516	2.833
Frankreich	16	160
übriges Europa	70	478
Nordamerika	51	189
Sonstige	86	154
Gesamt	2.740	3.814

Forderungen an Kreditinstitute einschließlich des Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen überwiegend gegen Institute mit Sitz in Europa und dort überwiegend gegen deutsche Kreditinstitute. Über alle Regionen hinweg ist das Kreditrisiko gegenüber Banken im Berichtszeitraum um insgesamt EUR 1.074 Mio. gesunken. Sehr starke Rückgänge zeigen sich hier in Deutschland um EUR 317 Mio. (11,2 %) sowie im übrigen Europa um EUR 408 Mio. (85,4 %). Ebenfalls erhebliche Reduktionen sind in Frankreich, Nordamerika und den sonstigen Regionen zu sehen, jedoch mit EUR 144 Mio., EUR 138 Mio. und EUR 68 Mio. mit geringerer absoluter Volumenänderung.

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Regionen	31.12.2019	31.12.2018
Deutschland	7.513	7.259
Frankreich	5.624	5.132
übriges Europa	388	672
Nordamerika	28	57
Sonstige	0	8
Gesamt	13.553	13.129

Forderungen an Kunden einschließlich des Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen mit rund 99 % (31.12.2018: rund 99 %) überwiegend gegen Kunden mit (Wohn-)Sitz in Europa. Unter diesen Kunden stellen die deutschen und französischen Kunden mit rund 97 % (31.12.2018: rund 94 %) den größten Anteil.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklassen	31.12.2019	31.12.2018
bis 1 Mio. EUR	26	34
>1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	95	130
>5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	83	147
>10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	138	326
>20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	353	902
>50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	506	240
>100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	792	475
>250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	0	0
>500 Mio. EUR bis 1 Mrd. EUR	747	0
>1 Mrd. EUR bis 2,5 Mrd. EUR	0	1.560
Gesamt	2.740	3.814

Das Geschäft mit Kreditinstituten erfolgt überwiegend in größeren Abschnitten. Im Vergleich zum letzten Berichtsstichtag ist die Größenklasse bis EUR 2,5 Mrd. nicht mehr besetzt. Dafür ist die Größenklasse bis EUR 1 Mrd. besetzt, worin ausschließlich Risiken in Deutschland in Ratingklasse 1 enthalten sind.

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklassen	31.12.2019	31.12.2018
bis 1 Mio. EUR	849	878
>1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	1.389	1.303
>5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	2.249	2.073
>10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	3.495	3.521
>20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	3.761	3.351
>50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	1.094	1.383
>100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	414	299
>250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	301	320
Gesamt	13.553	13.129

Die Kundenforderungen sind aus Sicht der Größenklassengliederung gut diversifiziert.

Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil

Engagements in Italien und im Vereinigten Königreich werden verstärkt beobachtet.

Der Bestand in Italien wurde im Berichtszeitraum erheblich reduziert und beträgt nur noch EUR 13 Mio. (zum 31.12.2018: EUR 43 Mio.). Sehr deutlich zeigt sich der Rückgang insbesondere in den Branchen Banks und Real Estate. Zum Berichtsstichtag liegt das Volumen daher fast ausschließlich in der Branche Sovereigns. Es liegt in der Ratingklasse 2-5 und damit im Investment Grade-Bereich.

Zum Berichtsstichtag hielt die SaarLB ein Exposure von EUR 13 Mio. im Vereinigten Königreich (zum 31.12.2018: EUR 106 Mio.). Dieser erhebliche Rückgang resultiert insbesondere aus der Reduktion des Volumens auf EUR 12 Mio. in der Branche Banks (31.12.2018: EUR 86 Mio.) sowie aus dem Abbau des Portfolios in den Branchen Food+Beverages und Telecom. Das Exposure liegt zu 97 % in den Ratingklassen 1 sowie 2-5 und damit im Investment Grade-Bereich.

Risikovorsorge

Alle Engagements mit Adressenausfallrisiken unterliegen im Rahmen der Risikoüberwachung einem fest definierten Frühwarn-, Intensivbetreuungs- und Problemerkreditbehandlungsprozess mit entsprechenden Anweisungen. Im Rahmen dieses Prozesses werden Engagements mit eingetretenen Risikosignalen in eine dem Risikogehalt adäquate Betreuungsform überführt und klassifiziert. Basis dafür sind fest definierte harte Kriterien, die zu einer Aufnahme in die monatliche Frühwarnliste bzw. direkt zu einer Zuordnung in die entsprechende Betreuungsform führen.

Zudem werden die vorgenannten Engagements regelmäßig auf Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung untersucht. Indizien liegen u. a. vor im Zusammenhang mit:

- erheblichen finanziellen Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners;
- einem tatsächlich erfolgten Vertragsbruch (z. B. Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen);
- Zugeständnissen von Seiten des Kreditgebers an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gegebenheiten im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten des Kreditnehmers, die der Kreditgeber ansonsten nicht gewähren würde;
- einer hohen Wahrscheinlichkeit eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsbedarfs des Schuldners;
- dem Verschwinden eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögensgegenstand aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten;
- beobachtbaren Daten, die auf eine messbare Verringerung der erwarteten künftigen Cashflows aus einer Gruppe von finanziellen Vermögensgegenständen seit deren erstmaligem Ansatz hinweisen, obwohl die Verringerung noch nicht einzelnen finanziellen Vermögensgegenständen der Gruppe zugeordnet werden kann;
- einer Zuordnung zu einer Rating-Ausfallklasse.

Wenn die Risikoanalyse des Kredites zeigt, dass die vertragskonforme Rückführung bzw. Vereinnahmung aller kreditvertraglichen Entgelte unwahrscheinlich ist, wird eine Risikovorsorge gebildet. Die Berechnung der Risikovorsorge wird pro Geschäft vorgenommen und berücksichtigt alle Adressenausfallrisiken. Die Festlegung der Höhe der Wertberichtigung erfolgt dabei unter Berücksichtigung der bestehenden Besicherung grundsätzlich durch Gegenüberstellung des Buchwerts der Forderung (fortgeführte Anschaffungskosten) mit den künftig zu erwartenden abgezinsten Cashflows. Die Abzinsung erfolgt mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz, der aus der OIS-Zinskurve abgeleitet wird. Einzelwertberichtigungen werden auch für die Engagements gebildet, bei denen die vollständige Rückführung der Kredite ausschließlich aufgrund von Länderrisiko unwahrscheinlich ist (politische bzw. soziale Unruhen, Nichtanerkennung von Auslandsschulden von staatlicher Seite, Devisenkontrollmaßnahmen/Devisenzwangswirtschaft/deutliche Abwertung der Landeswährung, Beschränkung des Außenwirtschaftsverkehrs, Kapitalflucht mit spürbaren Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz, Verstaatlichung, Enteignung von Vermögen).

Bei der Risikovorsorgebildung wird zwischen Einzelwertberichtigungen für bestehende Forderungen und Rückstellungen für künftige Inanspruchnahmen (Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte im Kreditgeschäft) unterschieden. Uneinbringliche Finanzinstrumente werden ausgebucht.

Für alle im Rahmen der Risikoüberwachung im Berichtsjahr tatsächlich erkennbaren Verlustpotenziale wurde in angemessener Weise vorgesorgt. Die Risikovorsorge hat sich wie folgt entwickelt:

Risikovorsorge für Einzelrisiken in Mio. EUR	01.01.2019 - 31.12.2019	01.01.2018 - 31.12.2018
Anfangsbestand	49,0	61,4
Auflösung	-7,4	-7,8
Verbrauch	-8,3	-8,4
Zuführung	7,9	3,8
Endbestand	41,2	49,0

Für latente Risiken bestehen Pauschalwertberichtigungen in Höhe von EUR 11,7 Mio. (zum 31.12.2018: EUR 10,6 Mio.).

Die Direktabschreibungen betragen einschließlich der unmittelbar bonitätsbedingten Wertkorrekturen und Veräußerungsverluste in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds EUR 0,0 Mio. (in 2018: EUR 0,0 Mio.). Dem standen Eingänge auf abgeschriebenem Forderungen und unmittelbar bonitätsbedingte Veräußerungsgewinne in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds in Höhe von EUR 1,6 Mio. (in 2018: EUR 1,6 Mio.) gegenüber.

MARKTPREISRISIKO

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt. Als Risikofaktoren gelten hier Zinsen (risikolose Zinskurve), Spreads, Währungen und Aktien. Optionen werden bei der Ermittlung innerhalb der betroffenen Risikokategorien berücksichtigt.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Marktpreisrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie definiert. Die Aufbauorganisation des Handelsgeschäfts orientiert sich an den Anforderungen der MaRisk. Die Einheit Treasury und Syndizierung umfasst das Handelsgeschäft in Zinsprodukten und Devisen sowie das Aktiv-Passiv-Management, das die Zinsrisiken aus dem Bankbuch aktiv steuert; die Einheit Portfolio- und RWA-Management sowie der Bereich Private und Institutionelle verantworten das Sales-Geschäft in Zinsprodukten und Devisen. Die Abwicklung der Handelsgeschäfte erfolgt in der Einheit Regulatorik und Services. Für die Überwachung und Steuerung der Marktrisiken sowie für die methodische Entwicklung des hierzu erforderlichen Instrumentariums ist das Risikocontrolling verantwortlich. Die SaarLB limitiert sowohl Marktpreisrisiken des Handelsbuches als auch Marktpreisrisiken des Anlagebuches, insbesondere Zinsänderungsrisiken, nach einem einheitlichen Value at Risk (VaR)-Ansatz: Das Risikocontrolling überwacht die Risiken in mehreren Sparten und berücksichtigt dabei nicht nur die Risiken aus dem Handel im engeren Sinne, sondern auch aus den Positionen des Aktiv-Passiv-Managements, welche wesentliche Zinsänderungsrisiken der Bank beinhalten können.

Die Risiken aller Sparten fließen in die Risikotagesmeldung mit einer Haltedauerannahme von zehn Handelstagen und einem einseitigen Konfidenzniveau von 99,9 % ein. Bei der Zusammenfassung der Risiken werden Korrelationen außer Acht gelassen, die eine risikoreduzierende Darstellung ermöglichen würden. Die Risikokennzahlen werden grundsätzlich mittels einer historischen Simulation berechnet, wobei die verwendeten Zeitreihen regelmäßig aktualisiert werden. In der Sparte Devisen-Bankbuch und -Sales erfolgt die Risikoberechnung mithilfe von Risikoparametern, die auf weit in die Vergangenheit reichenden Zeitreihen basieren.

Abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse legt der Vorstand je Sparte eine Verlustpotenzialobergrenze (VaR-Limit) und je Handelsbuchsparte ein Verlustlimit fest. Zu keinem Zeitpunkt darf der in einer Sparte täglich errechnete Value at Risk das zugeordnete VaR-Limit überschreiten. Für die als davon-Positionen ausgewiesenen Teilportfolien der Sparte Zinsbuch gesamt ist kein VaR-Limit, sondern lediglich eine Warnschwelle implementiert. Der Grad der Limitauslastung berücksichtigt zusätzlich den Ist-Ergebnisbeitrag der nicht barwertig gesteuerten Handelssparten: Verluste kürzen das Risikolimit (bzw. erhöhen den Netto-VaR). Die VaR-Limite können durch vom Handelsvorstand festgelegte Richtwerte für Bestandsobergrenzen und sonstige restriktive Vereinbarungen fallweise ergänzt werden.

Der Verlust einer Handelsbuchsparte darf das Verlustlimit nicht übersteigen. Das Verlustlimit entspricht regelmäßig 50 % des Planwertes einer Sparte. Strategiesparten werden zwar durch ein VaR-Limit begrenzt, Verlustlimite werden aufgrund der Dauerhalteabsicht aber nicht gesetzt.

Beim VaR werden Brutto- und Netto-VaR unterschieden. Während der Brutto-VaR ausschließlich das Risiko aus bestehenden offenen Positionen angibt, werden bei Handelsbuchsparten in den Netto-VaR negative operative Ergebnisse einbezogen (selbstverzehrendes Limit).

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht der im Berichtszeitraum eingegangenen Risiken aus offenen Positionen pro Sparte (Brutto-VaR und Limitauslastung). Dabei lassen sich die Zinsänderungsrisiken den Sparten Zinsbuch gesamt und Renten-Sales zuordnen, die Aktienkursrisiken der Sparte Spezialfonds (Aktien) und die Währungsrisiken der Sparte Devisen Bankbuch und Sales:

Brutto-VaR (in Mio. EUR) und Limitauslastung (in %)	31.12.2019 Brutto-VaR	12-Monats-Zeitraum (31.12.2019 - 31.12.2018)				31.12.2018 Brutto-VaR
		Maximum		Durchschnitt		
		Brutto-VaR	Auslastung	Brutto-VaR	Auslastung	
Zinsbuch gesamt	-11,3	-23,4	79,4 %	-16,5	55,8 %	-21,4
davon Benchmark	-10,5	-22,3	87,4 %	-16,2	63,5 %	-21,7
davon Abw. zur Benchmark	-2	-4,9	122,5 %	-3	75,0 %	-2,3
Spezialfonds (Aktien)	0	-2,6	39,0 %	-0,9	13,1 %	-1,9
Renten-Sales	0	0	0,0 %	0	-0,5 %	0
Devisen Bankbuch und Sales	-0,2	-0,8	83,6 %	-0,2	17,5 %	-0,2
Gesamt	-11,5	-25,9	68,1 %	-17,5	46,1 %	-23,5

Die Berichterstattung an alle am Risikoüberwachungs- und -steuerungsprozess beteiligten Bereiche einschließlich Vorstand erfolgt jeweils zu Beginn eines Handelstages. Die Darstellung umfasst operative Ergebnisse sowie VaR und VaR-Limitauslastung des vorangegangenen Handelstages.

Für den unter Berücksichtigung der negativen operativen Ergebnisse ermittelten (Netto-)VaR wurden aus der Risikodeckungsmasse der SaarLB zum Berichtsstichtag Limite in Höhe von insgesamt EUR 38,0 Mio. (zum 31.12.2018: EUR 38,0 Mio.) auf die einzelnen Sparten allokiert. Das beschriebene Instrumentarium wird laufend den sich verändernden Gegebenheiten angepasst. Insbesondere werden die verwendeten Risikoquantifizierungsmethoden im Rahmen eines Backtesting-Verfahrens regelmäßig validiert und entsprechend fortentwickelt. Die Risikoparameter werden jährlich aktualisiert.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung werden die Verlustpotenziale der täglichen Steuerung auf SaarLB-einheitliche Werte von Konfidenzniveau und Haltedauer skaliert. Über die Quantifizierung des ICAAP-Risikokapitalbedarfs hinaus erfolgen hier auch zukunftsorientierte Analysen unter Annahme außergewöhnlicher Marktpreisänderungen (Stressszenarien).

Für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch werden zum Berichtsstichtag erstmals die Barwertänderungen aus den sechs Zinsschockszenarien gemäß den Vorgaben des BaFin-Rundschreibens 06/2019 – Zinsänderungsrisiken quantifiziert. Dabei handelt es sich um unterschiedliche Szenarien, die neben Parallelverschiebungen, einer Versteilung und Verflachung auch kurzfristige An- und Abstiege des Zinsniveaus abbilden. Die Barwertänderungen aus den Parallelverschiebungen werden zur Ermittlung des Supervisory Outlier Test Gesamtkapital (GK) ins Verhältnis zum haftenden Eigenkapital gesetzt. Der aufsichtliche Frühwarnindikator (Supervisory Outlier Test T1) errechnet sich als Quotient aus dem maximalen Barwertverlust aus den sechs beschriebenen Szenarien und dem Kernkapital. Im Berichtszeitraum lagen die geltenden Outlier-Kennzahlen (bis einschließlich 30.11.2019 war nur der Supervisory Outlier Test GK einzuhalten) jeweils unter den aufsichtsrechtlichen Schwellenwerten.

Das Credit Spread-Risiko wird quartalsweise im Rahmen der RTF-Rechnung quantifiziert und überwacht. Dabei wird mithilfe der sog. Prognosewertsimulation der (barwertige) Wert eines Papiers am Ende des Prognosezeitraums (dieser liegt aktuell bei einem Jahr) unter Berücksichtigung von szenariospezifischen Spread-Ausweitungen sowie unter Annahme einer gleichbleibenden Zinskurve ermittelt. Das Risiko errechnet sich in den unterschiedlichen Szenarien als Differenzbetrag zwischen dem prognostizierten Wert und dem aktuellen Wert. Die der Berechnung zugrunde liegenden Spread-Zuschläge werden dabei aus einer Historie, die bis in das Jahr 2003 zurückreicht, abgeleitet. Die Zeitreihe wird regelmäßig fortgeschrieben. Die Steuerung erfolgt in der Einheit Portfoliomanagement, die Überwachung durch Risikocontrolling, die Limitierung im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Definition

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungsrisiko zusammen. Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko umfasst darüber hinaus auch das Marktliquiditätsrisiko.

- Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko bezeichnet das Risiko, fällige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht erfüllen zu können. Unter Marktliquiditätsrisiko versteht die SaarLB das Risiko, aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen am Markt liquidieren zu können.
- Das Refinanzierungsrisiko ist definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind negative Effekte aus einer adversen Entwicklung des eigenen Credit Spreads maßgeblich. Zum anderen beschreibt es das Risiko, dass negative Konsequenzen in Form höherer Refinanzierungskosten durch ein Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur eintreten.

Risikomessung und -limitierung

Risikoberichts- und -messsysteme

Die ökonomische Messung von Liquiditätsrisiken untergliedert sich in zwei Teilbereiche: die Zahlungsunfähigkeitssicht und die wertorientierte Sicht.

Die Messung des **Zahlungsunfähigkeitsrisikos** erfolgt im Wesentlichen anhand der Gegenüberstellung von kumulierter Liquiditätsablaufbilanz und kumuliertem Liquiditätsdeckungspotenzial. Dabei werden u. a. Wochensicht (Betrachtungszeitraum zehn Handelstage) und Steuerungssicht (Betrachtungszeitraum 90 Tage) unterschieden. Die Liquiditätsablaufbilanz stellt alle Zahlungsein- und -ausgänge in saldierter Form kumulativ gegenüber. Sie umfasst alle Liquiditätsabläufe (Zahlungsein- und -ausgänge) der Bank, die sich aus deterministischen Zahlungsströmen sowie aus auf Basis von Annahmen modellierten, relevanten nicht deterministischen Zahlungsströmen (z. B. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder Sichteinlagen) zusammensetzen. Das dem gegenüberstehende Liquiditätsdeckungspotenzial zeigt die Möglichkeiten der Bank auf, durch den Verkauf oder die Beleihung von Vermögensgegenständen sowie durch ergänzende Maßnahmen, wie z. B. Pfandbriefemissionen, Liquidität zu generieren.

Als Kennziffern des Zahlungsunfähigkeitsrisikos werden insbesondere die Time-to-Illiquidity sowie die Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials im Basis-Szenario sowie in verschiedenen Stress-Szenarien gemessen und limitiert. Die Time-to-Illiquidity gibt an, zu welchem Zeitpunkt kumulierte Liquiditätsunterdeckungen erstmals nicht mehr durch das zur Verfügung stehende kumulierte Liquiditätsdeckungspotenzial gedeckt werden können. Nach den Anforderungen der MaRisk darf die Time-to-Illiquidity in der Wochensicht fünf Handelstage (gem. BTR 3.2 MaRisk) und in der Steuerungssicht einen Monat (gem. BTR 3.1 MaRisk) nicht unterschreiten.

Time-to-Illiquidity	31.12.2019	31.12.2018	Delta
Wochensicht	2 bis 3 Monate	2 bis 3 Monate	0
Monatssicht (Szenario Kombination)	5 bis 6 Monate	4 bis 5 Monate	+1 Monat

Die Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials beschreibt das Verhältnis zwischen Liquiditätsbedarf aus der Liquiditätsablaufbilanz und dem zur Verfügung stehenden

Liquiditätsdeckungspotenzial für den Zeitraum der jeweils kommenden 90 Tage.

Max. Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials innerhalb von 90 Tagen (in %)	31.12.2019	31.12.2018	Delta %-Punkte
Szenario Basis (geplante Ablaufstrukturen)	52 %	56 %	-4 %
Szenario Bankstress	64 %	64 %	0 %
Szenario Marktstress	64 %	66 %	-2 %
Szenario Kombination	72 %	70 %	2 %

In der **wertorientierten Liquiditätssteuerung** werden für Steuerungszwecke die Kennzahlen Liquiditätsbarwert und Liquiditäts-Value at Risk (LVaR) betrachtet. Der Liquiditätsbarwert gibt an, wie hoch die zusätzlichen barwertigen Liquiditätskosten sind, welche bei einer Glättstellung der Liquiditäts-Cashflows entstehen. Der LVaR zeigt die negative Veränderung des Liquiditätsbarwerts bei einer unerwarteten Ausweitung der ungedeckten Refinanzierungskosten zu gegebenen Konfidenzniveaus in einem Jahr. Für beide Kennzahlen liegen interne Steuerungs-limite vor, die regelmäßig überwacht werden.

Wertorientierte Kennzahlen (in Mio. EUR)	31.12.2019	31.12.2018	Delta
Liquiditätsbarwert	-66	-50	-15
LVaR (Verlust im 99,90 %-Quantil)	75	67	8

Darüber hinaus werden Konzentrationen im Liquiditätsrisiko hinsichtlich ausreichender Diversifikation der Refinanzierungsquellen (inkl. der Einlegerstruktur) und des Liquiditätsdeckungspotenzials überwacht. Dies erfolgt durch die Überwachung und Analyse der unterschiedlichen Produkte der Passivseite, insbesondere aber der variablen Einlagen der größten Kunden sowie des Liquiditätsdeckungspotenzials hinsichtlich der relevanten Emittentenbranchen und -länder.

Die Refinanzierung der Bank erfolgt zum Berichtsstichtag vorwiegend über gedeckte und ungedeckte Emissionen (68 %) sowie über deterministisches Einlagengeschäft (14 %). Der Refinanzierungsanteil aus variablen Kundeneinlagen (inkl. Kündigungsgelder) beläuft sich insgesamt auf 16 % und zeigt sich gut diversifiziert: Der größte Einleger (auf Kundenebene) nimmt einen Anteil von 3 % (31.12.2018: 6 %) ein.

Die Diversifikation des Liquiditätsdeckungspotenzials (Aktivseite) wird auf der Ebene der Emittentenbranchen und -länder betrachtet:

Top 5 Länder (in Mio. EUR und %)	31.12.2019		31.12.2018	
	Volumen	Prozent	Volumen	Prozent
Deutschland	543	66 %	423	36 %
Spanien	63	8 %	71	6 %
Slowakei	48	6 %	36	3 %
Frankreich	38	5 %	160	14 %
Kanada	37	4 %	47	4 %
Gesamtsumme	826	100 %	1.164	100 %

Neben der Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit stellt die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine strenge Nebenbedingung für das Liquiditätsrisikomanagement der SaarLB dar.

Im Rahmen der Ermittlung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) werden die liquiden Aktiva den kurzfristigen Nettoabflüssen der nächsten 30 Tage gegenübergestellt (gem. Delegierter Verordnung (EU) 2015/61). Die aufsichtsrechtliche Mindestquote liegt zum Berichtsstichtag bei 100 %. Für Zwecke der internen Steuerung werden Limite definiert, die über den aufsichtsrechtlichen Mindestvorgaben liegen.

Liquidity Coverage Ratio (in Mio. EUR) gem. DeIVO	31.12.2019	31.12.2018	Delta
LCR	181 %	223 %	-42 %
HQLA	1.434	2.195	-761
Outflows	1.219	1.340	-121
Inflows angerechnet	427	356	71

Die Reduktion der LCR ist im Wesentlichen auf die Verringerung der HQLA zurückzuführen. Das Bundesbankkonto, welches einen wesentlichen Bestandteil der HQLA darstellt, hat sich deutlich reduziert. Darüber hinaus wurde einer der LCR-fähigen Spezialfonds (LBS) verkauft.

Alle dargestellten Instrumentarien sind Bestandteil der regelmäßigen Berichterstattung an den Vorstand und sind in den MaRisk-Risikobericht integriert.

Risikoabsicherung und -limitierung

Insbesondere die dargestellten ökonomischen Kenngrößen Time-to-Illiquidity (Wochen- und Monatssicht) und Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials werden entsprechend den Vorgaben der MaRisk limitiert. Gemäß diesen Anforderungen darf die Time-to-Illiquidity in der Wochensicht fünf Handelstage und in der Steuerungssicht einen Monat nicht unterschreiten. Für die interne Steuerung werden in beiden Fällen Kennziffern gefordert, die über den aufsichtsrechtlichen Vorgaben liegen. Für die Kennzahlen der wertorientierten Liquiditätssteuerung liegen ebenfalls interne Schwellen vor, die regelmäßig überwacht werden.

Für die aufsichtsrechtlichen Kennziffern werden ergänzend zu den externen Vorgaben interne Schwellenwerte definiert, die die externen Limite übersteigen.

Im Berichtszeitraum konnten die Limite der ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Risikomessung stets eingehalten werden.

Die SaarLB verfügt über ein Liquiditätsdeckungspotenzial, das sich unter anderem aus Wertpapieren, bei der Deutschen Bundesbank eingereichten Kreditforderungen und dem Deckungsregisterpotenzial zusammensetzt. Das Liquiditätsdeckungspotenzial dient dazu, dass etwaige ungeplante Zahlungsanforderungen taggleich abgedeckt werden können. Dabei hat die SaarLB ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf so limitiert, dass der Überhang aus Passivfälligkeiten im Overnight-Bereich auf den in diesem Zeitpunkt frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld begrenzt ist. Ergänzend hierzu enthält das Liquiditätsdeckungspotenzial einen Puffer, den sogenannten Intraday Cash-Bedarf, der zur Absicherung des Intraday-Liquiditätsrisikos dient.

Des Weiteren wird mittels Funding-Instrumenten auf eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur hingewirkt, um die Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der Bank auch mittel- und langfristig sicherzustellen.

Der Vorstand betrachtet die aktuelle Liquiditätsausstattung der SaarLB als angemessen hinsichtlich der aufsichtsrechtlichen und internen (ökonomischen) Liquiditätsanforderungen sowie des zugrunde liegenden Risikoprofils der Bank.

Die Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten (ohne Bauspareinlagen, außerbilanzielle Verbindlichkeiten und einige Nachrangkapitalbestandteile, die keine vereinbarten Restlaufzeiten haben) stellen sich wie folgt dar:

31.12.2019 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	638	599	1.144	1.315
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.095	744	716	1.660
Verbriefte Verbindlichkeiten	56	360	2.020	1.296
Nachrangkapital	0	0	21	144
Insgesamt	2.789	1.704	3.901	4.415

31.12.2018 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	931	498	1.236	1.320
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.204	762	656	1.650
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	473	1.885	1.320
Nachrangkapital	0	0	0	60
Insgesamt	3.135	1.733	3.777	4.350

Im Berichtszeitraum war der SaarLB der Zugang zu Refinanzierungsmitteln über den Geld- und Kapitalmarkt jederzeit möglich. Die Bank konnte ihre mittel- und langfristige Refinanzierung über die Emission von börsennotierten Pfandbriefen und ungedeckten Schuldtiteln sicherstellen. Im Berichtszeitraum hat die Bank keine neuen Refinanzierungsmittel von der EZB aufgenommen.

OPERATIONELLES RISIKO

Allgemeines

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder von externen Einflüssen eintreten.

Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere die Risikounterarten Rechts-, Modell-, Personal- und Informationssicherheitsrisiken. Strategische Risiken und Reputationsrisiken sind in der Definition nicht enthalten.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements operationeller Risiken sind in der Leitlinie „OpRisk-Management und -Controlling“ der SaarLB dokumentiert. Messung und Limitierung operationeller Risiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie.

Die Steuerung operationeller Risiken erfolgt dezentral in den einzelnen Geschäftsbereichen, wobei jeder Bereich eigenverantwortlich für den Umgang mit den in seine Zuständigkeit fallenden operationellen Risiken ist. Dies umfasst insbesondere die Vorbeugung gegen Risiken aus möglicherweise unvollkommenen Geschäftsprozessen sowie menschlichem Fehlverhalten. Durch Notfallpläne und den Einsatz paralleler Systeme sollen Beeinträchtigungen aus unvorhergesehenen Ereignissen – insbesondere auch im technischen Bereich – vermieden oder zumindest gemildert werden. Die Notfallpläne werden regelmäßig den sich ändernden aufbau- und ablauforganisatorischen Gegebenheiten angepasst und die Systeme fortlaufend modernisiert.

Zu den Aufgaben der Rechtsabteilung der SaarLB gehört die Minimierung rechtlicher Risiken aus Vertragsgestaltungen, Normen des nationalen und internationalen Rechts sowie Prozessen und Gerichtsentscheidungen. Risiken aus schwebenden Rechtsstreitigkeiten werden im Jahresabschluss berücksichtigt.

Für alle o. g. Risikounterarten wurden überdies Risikounterartenverantwortliche bestimmt, die für die Steuerung der jeweiligen Risikounterart zuständig sind.

Die Überwachung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Risikocontrolling. Das verwendete Instrumentarium umfasst derzeit drei Komponenten: Zum einen erfolgt die systematische Sammlung der in der SaarLB aufgetretenen operationellen Schadenfälle in einer Schadendatenbank. Zum anderen wird die vorausschauende Beurteilung des OpRisk-Profiles durch turnusmäßige Self-Assessments aller risikorelevanten Organisationseinheiten der SaarLB sowie die hierzu jeweils erforderliche Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb des Hauses abgefragt. Zudem werden Szenarioanalysen als Verfahren zur zukunftsgerichteten Identifikation und Beurteilung operationeller Risiken eingesetzt. Auf den Ergebnissen der Szenarioanalysen basiert die interne Quantifizierung des operationellen Risikos. Die SaarLB wendet zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen aus operationellen Risiken den Standardansatz nach CRR an.

In einem turnusmäßigen, in den MaRisk-Risikobericht integrierten Berichtswesen werden die aufgetretenen Schadenfälle sowie die Ergebnisse der Self-Assessments und der Szenarioanalysen aufbereitet.

Im Berichtsjahr wurden 17 Schadenfälle (gesamt 2018: 11) beobachtet, die zu einer erwarteten GuV-Beeinträchtigung von insgesamt rd. TEUR 38 (gesamt 2018: EUR 0,3 Mio.) geführt haben. Dieser Betrag liegt deutlich unterhalb des anhand der Eigenmittelanforderungen des aufsichtlichen Standardansatzes auf operationelle Risiken allokierten Risikokapitals in Höhe von EUR 19,1 Mio. (in 2018: EUR 20,0 Mio.).

Rechtsrisiken

Das Rechtsrisiko zeigt sich in realisierten Verlusten beziehungsweise in Rückstellungen, die sich aufgrund von oder im Zusammenhang mit gegen die SaarLB erhobenen Klagen ergeben (Passiv-Prozesse). Von der SaarLB erhobene Klagen (Aktiv-Prozesse) verkörpern in der Regel kein operationelles, sondern ein Kreditrisiko, sodass dem Verlustrisiko bereits durch Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Rechtsverfolgungskosten (Gerichts- und Anwaltskosten) bei einem Aktiv-Prozess werden jedoch als Rechtsrisiko eingeordnet.

Organisation

In der SaarLB obliegt die Steuerung des Rechtsrisikos der Rechtsabteilung (RS RE).

Risikosteuerung

Alle juristischen Mitarbeiter/-innen der Abteilung RS RE haben die Aufgabe, das rechtliche Risiko innerhalb der SaarLB zu identifizieren und zu steuern. Dies bedeutet, rechtliche Risiken und alle dadurch möglichen Verluste in einem frühen Stadium zu erkennen, Lösungsmöglichkeiten zur Vermeidung oder Minimierung möglicher Verluste aufzuzeigen und an rechtliche Risiken betreffenden Entscheidungen aktiv mitzuwirken. Den juristischen Mitarbeiter/-innen in RS RE obliegt es, im Rahmen ihres Aufgabenbereiches ständig über alle rechtlichen Änderungen oder neuen Erkenntnisse auf dem Laufenden zu bleiben und die betroffenen Geschäftseinheiten über die Auswirkungen auf das Rechtsrisiko sowie über sich ergebenden Handlungsbedarf zu informieren. Sie verantworten die Veranlassung und Anpassung von Rückstellungen für Rechtsrisiken unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes und betreuen und überwachen die laufenden Gerichtsverfahren. Bei Passiv-Prozessen wird die Rückstellung auf Grundlage der Risikoeinschätzung des/der zuständigen Mitarbeiters/Mitarbeiterin in RS RE in Abstimmung mit der Leiterin RS RE gebildet. Dabei entspricht in der Regel das im Prozess erwartete Verlustrisiko der Höhe der zu bildenden Rückstellungen. Um den Betrag des erwarteten Verlusts einzuschätzen, ist nach jedem bedeutenden Verfahrensabschnitt zu bewerten, welchen Betrag die Bank vernünftigerweise zahlen müsste, wenn sie den Streit zu diesem Zeitpunkt durch Vergleich beenden würde. Bei Aktiv-Prozessen werden in der Regel nur die Gerichts- und eigenen Anwaltskosten zurückgestellt.

Halbjährlich informiert RS RE durch Vorlagen an den Vorstand über alle wesentlichen Gerichtsverfahren und Rechtsrisikoentwicklungen. Adressaten sind unter anderem die Mitglieder des Vorstandes, der für RS RE zuständige Bereichsleiter sowie die Abteilung Risikocontrolling der Bank.

Aktuelle Entwicklungen

Die SaarLB ist in verschiedene Gerichts- und Streitschlichtungsverfahren und sonstige rechtliche Verfahren involviert, die aber der Höhe nach unwesentlich sind. Diese Verfahren umfassen zum Beispiel Streitigkeiten im Zusammenhang mit Kreditfinanzierungen und der Verwertung von Sicherheiten sowie Streitigkeiten über die Frage von wirksam erteilten Widerrufsbelegungen. In solchen gerichtlichen Verfahren werden vor allem Schadensersatz- sowie Rückerstattungsansprüche oder auch die Rückabwicklung geschlossener Verträge geltend gemacht. Sofern einzelnen oder mehreren dieser Klagen stattgegeben würde, könnten daraus Schadensersatzzahlungen, Rückabwicklungsaufwendungen oder sonstige kostenintensive Maßnahmen in einer insgesamt überschaubaren Höhe folgen.

Die SaarLB bildet Rückstellungen für die Gerichtsverfahren entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften. Der endgültige Ausgang einzelner rechtlicher Verfahren kann das Ergebnis der SaarLB in einer bestimmten Berichtsperiode beeinflussen, die daraus eventuell resultierenden Verpflichtungen können auch Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben. Für Prozessrisiken wurden zum 31.12.2019 Rückstellungen von insgesamt TEUR 1.232 (zum 31.12.2018: TEUR 1.884) gebildet.

Weiterhin können bei der SaarLB Verluste aus Rechtsrisiken entstehen, deren Eintritt nicht wahrscheinlich, aber auch nicht unwahrscheinlich ist und für die keine Rückstellungen oder keine Rückstellung in voller Höhe gebildet wurden. Weder für den Eintrittszeitpunkt derartiger

denkbarer Rechtsrisiken noch für die Höhe möglicher Erstattungen (z. B. aus gewonnenen Gerichtsverfahren) kann eine verlässliche Einschätzung vorgenommen werden. Je nach Ausgang der rechtlichen Verfahren kann sich die Einschätzung des Verlustrisikos durch die Rechtsexperten der SaarLB als zu niedrig oder zu hoch erweisen. Für den weitaus größten Teil der denkbaren Rechtsrisiken erfolgt jedoch keine Inanspruchnahme und somit sind die Beträge nicht repräsentativ für die tatsächlichen künftigen Verluste. Zum 31.12.2019 betragen die denkbaren Verluste aus Rechtsrisiken TEUR 10.872 (zum 31.12.2018: TEUR 13.768). Von einer Einzeldarstellung der jeweiligen Rückstellungsbeträge wird abgesehen, um den Ausgang der jeweiligen Verfahren nicht zu beeinflussen.

REPUTATIONSRIKIO

Das Reputationsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass negative Publizität über die SaarLB, ob zutreffend oder nicht, das Vertrauen (von Teilen) der Öffentlichkeit in die Kompetenz, Integrität oder Vertrauenswürdigkeit der SaarLB beeinträchtigt.

Die Publizität über die SaarLB („eigen- und fremdgesteuert“) wird in der Einheit Personal und Kommunikation überwacht und gesteuert. Es gelten u. a. die Regelungen im Anweisungswesen zu den Themen Markenstrategie, Internetauftritt und Pressearbeit. Durch die Regelungen zum institutionalisierten Beschwerdemanagement identifiziert und steuert der Vorstandstab Wirkungen auf die Reputation. Zusätzlich ist in diesem Zusammenhang auch auf die enge Verknüpfung von Geschäfts- und Markenstrategie der Bank hinzuweisen, sodass auch das Reputationsrisiko durch die Faktoren Regionalbezug, Standardprodukte und Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe begrenzt wird.

Die Risikomessung erfolgt qualitativ im Sinne einer Ampelwertung durch ein Expertengremium unter Leitung der Einheit Strategie und Stab, das mindestens einmal pro Quartal tagt.

ZUSAMMENFASSUNG DER RISIKOLAGE

Die SaarLB verfügt über eine Risikodeckungsmasse, die im Berichtszeitraum jederzeit zur Deckung aller ICAAP-Risikokapitalbedarfe ausreichte. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war daher im Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben.

In der Sicht der CoRep-Meldung zu den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen überstiegen die Kennziffern im Berichtszeitraum die internen Zielvorgaben, sodass auch die aufsichtliche Risikotragfähigkeit uneingeschränkt gegeben war.

RECHNUNGSLEGUNGSBEZOGENES INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Regelung des § 289 Absatz 4 HGB, nach der Kapitalgesellschaften im Sinne des § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben haben.

Aufgaben und Ziele

Zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung hat die Landesbank Saar ein internes Kontrollsystem (IKS) eingerichtet. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung. Vor diesem Hintergrund dient das interne Kontrollsystem auch dazu, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt.

Wesentliches Ziel des internen Kontrollsystems ist es, zu gewährleisten, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie den satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen internen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden. Das interne Risikomanagementsystem wird hierbei als Bestandteil des internen Kontrollsystems angesehen.

Organisation

Der Vorstand der SaarLB trägt die Verantwortung dafür, dass die Bank über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügt, welche neben angemessenen internen Kontrollverfahren vor allem eine adäquate Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken umfasst. Hierbei wird der Vorstand insbesondere durch den Unternehmensbereich Finanzen und Controlling mit der Abteilung Finanzen, durch den Unternehmensbereich Organisation und IT mit der Abteilung IT-Organisation sowie durch die Interne Revision unterstützt.

Risikosteuerung und -überwachung

Zur Organisation der Risikosteuerung und -überwachung vgl. Abschnitt „Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung“.

Finanzen

Die Abteilung Finanzen ist bei der Landesbank Saar für die Erstellung des Jahresabschlusses, die Entwicklung bilanzpolitischer Vorgaben, die Initiierung von rechnungslegungsrelevanten Projekten sowie für die Begleitung der nationalen Entwicklungen in der Rechnungslegung verantwortlich. Hinsichtlich der Erstellung des Abschlusses sind weitere Fachabteilungen eingebunden.

Zu den Aufgaben der Abteilung Finanzen gehört in diesem Zusammenhang vor allem die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung. Dies beinhaltet insbesondere die Einrichtung und die Überwachung der Wirksamkeit der Rechnungslegungsprozesse sowie die Umsetzung der für die SaarLB relevanten Bilanzierungsstandards und gesetzlichen Anforderungen im Bereich der Rechnungslegung, die in Bilanzierungsvorgaben innerhalb des Anweisungswesens, Buchungslogiken und Kontierungsregeln konkretisiert werden. Des Weiteren definieren die Fachbereiche in Organisations- und Prozessanweisungen die Regelungen zur Geschäftserfassung, Stammdatenpflege sowie die Erfüllung von Aufbewahrungspflichten. Diese

Anweisungen bilden die wesentliche Grundlage für das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft den Geschäftsbetrieb der SaarLB und führt auch Prüfungshandlungen für die LBS, LBS Immobilien GmbH und LBS Vertriebs GmbH durch. Sie ist dem Vorsitzenden des Vorstandes unterstellt. Die Prüfungstätigkeit erstreckt sich auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse, auch soweit diese ausgelagert sind. Dies schließt eine Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements ein.

Die Interne Revision führt die ihr übertragenen Aufgaben unabhängig von den zu prüfenden Tätigkeiten, Abläufen und Funktionen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Kontrollumfeld und Kontrollverfahren

Das interne Kontrollsystem basiert auf Organisations- und Prozessanweisungen.

Zentrale Bestandteile dieser Regelungen im Hinblick auf das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sind

- die im Rahmen von sogenannten Neue-Produkte-Prozessen erstellten Regelungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung,
- die im Prozess- und Anweisungsportal der SaarLB dokumentierten Anweisungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung von Forderungen sowie
- die Dokumentation über den Abschlusserstellungsprozess.

Darüber hinaus erstellt die Abteilung Finanzen zu jedem Stichtag eine sogenannte Jahres- bzw. Halbjahresabschlussanweisung, die neben gesetzlichen Neuerungen vor allem die von den jeweiligen Fachbereichen vorzunehmenden wesentlichen Erstellungsarbeiten (einschließlich erforderlicher Nachweisungen) und einen Terminplan enthält.

Regelungen hinsichtlich der Erfassung und Kontrolle von Geschäftsdaten liegen in der jeweiligen Abteilung vor; diese Anweisungen werden dezentral erstellt und bei Bedarf aktualisiert.

Die Organisations- und Prozessanweisungen enthalten auch in Bezug auf die Risikosteuerung und -überwachung den Umgang mit den wesentlichen Risiken der SaarLB.

Die genannten Regelungen zur Risikosteuerung und -überwachung werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Um eine vollständige und richtige Verarbeitung der Geschäftsvorfälle einschließlich einer ordnungsgemäßen Datenerfassung, Buchung und Dokumentation sicherzustellen, werden in der SaarLB eine Vielzahl von internen Kontrollen durchgeführt. Diese umfassen entsprechende Funktionstrennungen, ein differenziertes Zugriffsberechtigungssystem zum Schutz vor unbefugten Eingriffen, laufende Kontrollen im Rahmen des Arbeitsablaufes unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips sowie programmierte Kontrollen innerhalb der IT-Systeme.

Im Rahmen der internen Kontrollen werden beispielsweise in der SaarLB Haupt- und Nebenbücher abgestimmt sowie manuell bebuchbare Hauptbuchkonten vom zuständigen Fachbereich

überwacht. Zudem werden weitere Kontrollen und Abstimmungen vorgenommen, um eine ordnungsgemäße Übertragung der Daten zwischen den verschiedenen IT-Systemen zu gewährleisten. Innerhalb des Abschlusserstellungsprozesses wird die fachlich richtige Abbildung der zugrundeliegenden Sachverhalte geprüft und es werden Qualitätssicherungsmaßnahmen hinsichtlich der in den Abschluss einbezogenen Daten durchgeführt.

Die SaarLB hat einen Teil ihrer Dienstleistungen (im Wesentlichen IT-Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Wertpapierabwicklung) an externe Unternehmen ausgelagert. Die ausgelagerten Bereiche werden dabei in das interne Kontrollsystem im Rahmen des Auslagerungscontrollings einbezogen. Darüber hinaus hat die Interne Revision der SaarLB die ausgelagerten Bereiche im Prüfungsvorgehen berücksichtigt. Soweit die Prüfung durch die Interne Revision der Auslagerungsunternehmen erfolgt, überzeugt sich die Interne Revision der SaarLB regelmäßig von der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Revisionen der Auslagerungsunternehmen.

In der SaarLB unterliegt der Rechnungslegungsprozess regelmäßigen Kontrollen in Bezug auf inhärente Risiken, um bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems einleiten zu können. Dies bezieht sich auch auf die interne Risikosteuerung und -überwachung.

PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT

Die Geschäftsplanung und erwartete Ergebnisentwicklung der SaarLB beruht auf Annahmen hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung, die im Abschnitt „Erwartete wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ dargestellt sind, insbesondere in Bezug auf die für die SaarLB relevanten Märkte. Diese Annahmen sind jedoch mit Unsicherheiten behaftet. Eine Abweichung der tatsächlichen Marktentwicklung kann zu entsprechenden negativen wie auch positiven Abweichungen in der künftigen Ertragslage der Bank führen.

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf die Prognose der SaarLB bzw. der hier als Quelle verwendeten Wirtschaftsinstitute vor Ausbruch der Corona-Krise. Zu den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie wird in den nachfolgenden Kapiteln abschließend Stellung genommen.

Eine Änderung der Geschäftsstruktur bzw. des Geschäftsmodells der Bank als deutsch-französische Regionalbank ist nicht geplant. Im Rahmen des Strukturprojektes „SaarLB2020“ werden Möglichkeiten von Kooperationen im Bereich Zins- und Währungsmanagement, internationales Geschäft und vermögende Privatkunden ausgelotet, die zur langfristigen Sicherstellung der Erträge beisteuern sollen.

Im Rahmen der weiteren Fokussierung auf die Kerngeschäftsaktivitäten der Bank wird im Laufe des Geschäftsjahres 2020 das Depotbankgeschäft eingestellt werden.

Für das Geschäftsjahr 2020 erwartete die SaarLB auf Basis ihrer Planung die nachfolgend dargestellte Entwicklung:

ERWARTETE WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Der Geschäftsklimaindex des ifo-Instituts, welcher die konjunkturelle Lage und die Erwartung der deutschen Unternehmen widerspiegelt, ist von 96,3 Punkten im Dezember 2019 auf 95,9 im Januar 2020 gesunken. Während der Indikator zur aktuellen Lage insgesamt gestiegen ist, zeichnet sich die Erwartungshaltung der Unternehmen, vor allem im Dienstleistungs- und Bausektor, pessimistischer ab. Vom verarbeitenden Gewerbe als auch vom Handel werden die aktuelle Lage und die Erwartungen gegenüber den Vormonaten zuversichtlicher bewertet. Insgesamt positiver gestaltet sich das Konjunkturbarometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Dieses liegt im Januar 2020 bei knapp 93 Punkten und steigt damit das zweite Mal in Folge nach dem Tiefstwert von 89 Punkten im dritten Quartal 2019. Vor allem die zunehmenden Auslandsgeschäfte stimmen die deutschen Unternehmen wieder zuversichtlicher. Für die Jahre 2020 und 2021 rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung mit einer weiterhin steigenden Auslandsnachfrage, auf deren Grundlage die Industrie ihre Produktion wieder ausweiten kann. Eine Ausweitung der Industrierezession auf die Dienstleistungs- und Baubranche wird nicht angenommen. Die Zuwächse des BIP werden für das Jahr 2020 mit 1,2 % und für 2021 mit 1,4 % prognostiziert. Angabengemäß soll die Arbeitslosigkeit im Jahr 2021 unter die 5 %-Marke sinken.

Auch im Saarland haben sich die Aussichten verbessert. Gemäß der IHK des Saarlandes hat sich der IHK-Erwartungsindikator Ende 2019 auf minus 5,4 Zähler – nach seinem Tiefststand im September 2019 von minus 11,9 Zählern – erholt. Der IHK des Saarlandes zufolge lässt insbesondere der zwischen den USA und China beschlossene Einstieg in ein umfassendes Handelsabkommen die Unternehmen auf eine Belebung des weltweiten Handels und damit auf Impulse für die Saarwirtschaft hoffen.

Gemäß dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung hat die handelspolitische Annäherung zwischen China und den USA zwar die weltwirtschaftliche Stimmung aufgehellt, weitere drohende Zölle auf europäische Produkte weisen jedoch auf keine grundlegende Wende der US-Handelspolitik hin. Dies und die weiterhin nicht geklärte künftige Beziehung der Europäischen Union und des Vereinigten Königreichs belasten die Wachstumsprognosen für den Euroraum. Aufgrund einer prognostizierten schwachen Investitionstätigkeit und eines negativen Außenhandels wird vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung für die Jahre 2020 und 2021 für den Euroraum ein BIP von 1,1 % und 1,4 % erwartet.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat aufgrund der konjunkturellen Abschwächung und der weiterhin niedrigen Inflation im Euroraum den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik erhöht. Demzufolge hat die EZB eine Wiederaufnahme der Nettoanleihekäufe und die Beibehaltung der Nullzinspolitik für das Jahr 2020 beschlossen.

Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Frankreich

Während die Banque de France für 2019 das BIP-Wachstum auf 1,3 % beziffert, wird für das Jahr 2020 lediglich ein Wachstum von 1,1 % prognostiziert. Impulse werden vorrangig von der Binnennachfrage ausgehen. Infolge der weltwirtschaftlichen Konflikte rechnet die Banque de France für das Jahr 2020 mit einer weiteren Schwächung der Exporte. Die Inflationsrate wird, insbesondere aufgrund sinkender Verbraucher- und Energiepreise, voraussichtlich bei 1,1 % liegen. Nach Angaben der Banque de France soll sich das BIP-Wachstum für das Jahr 2021 wieder bei 1,3 % stabilisieren, wobei erstmals wieder von einer steigenden Auslandsnachfrage und Exporttätigkeit ausgegangen wird.

Die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie

Die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht der SaarLB liegt in einem Zeitraum, in dem sich die Situation zur Coronavirus-Pandemie in kurzen Abständen gravierend ändert.

Am Tag der Aufstellung dieses Lageberichts hat sich die Coronavirus-Pandemie weltweit mit über 350.000 Infizierten (Berechnung der Johns-Hopkins-Universität) in über 100 Ländern verbreitet, Tendenz steigend. Die Auswirkungen sind auch in den Kernmärkten der SaarLB spürbar. Beispielsweise wurde die Region Grand Est (Elsass, Lothringen und Champagne-Ardenne) vom Robert Koch-Institut zum Risikogebiet erklärt.

Zur Eindämmung des Coronavirus wurden auf internationaler und nationaler Ebene umfassende Maßnahmen beschlossen, die zu einer massiven Einschränkung des öffentlichen Lebens führen. Diese umfassen in Deutschland beispielsweise bundesweite Schließungen von Schulen sowie von Sport- und Freizeiteinrichtungen. In Frankreich wurde eine sogenannte Ausgangssperre in Kraft gesetzt. Darüber hinaus haben zahlreiche Länder Einreiseverbote ausgesprochen, die zum Einbruch des grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehrs geführt haben. Ziel dieser Maßnahmen ist die Reduzierung der sozialen Kontakte, um die Ausbreitung der Coronavirus-Pandemie zu verlangsamen.

Derzeit sind die Auswirkungen auf die globale, deutsche und französische Wirtschaft sehr schwer abzuschätzen. Je länger die Pandemie anhält, desto stärker können sich die Auswirkungen zeigen. Die weitere Entwicklung ist gegenwärtig nur schwer abzuschätzen, weil der weitere Verlauf und die Dynamik der Pandemie nicht bekannt sind. Daher sind zum jetzigen Zeitpunkt Prognosen mit großer Unsicherheit behaftet. Die ersten wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie sind beispielsweise in verzögerten Lieferketten, eingebrochenem Tourismus und Produktionsstillstand in der deutschen Automobilindustrie spürbar. Die Bundesregierung hat bereits ein weitreichendes Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Unternehmen und Sicherung der Arbeitsplätze beschlossen.

PROGNOSE ZUR ENTWICKLUNG DER BANK UND DER WESENTLICHEN FINANZIELLEN LEISTUNGSINDIKATOREN

Prognose vor Ausbruch der Coronavirus-Pandemie

Zum Zeitpunkt der Planerstellung und somit vor der nicht vorhersehbaren Coronavirus-Pandemie sah die SaarLB für 2020 folgende Chancen und Ertragspotenziale:

Durch das im Vergleich zum Vorjahr höhere Neugeschäft 2019 kann die SaarLB auf einen hohen Bestand an zinstragendem Geschäft für 2020 zurückgreifen und generiert somit bereits ab Jahresanfang Mehrerträge im Zinsüberschuss der Kundensegmente.

Durch den im Jahr 2019 neu eingeführten Pôle Franco-Allemand, als Forum für grenzüberschreitende deutsch-französische Investitionen, soll die SaarLB mit anderen renommierten Partnern und Experten in der Lage sein, ein gemeinsames Paket für ein Engagement im jeweiligen Nachbarland anzubieten. So kann sich für die SaarLB die Chance ergeben, bestehende Kundenbeziehungen weiter auszubauen bzw. neue Kunden mit grenzüberschreitendem Fokus akquirieren zu können. Durch die Digitalisierung wird sich zudem die Chance ergeben, vielfältige Beratungsleistungen anzubieten, sowie durch optimierte Geschäftsprozesse und -abläufe Kosten weiter zu reduzieren. Mit dem weiteren Ausbau der selbst entwickelten Anwendung „Vis-à-Vis“ sieht die SaarLB z. B. für sich und die Kunden die Chance, eine transparente und leichte

Kommunikation vom Kreditantrag bis zum Abschluss bereitzustellen, auszubauen und somit die Kundenzufriedenheit und Kundenbindung weiter zu stärken sowie neue Kundenbeziehungen eingehen zu können.

Die SaarLB ist gemäß Ihrer ursprünglichen Geschäftsplanung von folgenden Erwartungen ausgegangen:

Während für das Zins- und Provisionsergebnis in Summe gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr ein sehr leichter Ergebnisanstieg unterstellt wurde, erwarteten wir die Ergebnisbeiträge aus dem Handelsergebnis und dem sonstigen betrieblichen Überschuss auf sehr deutlich rückläufigem Niveau, da sich die in 2019 realisierten Einmaleffekte – wie zum Beispiel die vereinnahmten Erträge aus der Übertragung des Retailportfolios – nicht wiederholen werden.

In Summe geht die SaarLB daher für das Geschäftsjahr 2020 von **operativen Erträgen** auf Vorjahresniveau aus.

Es ist davon auszugehen, dass die Höhe des Verwaltungsaufwandes dank des stetigen Kostenmanagements nur unmerklich über dem Ergebnis aus 2019 liegen wird.

Die nach wie vor gute Risikolage der Bank wurde durch die sehr niedrige Netto-Kreditrisikovorsorge in 2019 noch einmal bestätigt. Trotz dieser guten Ausgangslage ist die Bank für 2020 von einem Netto-Risikovorsorgebedarf ausgegangen, der wesentlich über dem Vergleichswert des abgelaufenen Geschäftsjahres liegen wird.

Das in 2019 durch realisierte Gewinne und Zuschreibungen geprägte Wertpapierergebnis wird in 2020 ebenfalls sehr deutlich unter dem aktuellen Vergleichswert des Vorjahres liegen.

Nach Berücksichtigung der oben genannten Ergebniseffekte in den operativen Erträgen und dargestellten Effekten im Kredit- und Wertpapierergebnis nebst Veränderung der Reserven kann die SaarLB von einem **Ergebnis vor Steuern** ausgehen, das spürbar über dem Vorjahr liegt.

Die im Vergleich zum Vorjahr 2018 gestiegene **CET1-Quote** zum Jahresende 2019 i. H. v. 13 % zeigt die gute Entwicklung in der Eigenkapitalausstattung. Die weitere Stärkung des Eigenkapitals soll im Wesentlichen durch weitere Gewinnthesaurierung erreicht werden. Zusätzliche Aufnahmen von CET1-/AT1-Bestandteilen waren für 2020 nicht vorgesehen.

Bei den aufsichtsrechtlichen Risikopositionen gehen wir im kommenden Jahr von einer mäßigen Steigerung aus. Der Zuwachs soll vor allem aus geplantem Neugeschäft, das über eine stringente Steuerung mittels RWA-Quote auf die einzelnen Segmente limitiert ist, resultieren.

Unter Berücksichtigung der geplanten Risikopositionen plant die Bank für das Jahresende 2020 mit einer CET1-Quote auf aktuellem Niveau. Auch die Gesamtkapitalquote kann nahezu unverändert bleiben.

Der **Return on Equity** vor Reservenbildung wird moderat über dem aktuellen Niveau liegen. Für die **Cost Income Ratio** soll mit einer nahezu gleichbleibenden Quote gerechnet werden.

PROGNOSE SEIT AUSBRUCH DER CORONAVIRUS-PANDEMIE

Wie zuvor aufgeführt, wird die Prognose der SaarLB durch die Coronavirus-Pandemie überschattet. Die konkreten Folgen der Pandemie auf die globale, europäische sowie deutsche und französische Wirtschaft sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht konkret absehbar, dürften sich jedoch je nach Länge und Ausmaß bis hin zu einer Rezession verschärfen.

Die Auswirkungen der aktuellen Pandemie-Situation wirken zum einen als operationelles Risiko (u. a. Ausfall von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Kosten für die Einrichtung von Ausweich- und Remote-Arbeitsplätzen usw.) unmittelbar auf die SaarLB. Darüber hinaus kann sich eine Verschärfung der wirtschaftlichen Auswirkung bis hin zur Rezession in allen wesentlichen Risikoarten der Bank auswirken. Für die potenziellen Auswirkungen eines schweren wirtschaftlichen Abschwungs vgl. beispielhaft die Darstellungen in Kapitel „Ökonomisches Kapital (Risikotragfähigkeit)“ dieses Berichts.

Auf Basis der aktuellen Entwicklungen der rasanten Ausbreitung des Virus sowie der durch die jeweiligen Regierungen getroffenen Maßnahmen geht die SaarLB davon aus, dass in Summe das **Ergebnis vor Steuern** in 2020 unterhalb der ursprünglichen Planungen liegen wird. Daher werden auch die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren belastet werden.

Als Auswirkungen für die SaarLB wäre möglich, dass der erwartete Zinsüberschuss nicht erreicht wird. Der rückläufige Zinseffekt könnte jedoch aufgrund des guten Neugeschäftes im letzten Quartal 2019 sowie im ersten Quartal 2020 abgemildert werden. Beim Provisionsgeschäft wäre eine Verschlechterung durch geringeres bzw. verzögertes Neugeschäft zu erwarten.

Somit könnte der ursprüngliche Planwert für die **operativen Erträge** unterschritten werden.

Der Verwaltungsaufwand wird voraussichtlich durch eine zeitverzögerte Besetzung von offenen Stellen bzw. eine zeitliche Verlagerung geplanter Projekte entlastet werden.

Im Bereich der Risikovorsorge besteht die Möglichkeit, dass – je nach Dauer der Pandemie sowie eines möglichen „Shutdown“, z. B. in Form von temporären Unternehmensschließungen und Ausgangssperren – insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen in Schieflage bzw. Existenzschwierigkeiten geraten könnten. Inwieweit ein ggf. von der Regierung zugesagter Rettungsschirm bzw. Kreditrahmen an Unternehmen genehmigt wird und ob dieser ausreichend wäre und Wirkung zeigen könnte, ist zum aktuellen Zeitpunkt offen. Daher ist möglicherweise davon auszugehen, dass sich die Risikovorsorge stärker als ursprünglich erwartet erhöht.

Aufgrund des im vergangenen Jahr deutlich reduzierten Wertpapierbestandes sollten für die SaarLB infolge der Coronavirus-Pandemie keine signifikanten Belastungen als Folge von Kursverlusten zu erwarten sein.

Die Steuerungskennzahlen **RoE und CIR** werden sich voraussichtlich nicht auf dem ursprünglich erwarteten Niveau bewegen, sondern durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie belastet werden.

Zwar stünden einem RWA-Anstieg aus möglicher Portfolioverschlechterung gegebenenfalls geringere RWA durch reduziertes Neugeschäft gegenüber, jedoch wäre wohl davon auszugehen, dass die Portfolioverschlechterung größer wäre als der Effekt aus geringerem Neugeschäft, so dass sich die **CET1-Quote** gegenüber dem aktuellen Niveau verschlechtern dürfte.

Insgesamt hat die SaarLB alle zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus ihrer Sicht notwendigen Maßnahmen getroffen, um sowohl die Interessen und Gesundheit der Kunden als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen. Sie wird die Entwicklung laufend beobachten, neu bewerten und – soweit möglich – entsprechende Handlungsalternativen umsetzen.

Saarbrücken, 25. März 2020

Landesbank Saar
Der Vorstand

Dr. Thomas Bretzger

Gunar Feth

Frank Eloy

Dr. Matthias Böcker

JAHRESABSCHLUSS DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

BILANZ ZUM 31.12.2019 DER LANDESBANK SAAR

Aktivseite

	31.12.2019			31.12.2018
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		1.374.960,06		1.891
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		749.909.075,09		1.560.110
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	EUR	749.909.075,09		(1.560.110)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	751.284.035,15	0
				1.562.001
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	EUR	0,00		(0)
b) Wechsel		0,00	0,00	0
				0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		367.470.587,12		229.358
b) andere Forderungen		515.346.395,07	882.816.982,19	386.767
darunter:				616.125
Hypothekendarlehen	EUR	0,00		(0)
Kommunalkredite	EUR	537.395,55		(884)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00		
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	0,00		(0)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	0,00		(0)
sonstige Baudarlehen	EUR	0,00		(0)
4. Forderungen an Kunden			11.801.586.179,19	10.771.452
darunter:				
Hypothekendarlehen	EUR	1.494.044.121,03		(1.411.871)
Kommunalkredite	EUR	3.721.890.771,56		(3.456.979)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00		(0)
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	23.900.259,71		(23.224)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	562.993.456,27		(561.540)
sonstige Baudarlehen	EUR	442.195.515,91		(356.639)
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	EUR	877.847.346,61		(795.985)
		Übertrag:	13.435.687.196,53	12.949.578

Passivseite

	31.12.2019			31.12.2018
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		193.384.210,43		279.033
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.503.112.480,90		3.707.138
darunter:				
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	70.208.309,11		(70.171)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	305.615.939,62		(294.692)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
c) Bauspareinlagen		31.258.678,82	3.727.755.370,15	31.233
darunter:				4.017.404
auf gekündigte Verträge	EUR	0,00		(0)
auf zugeteilte Verträge	EUR	0,00		(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		474.740,65		775
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		5.126.025,35		7.908
ac) Bauspareinlagen		860.865.131,59	866.465.897,59	804.030
darunter:				812.713
auf gekündigte Verträge	EUR	6.908.272,32		(5.435)
auf zugeteilte Verträge	EUR	20.295.339,09		(18.635)
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		1.382.443.630,05		1.431.289
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.833.678.217,19	5.216.121.847,24	3.839.731
				5.271.020
darunter:				6.083.733
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	118.253.357,13		(84.683)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	1.196.594.397,70		(1.170.575)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
			Übertrag:	9.810.343.114,98
				10.101.136

Aktivseite

				31.12.2019			31.12.2018
				EUR	EUR	EUR	TEUR
					Übertrag:	13.435.687.196,53	12.949.578
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere							
a) Geldmarktpapiere							
aa) von öffentlichen Emittenten				0,00			0
			darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	0,00		(0)
ab) von anderen Emittenten				0,00	0,00		0
			darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen							
ba) von öffentlichen Emittenten				257.962.363,69			248.565
			darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	257.962.363,69		(248.565)
bb) von anderen Emittenten				573.698.703,02	831.661.066,71		1.126.572
			darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	486.744.261,19		1.375.137
							(725.938)
c) eigene Schuldverschreibungen					61.895.581,87	893.556.648,58	41.962
			Nennbetrag	EUR	61.800.000,00		1.417.099
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere						238.354.513,63	470.377
6a. Handelsbestand						0,00	0
7. Beteiligungen						13.088.412,33	14.178
darunter:							
			an Kreditinstituten	EUR	1.359.913,77		(1.360)
			an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR	0,00		(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen						325.000,00	325
darunter:							
			an Kreditinstituten	EUR	0,00		(0)
			an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR	0,00		(0)
9. Treuhandvermögen						58.875,59	614
darunter:							
			Treuhandkredite	EUR	58.875,59		(614)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch						0,00	0
					Übertrag:	14.581.070.646,66	14.852.171

Passivseite

	31.12.2019			31.12.2018
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	9.810.343.114,98	10.101.136
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		3.732.321.529,49		3.678.451
darunter:				
Hypothekenpfandbriefe	EUR	310.936.043,51		(300.979)
öffentliche Pfandbriefe	EUR	756.501.491,16		(816.789)
sonstige Schuldverschreibungen	EUR	2.664.883.994,82		(2.560.683)
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0	3.732.321.529,49	0
darunter:				3.678.451
Geldmarktpapiere	EUR	0,00		(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	EUR	0,00		(0)
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			58.875,59	614
darunter:				
Treuhandkredite	EUR	58.875,59		(614)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			49.750.914,34	36.971
6. Rechnungsabgrenzungsposten			32.126.732,44	33.076
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR	16.546.927,21		(15.364)
andere	EUR	15.579.805,23		(17.711)
6a. Passive latente Steuern			0,00	0
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		36.805.245,20		32.858
b) Steuerrückstellungen		5.456.332,97		8.316
c) andere Rückstellungen		18.191.775,77	60.453.353,94	23.399
				64.573
7a. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung			21.000,00	21
		Übertrag:	13.685.075.520,78	13.914.841

Aktivseite

	31.12.2019			31.12.2018
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	14.581.070.646,66	14.852.171
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.659.453,00		2.998
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		500.800,00	3.160.253,00	381
				3.379
12. Sachanlagen			2.293.094,44	2.329
13. Sonstige Vermögensgegenstände			17.954.769,38	10.001
14. Rechnungsabgrenzungsposten			32.894.430,29	20.243
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR 28.984.244,52			(14.240)
andere	EUR 3.910.185,77			(6.003)
15. Aktive latente Steuern			32.531.992,12	30.983
Summe der Aktiva			14.669.905.185,89	14.919.106

Passivseite

	31.12.2019			31.12.2018
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	13.685.075.520,78	13.914.841
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			164.800.000,00	59.800
9. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	EUR	0,00		(0)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken			252.199.856,84	230.175
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	495.000,00		(470)
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Stammkapital		254.619.407,03		250.119
ab) stille Einlagen		55.000.000,00	309.619.407,03	218.053
				468.172
b) Kapitalrücklage			69.084.905,58	69.085
c) Gewinnrücklagen				
ca) satzungsmäßige Rücklagen		69.399.890,21		67.271
cb) andere Gewinnrücklagen		100.569.759,04	169.969.649,25	88.704
				155.975
d) Bilanzgewinn			19.155.846,41	21.056
				714.288
Summe der Passiva			14.669.905.185,89	14.919.106

1. Eventualverbindlichkeiten

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			366.011.583,31	387.140
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			0,00	0
			<u>366.011.583,31</u>	<u>387.140</u>

2. Andere Verpflichtungen

a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			0,00	0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			990.932.486,60	1.263.455
			<u>990.932.486,60</u>	<u>1.263.455</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER LANDESBANK SAAR FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2019

			2019		2018
	EUR		EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			264.153.299,89		262.774
darunter:					
Zinserträge der Bausparkasse					
aus Bauspardarlehen	EUR	952.917,52			(998)
aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	14.680.317,35			(15.140)
aus sonstigen Baudarlehen	EUR	8.820.086,76			(7.603)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			12.142.038,53	276.295.338,42	17.667
					280.441
2. Negative Zinsen aus Geldanlagen					
a) Negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften			-6.979.595,48		-6.362
b) Negative Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			0,00	-6.979.595,48	269.315.742,94
					0
					-6.362
3. Zinsaufwendungen					
Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft				156.072.070,24	162.900
darunter:					
für Bauspareinlagen	EUR	9.912.963,94			(10.617)
4. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen					
Positive Zinsen aus dem Bankgeschäft (Geldaufnahmen)				5.184.906,89	150.887.163,35
					6.168
					118.428.579,59
5. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				8.576.897,01	6.925
b) Beteiligungen				745.610,15	890
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				0,00	9.322.507,16
					0
					7.815
6. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen					66.191,13
					333
				Übertrag:	127.817.277,88
					125.495

			2019	2019	2018	
			EUR	EUR	TEUR	
				Übertrag:	127.817.277,88	125.495
7. Provisionserträge				27.066.100,77		24.651
darunter:						
Provisionserträge der Bausparkasse						
aus Vertragsabschluss und -vermittlung	EUR	5.436.746,54				(5.249)
aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	EUR	0,00				(0)
aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	0,00				(0)
8. Provisionsaufwendungen				16.611.539,56	10.454.561,21	20.298
darunter:						4.353
für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	EUR	10.855.842,56				(10.551)
9. Nettoertrag des Handelsbestandes					191.233,46	205
darunter:						
Zuführung zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	25.000,00				(25)
10. Sonstige betriebliche Erträge					8.682.648,53	3.734
darunter:						
Ergebnis aus der Währungs-umrechnung	EUR	0,00				
11. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			34.814.545,21			36.918
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			10.103.272,45	44.917.817,66		9.811
darunter:						46.729
für Altersversorgung	EUR	4.179.211,27				(3.785)
b) andere Verwaltungsaufwendungen				36.262.881,41	81.180.699,07	36.411
						83.140
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen					1.393.178,67	1.601
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen					5.485.775,67	5.533
darunter:						
Ergebnis aus der Währungs-umrechnung	EUR	1.481.133,39				(1.176)
14. Aufwendungen aus Abschreibungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie aus der Bildung von Rückstellungen im Kreditgeschäft					17.117.635,76	5.856
				Übertrag:	41.968.431,91	49.369

		2019		2018	
		EUR	EUR	TEUR	
			Übertrag:	41.968.431,91	49.369
15. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			22.000.000,00		390
16. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00	-22.000.000,00	
					-390
17. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			102.078,31		14.261
18. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			25.007.609,87	24.905.531,56	4.939
					-9.322
19. Aufwendungen aus Verlustübernahme				37.475,34	38
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				44.836.488,13	39.619
21. Außerordentliche Erträge			0,00		0
22. Außerordentliche Aufwendungen			344.858,80		345
23. Außerordentliches Ergebnis				-344.858,80	-345
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			23.999.087,67		15.840
darunter:					
Latente Steuern	EUR	-1.549.424,09			(-9.304)
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 13 ausgewiesen			-791.732,13	23.207.355,54	38
					15.878
26. Jahresüberschuss				21.284.273,79	23.396
27. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in satzungsmäßige Rücklagen			2.128.427,38		2.340
b) in andere Gewinnrücklagen			0,00	2.128.427,38	0
					2.340
28. Bilanzgewinn				19.155.846,41	21.056

EIGENKAPITALSPIEGEL

Die Darstellung des Eigenkapitalspiegels erfolgte auf Grundlage des Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) 22 in der Fassung vom 22. September 2017. Der Eigenkapitalspiegel gibt Auskunft über die Entwicklung des Eigenkapitals der SaarLB.

in TEUR	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen		Bilanzgewinn	Eigenkapital
	Stammkapital	Stille Einlagen		Satzungsmäßige Rücklagen	Andere Gewinnrücklagen		
Stand 01.01.2019	250.119	218.053	69.085	67.271	88.704	21.056	714.288
Einstellungen/Entnahmen stille Einlagen	-	-163.053	-	-	-	-	-163.053
Einstellungen/Entnahmen Kapitalrücklage	-	-	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen Gewinnrücklage	-	-	-	2.128	11.866	-13.994	-
Ausschüttungen	-	-	-	-	-	-9.191	-9.191
Sonstige Veränderungen	4.500	-	-	-	-	-	4.500
Jahresüberschuss	-	-	-	-	-	21.284	21.284
Stand 31.12.2019	254.619	55.000	69.085	69.399	100.570	19.155	567.828

Ausschüttungssperren bestehen im Zusammenhang mit aktiven latenten Steuern und Pensionsrückstellungen i. H. v. TEUR 36.731 (31.12.2018: TEUR 35.419). Zu weiteren Einzelheiten vgl. Anhang Nr. (14).

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme des Geschäftsjahres, aufgeteilt in die Bereiche „operative Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“.

Der ausgewiesene Finanzmittelfonds entspricht dem Bilanzposten Barreserve und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Der Finanzmittelfonds unterliegt keinen Verfügungsbeschränkungen.

Als Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Wertpapieren (soweit nicht Finanzanlagevermögen) und Derivaten sowie anderen Aktiva ausgewiesen. Die Zahlungsvorgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur laufenden Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge des Finanzanlagevermögens, der Sachanlagen und des immateriellen Vermögens.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Zahlungen an stille Gesellschafter sowie Veränderungen aus Nachrangkapital.

in TEUR	2019	2018
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	21.284	23.396
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	16.605	7.737
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-1.260	6.836
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	1.234	-2.905
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-24.411	-1.538
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-344	-344
Zwischensumme	-8.176	9.786
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	-267.882	520.603
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-1.059.617	-544.118
Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagevermögen)	-21.833	-38.230
Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-12.845	8.524
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-273.301	-72.680
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24.411	532.373
Zunahme/Abnahme verbriefteter Verbindlichkeiten	53.871	6.043
Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	11.831	-438
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-127.817	-125.495
Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	345	345
Ertragsteueraufwand/-ertrag	23.999	15.840
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	294.240	284.133
Gezahlte Zinsen	-193.344	-164.755
Außerordentliche Einzahlungen	0	85
Außerordentliche Auszahlungen	-3	0
Ertragsteuerzahlungen/-erstattungen	-36.169	-13.812
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.571.008	441.600
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	1.210.557	506.678
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-408.395	-360.079
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	0	42
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-785	-246
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-367	-87
Cashflow aus Investitionstätigkeit	801.010	146.308
Einzahlungen/Auszahlungen aus Eigenkapitalzuführungen/Eigenkapitalherabsetzungen	-136.528	-14.585
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-9.191	-9.191,0
Sonstige Auszahlungen	0	-
Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (Saldo)	105.000	34.300
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-40.719	10.524
Finanzmittelfonds zum Ende der Vorperiode	1.562.001	963.568
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.571.008	441.600
Cashflow aus Investitionstätigkeit	801.010	146.308
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-40.719	10.524
Finanzmittelfonds zum Ende der Periode	751.284	1.562.001

Inhalt – Anhang 2019

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	69
(1) Grundlagen	69
(2) Währungsumrechnung	69
(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	70
Angaben zur Bilanz	74
(4) Aktiva	74
(5) Passiva	78
(6) Fristengliederung der Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten	79
(7) Latente Steuern	80
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	81
Sonstige Angaben	82
(8) Gewinnverwendung	82
(9) Nachtragsbericht	82
(10) Angaben zu sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind	84
(11) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	85
(12) Angaben zu nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzgeschäften	85
(13) Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen	87
(14) Zahl der Beschäftigten	87
(15) Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates	88
(16) Honorar für den Abschlussprüfer	88
(17) Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen	89
(18) Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte	89
(19) Deckungsrechnung für das Hypotheken- und das Kommunalkreditgeschäft	89
(20) Anteilsbesitz	96
(21) Verwaltungsorgane der SaarLB	97
(22) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	99
(23) Mandate von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien	100
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	101
Anlage zum Jahresabschluss	102

ANHANG

Die SaarLB hat ihren Sitz in Saarbrücken und ist in das Handelsregister beim Amtsgericht Saarbrücken (HRA 8589) eingetragen.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) GRUNDLAGEN

Der Jahresabschluss der SaarLB für das Geschäftsjahr 2019 (Geschäftsjahr) wurde nach den Vorschriften des HGB, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes aufgestellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach dem allgemeinen Formblatt der RechKredV gegliedert. Die für Pfandbriefbanken sowie für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten wurden in Form von Darunterangaben ergänzt, da sie nicht den Geschäftsschwerpunkt der Bank darstellen. Die Anhangangaben zum Bausparkassengeschäft sind in einem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der LBS enthalten.

Die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 290 Abs. 5 HGB besteht nicht, da nur Tochterunternehmen vorhanden sind, die nach § 296 Abs. 2 HGB nicht in einen Konzernabschluss einbezogen werden brauchen.

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die SaarLB nach § 264 Abs. 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung und einen Eigenkapitalspiegel erweitert.

(2) WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Fremdwährungsaktiva und -passiva sind nach § 256a HGB zu den zum 31. Dezember 2019 gültigen EZB-Referenzkursen umgerechnet worden. Die schwebenden Kassageschäfte werden zum Stichtagskassakurs umgerechnet; für die schwebenden Termingeschäfte wird der Terminkurs in einen Kassa- und einen Zinsanteil aufgespalten.

Da die Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte pro Währung durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Berücksichtigung von Aufwendungen und Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 340h HGB), saldiert in den sonstigen betrieblichen Erträgen (im Vorjahr in den sonstigen betrieblichen Erträgen).

Insgesamt beläuft sich der Betrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden auf TEUR 160.216 bzw. TEUR 75.512.

(3) BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Ansatz von Vermögensgegenständen, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Aufwendungen und Erträgen wird nach den Vorschriften der §§ 246 ff. HGB, die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden nach den Bewertungsvorschriften in den §§ 252 ff. HGB vorgenommen – soweit nicht in §§ 340a ff. HGB Sonderregelungen für Kreditinstitute kodifiziert sind.

Die Barreserve ist mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Forderungen werden mit dem Nennbetrag angesetzt. Agien und Disagien werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Den Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen für Forderungen sowie Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen Rechnung getragen. Die Höhe der notwendigen Einzelwertberichtigungen wird durch Gegenüberstellung der Kreditinanspruchnahme und des Barwerts der zukünftig erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Des Weiteren wird für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen, bei denen keine objektiven Hinweise auf Wertminderungen vorliegen, sowie für solche, für die bei Vorliegen objektiver Hinweise bei Einzelbetrachtung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde, eine Pauschalwertberichtigung auf Basis historischer Ausfallwahrscheinlichkeiten und erwarteter Verluste ermittelt. Im Rahmen eines Backtesting-Verfahrens erfolgt die laufende Aktualisierung der historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB sowie ein „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ gemäß § 340g HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden wie Anlagevermögen behandelt, wenn Durchhalteabsicht besteht. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert; vorübergehende Wertminderungen werden gem. §§ 253 Abs. 3 i. V. m. 340e HGB nicht aufwandswirksam erfasst. Eine vorübergehende Wertminderung liegt dann vor, wenn diese ausschließlich zinsbedingt ist bzw. wenn keine objektiven Hinweise auf eine bonitätsbedingte Wertminderung vorliegen und somit die SaarLB davon ausgehen kann, dass die betreffenden Wertpapiere zum Nominalwert zurückgezahlt werden.

Zur präziseren Darstellung der Ertragslage wird der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Die Bewertung der Aktien und anderen nicht festverzinsliche Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert, unabhängig von der Dauer einer Wertminderung.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Wertpapierleihegeschäfte werden wie echte Pensionsgeschäfte i. S. d. § 340b Abs. 2 HGB bilanziert: Die Erfassung eines Zugangs (Entleihe) bzw. eines Abgangs (Verleihe) wird nicht vorgenommen. Verleihe Wertpapiere werden nach den Regelungen der §§ 253 Abs. 3 bzw. Abs. 4

i. V. m. 340 e Abs. 1 HGB bewertet, bei entliehenen Wertpapieren erfolgt keine Bewertung des Wertpapiers. Bonitätsmängeln des Entleihers wird durch die Bildung einer Risikovorsorge Rechnung getragen.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Das Treuhandvermögen wird mit dem Nennbetrag angesetzt.

Gegenstände des Sachanlagevermögens sowie immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer, bewertet.

Die Nutzungsdauer bemisst sich nach den erwarteten Verläufen des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens und berücksichtigt daher den physischen Verschleiß; technische oder gewerbliche Veralterungen werden hierbei unabhängig von dem erwarteten physischen Verschleiß berücksichtigt.

Folgende Nutzungsdauern werden bei der SaarLB in der Regel zugrunde gelegt:

- Betriebs- und Geschäftsausstattung 3-15 Jahre
- Immaterielle Vermögensgegenstände 3-5 Jahre.

Bei dauerhafter Wertminderung wird eine außerplanmäßige Abschreibung erfasst. Fallen die Gründe für die dauerhafte Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennbetrag oder dem niedrigeren Wert gem. § 253 Abs. 4 HGB angesetzt.

Die SaarLB ermittelt aktive und passive latente Steuern unter Anwendung des § 274 Abs. 1 HGB und weist diese saldiert in der Bilanz aus. Bei der Ermittlung der latenten Steuern zum 31. Dezember 2019 wurde ein Steuersatz von 32,975 % (31.12.2018: 32,975 %) zugrunde gelegt.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Agien und Disagien werden gem. § 250 Abs. 3 HGB in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß den Vorschriften des § 253 Abs. 2 S. 2 HGB gebildet. Der Berechnung liegen ein Rechnungszinssatz von 2,71 % p. a., ein Anwartschaftstrend von 2,5 % p. a. sowie ein Rententrend von 2 % p. a. zugrunde.

Grundlage des Rechnungszinssatzes bildete der von der Deutschen Bundesbank Ende September 2019 veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei der gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Zinssatz wurde gemäß IDW RS HFA 30 Tz. 65 auf das Jahresende hochgerechnet.

Die Pensionsrückstellungen werden gemäß den Sterbewahrscheinlichkeiten der Heubeck-Richttafeln 2018 G unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens dotiert. Von

der Übergangsvorschrift gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB wird Gebrauch gemacht, d. h. der sich durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) bei den Pensionsrückstellungen zum 31.12.2009 ergebende Unterschiedsbetrag wird über einen Zeitraum von 15 Jahren verteilt (siehe dazu auch „Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung“). Die aus diesem Grund nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen belaufen sich zum 31.12.2019 auf einen Betrag von TEUR 1.724 (31.12.2018: TEUR 2.069). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes beläuft sich auf TEUR 4.199 (31.12.2018: TEUR 4.436). Für ihn besteht eine Ausschüttungssperre.

Vermögensgegenstände i. H. v. TEUR 663 (31.12.2018: TEUR 641), die ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen und wurden daher mit den Schulden gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB verrechnet. Bei diesen Vermögensgegenständen handelt es sich um Ansprüche (Rückkaufswerte) aus Rückdeckungsversicherungen, deren Anschaffungskosten TEUR 663 (31.12.2018: TEUR 641) betragen. Die Anschaffungskosten entsprechen den beizulegenden Zeitwerten. Der Erfüllungsbetrag der Schulden weist eine Höhe von TEUR 663 (31.12.2018: TEUR 641) auf. Zinsaufwendungen i. H. v. TEUR 22 (31.12.2018: TEUR 20) wurden mit Zinserträgen in entsprechender Höhe verrechnet.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden Rückstellungen gemäß § 253 Abs. 1 S. 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der deutschen Bundesbank nach § 253 Abs. 2 S. 4 HGB veröffentlichten, durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, sofern der Abzinsungseffekt wesentlich ist.

Die Rückstellungen für Jubiläums- und Altersteilzeitverpflichtungen wurden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2018 G ermittelt. Die Jubiläumsrückstellungen wurden unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens, einer Fluktuationsrate von 2,5 % und eines Rechnungszinses von 1,96 % gebildet. Dabei wurde der Rechnungszins für eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren (§ 253 Abs. 2 S. 2 HGB) zugrunde gelegt. Bei den Altersteilzeitrückstellungen wurde ein Rechnungszins von 0,63 % und ein Gehaltstrend von 2,5 % zugrunde gelegt. Die Abzinsung der Verpflichtungen erfolgte unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen mittleren Restlaufzeit von zwei Jahren. Basis für die Rechnungszinssätze bildeten die von der Deutschen Bundesbank Ende September 2019 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätze gemäß § 253 Abs. 2 Satz 4 HGB; die wurden gemäß IDW RS HFA 30 Tz. 65 auf das Jahresende hochgerechnet.

Die Bildung einer Rückstellung für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten im Bankbuch wird entsprechend den Vorgaben des § 340a i. V. m. § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB sowie der IDW-Stellungnahme IDW RS BFA 3 n. F. geprüft (verlustfreie Bewertung). In die Ermittlung eines eventuellen Verpflichtungsüberschusses im Rahmen der verlustfreien Bewertung von zinstragenden Geschäften des Bankbuches sind neben der Bewertung der Zinsposition des gesamten Bankbuches auch die zugehörigen Risiko- und Verwaltungskosten miteinzubeziehen. Zur Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuches wird der barwertige Ansatz verwendet. Es bestand kein Verpflichtungsüberschuss, sodass keine Rückstellung gebildet wurde.

Bei den unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten (Bürgschaften i. H. v. TEUR 366.012) ist eine Inanspruchnahme nicht wahrscheinlich. Diese Einschätzung beruht auf Bonitätsanalysen der jeweiligen Kreditnehmer. Die Inanspruchnahme der unwiderruflichen Kreditzusagen (TEUR 990.932) erfolgt auf Basis der vertraglichen Regelungen. Die unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten keine Einzelposten, die von wesentlicher Bedeutung sind.

Zur Absicherung des Zinsrisikos bildet die SaarLB Mikro-Bewertungseinheiten. Die Bewertungseinheiten in Form von durchgehandelten Geschäften werden auch handelsrechtlich gemäß § 254 HGB als Mikro-Bewertungseinheit abgebildet. Grund- und Sicherungsinstrument sind dabei Derivate (Nominalvolumen zum 31.12.2019: EUR 4.308 Mio., 31.12.2018: EUR 4.499 Mio.), deren maßgebliche Risikoparameter so aufeinander abgestimmt sind, dass sich die Wertänderungen der Grundgeschäfte und die Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte über die Gesamtlaufzeit der Geschäfte ausgleichen. Da es sich somit um perfekte Sicherungsbeziehungen handelt, erfolgt weder eine Bewertung des Grundgeschäfts noch eine Bewertung des Sicherungsgeschäfts, jeweils im Hinblick auf das abgesicherte Risiko (Einfrierungsmethode). Der Nachweis der Effektivität der Bewertungseinheit erfolgt mittels critical term match. Die Höhe des abgesicherten Risikos beträgt zum 31. Dezember 2019 TEUR 114.887 (31.12.2018: TEUR 92.621).

Derivate des Anlagebuchs werden nicht bilanziert. Im Rahmen der Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuchs werden diese Derivate berücksichtigt.

Anteilige Zinsen aus Zins- und Währungs-Swaps werden periodengerecht abgegrenzt und unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden bzw. den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen. Zinserträge und -aufwendungen der sichernden Swap-Geschäfte werden (netto) in den Zinserträgen oder -aufwendungen ausgewiesen.

Angaben zur Bilanz

(4) AKTIVA

Nr. in TEUR	Bilanzpositionen	31.12.2019	31.12.2018
Pos. 3	Forderungen an Kreditinstitute		
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	537	862
	Forderungen an angeschlossene Sparkassen	89.708	13.340
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	171.260	170.574
Pos. 4	Forderungen an Kunden		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	-	169
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	19.962	11.818
	Nachrangige Forderungen	20.921	10.000
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	3.794.379	3.691.124
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
	ba) von öffentlichen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	257.962	248.565
	bb) von anderen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	568.699	1.121.572
	börsenfähig, nicht börsennotiert	5.000	5.000
	nachrangige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.000	10.000
	c) Eigene Schuldverschreibungen		
	börsenfähig und börsennotiert	61.896	41.962
Pos. 9	Treuhandvermögen		
	Forderungen an Kunden	59	614
Pos. 12	Sachanlagen		
	vgl. Anlagespiegel		
Pos. 13	Sonstige Vermögensgegenstände		
	Im Wesentlichen sind hier ausgewiesen:		
	Ansprüche aus Gewinnabführung	0	332
	Steuererstattungsansprüche	8.966	1.166
	Sicherheitsleistungen bei Börseneinrichtungen u. ä.	4.028	3.261
	Prämien für Optionsgeschäfte	1.552	2.035
Pos. 14	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Disagioabgrenzung von Verbindlichkeiten	2.562	986
	Disagioabgrenzung von begebenen Anleihen	2.654	2.789
	Agioabgrenzung aus Forderungen	23.768	10.465

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Anteile.

Anlagespiegel

in TEUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2019
Sachanlagen ¹⁾	18.894	785	37	-	19.642
Immaterielle Anlagewerte	11.604	367	-	-	11.971
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	11.223	247	-	-	11.470
geleistete Anzahlungen	381	120	-	-	501
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.399.435	389.523	942.029	-	846.929
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ²⁾	447.679	18.872	243.144	-	223.407
Beteiligungen	17.360	-	1.090	-	16.270
Anteile an verbundenen Unternehmen	325	-	-	-	325
Summe	1.895.297	409.547	1.186.300	-	1.118.544

in TEUR	Abschreibungen					
	01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	31.12.2019
Sachanlagen ¹⁾	16.565	808	24	-	-	17.349
Immaterielle Anlagewerte	8.225	586	-	-	-	8.811
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.225	586	-	-	-	8.811
geleistete Anzahlungen	-	-	-	-	-	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ²⁾	36.757	393	15.346	-	1.584	20.220
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	23.477	4	21.168	-	9	2.304
Beteiligungen	3.182	-	-	-	-	3.182
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-
Summe	88.206	1.791	36.538	-	1.593	51.866

¹⁾ Davon für eigene Tätigkeit genutzte

- Grundstücke und Gebäude TEUR 0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 2.293.

²⁾ Bei den Ab- und Zuschreibungen handelt es sich um den Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen, die zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst werden.

Angaben zu Buch- und beizulegenden Zeitwerten

in TEUR	Buchwert		beizulegender Zeitwert	
	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Sachanlagen	2.293	2.329	-	-
Immaterielle Anlagewerte	3.160	3.379	-	-
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.659	2.998	-	-
geleistete Anzahlungen	501	381	-	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Wertpapiere mit stillen Lasten	257.579	312.975	254.083	309.393
Wertpapiere mit stillen Reserven	635.978	1.047.018	652.042	1.065.751
Summe	893.557	1.359.993	906.125	1.375.144
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
Wertpapiere mit stillen Reserven	233.359	132.845	240.482	135.320
Summe	233.359	132.845	240.482	135.320
Beteiligungen	13.088	14.178	13.088	14.178
Anteile an verbundenen Unternehmen	325	325	325	325
Summe	13.413	14.503	13.413	14.503
Gesamt	1.145.782	1.513.049	1.160.020	1.524.967

Zu der Bewertung der Wertpapiere vgl. (3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

In den Schuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen behandelt werden, bestehen stille Lasten i. H. v. TEUR 3.496 (Vorjahr: TEUR 3.582). Niederstwertabschreibungen wurden nicht vorgenommen, da es sich um vorübergehende Wertminderungen handelt, die ausschließlich zinsbedingt sind. Da keine objektiven Hinweise auf eine bonitätsbedingte Wertminderung vorliegen und die Papiere bis zur Fälligkeit gehalten werden können, geht die SaarLB davon aus, dass die betreffenden Wertpapiere zum Nominalwert zurückgezahlt werden.

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, enthalten keine stillen Lasten.

Investmentfonds

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischem Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10 %:

	Buchwert (BW) 31.12.2019 TEUR	Marktwert (MW) 31.12.2019 TEUR	Differenz (MW-BW) TEUR	Ausschüttung 2019 TEUR	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibung 2019 TEUR
Anleihenfonds						
SBLB-Fonds	65.544	67.444	1.900	270	Ja	-
SBLB 2-Fonds	63.717	66.919	3.202	346	Ja	-
SBLBHA-Fonds	-	-	-	1.384	Ja	-
Immobilienfonds						
LBIImmoInvest	47.251	47.903	652	-	Nein	-
Wagniskapitalfonds						
AIRFI	0	0	-	-	Nein	-

Bei den Anleihen- und Immobilienfonds handelt es sich um Spezialfonds, bei denen die SaarLB der alleinige Anteilsinhaber ist.

Die tägliche Rückgabemöglichkeit der Anteile des Immobilienfonds LBIImmoInvest ist am Abschlussstichtag dahingehend beschränkt, dass bei Rückgabe der Anteile ein Rücknahmeabschlag erhoben wird, bei Rückgabe aller Anteile eine Liquidation des Sondervermögens erfolgt und/oder die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile aus Liquiditätsgründen zum Schutze der Anleger befristet verweigern kann.

Bei dem Alsace Inter Régio Fonds d'Investissement (AIRFI) handelt es sich um einen Wagniskapitalfonds nach französischem Recht. Vom Investitionsvolumen stammen nach den gesetzlichen Bestimmungen jeweils 50 % aus dem öffentlichen und dem privaten Bereich. Der Fonds hat vor allem im Elsass und im Osten Frankreichs investiert; darüber hinaus sind Engagements in den angrenzenden deutschen und Schweizer Regionen möglich. Zielgesellschaften sind kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern und weniger als EUR 75,0 Mio. Bilanzsumme mit Wachstumspotenzial. Aufgrund der nicht ausreichenden wirtschaftlichen Verhältnisse des Fonds waren in Vorjahren Abschreibungen des Buchwerts notwendig.

(5) PASSIVA

Nr.	Bilanzposition	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
Pos. 1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	81.560	94.273
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	107.136	200.731
Pos. 2	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	285	489
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	21.403	9.545
Pos. 3	Verbriefte Verbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Pos. 4	Treuhandverbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	553
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	59	61
Pos. 5	Sonstige Verbindlichkeiten		
	In dieser Position sind im Wesentlichen enthalten:		
	Zinsen für stille Einlagen	2.705	14.043
	Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	2.542	783
	Erhaltene Optionsprämien	15.677	12.597
	Noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben	3.478	1.857
	Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	251	1.794
	Geleistete Anzahlungen und andere Verbindlichkeiten	23.670	5.766
Pos. 6	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Agioabgrenzung von Verbindlichkeiten	572	628
	Agioabgrenzung von begebenen Schuldverschreibungen	14.419	12.665
	Disagioabgrenzung aus Forderungen	1.556	2.072
Pos. 8	Nachrangige Verbindlichkeiten		
	Namenschuldverschreibungen	164.800	59.800

Zu Sonstigen Verbindlichkeiten:

Beim Anstieg der Geleisteten Anzahlungen und anderen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um bereits geleistete Anzahlungen von Kapitalmarktkunden des Sekundärmarktes in einem Volumen von TEUR 15.200.

Zu nachrangigen Verbindlichkeiten:

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahmen nicht entstehen. Keine Namensschuldverschreibung übersteigt 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten.

Alle nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von mehr als zwei Jahren.

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten betragen TEUR 3.820 (Vorjahr: TEUR 1.002).

Im Falle eines Insolvenzverfahrens oder einer Liquidation erhalten die Gläubiger der nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger Rückzahlungen. Eine etwaige Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist nach den Vertrags- bzw. Anleihebedingungen nicht vorgesehen.

(6) FRISTENGLIEDERUNG DER BILANZPOSITIONEN NACH RESTLAUFZEITEN

Aktiva

Nr.	Bilanzposition	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
Pos. 3b)	Andere Forderungen an Kreditinstitute		
	bis 3 Monate	385.227	272.062
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	128.527	113.615
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.055	339
	mehr als 5 Jahre	537	750
Pos. 4	Forderungen an Kunden		
	bis 3 Monate	480.289	462.945
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	952.776	752.984
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.643.140	3.994.987
	mehr als 5 Jahre	5.538.191	5.428.812
	Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	187.190	131.723
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	142.247	261.642

Passiva

Nr.	Bilanzposition	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
Pos. 1b)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	bis 3 Monate	444.488	651.978
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	599.047	498.373
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.144.433	1.236.485
	mehr als 5 Jahre	1.315.145	1.320.302
Pos. 2ab)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – Spareinlagen		
	bis 3 Monate	475	775
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5.123	7.855
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3	53
	mehr als 5 Jahre	-	-
Pos. 2bb)	Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	bis 3 Monate	712.943	772.356
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	744.415	761.955
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	716.350	655.900
	mehr als 5 Jahre	1.659.970	1.649.520
Pos. 3a)	Begebene Schuldverschreibungen		
	Im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	416.396	467.930

(7) LATENTE STEUERN

Zur Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz i. H. v. 32,975 % verwendet. Die aktiven und passiven latenten Steuern verteilen sich auf folgende Posten:

in TEUR	2019		2018	
	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Forderungen	26.538		18.965	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		1.657		1.522
Beteiligungen	373		470	
Anteile an verbundenen Unternehmen	-		-	
Sachanlagen	-		-	
Sonstige Vermögensgegenstände	1.383		1.765	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			6.287	
Sonstige Verbindlichkeiten	90		90	
Rückstellungen	5.805		4.927	
Verlustvorträge Körperschaft- und Gewerbesteuer	-		-	
Gesamtsumme latente Steuern (saldiert)	32.532		30.982	

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die negativen Zinserträge aus dem Geldmarktgeschäft resultieren aus den über das Mindestreservesoll des Instituts hinausgehende Reserveguthaben bei der EZB. Die positiven Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft resultieren aus Termingeldanlagen sowie längerfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Die negativen Zinserträge und die positiven Zinsaufwendungen werden als eigene Position in der GuV aufgeführt.

In der GuV-Position 10 „Sonstige betriebliche Erträge“ sind u. a. Erträge aus Buchgewinnen auf Optionen bei Fälligkeit mit TEUR 2.021, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. TEUR 3.239, Erträge im Zusammenhang mit dem Übergang des Retailportfolios i. H. v. TEUR 992, eine Beitragsrückerstattung des Sparkassenverbands Saar i. H. v. TEUR 689 sowie das Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung mit TEUR 291 enthalten.

In der GuV-Position 13 „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit i. H. v. TEUR 1.481 sowie Zinsen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen im Personalbereich i. H. v. TEUR 3.547 enthalten.

Die GuV-Position 22 „Außerordentliche Aufwendungen“ enthält ausschließlich den sich nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB ergebenden Jahresbetrag aus der Zuführung von bisher nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen (vgl. Angabe 3).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen mit TEUR 27.611 auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und mit unverändert TEUR 114 auf das außerordentliche Ergebnis. Rückerstattungen von Steuern vom Einkommen und vom Ertrag i. H. v. TEUR 3.663 entfallen auf Vorjahre.

Weitere Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung werden im Lagebericht vorgenommen.

Sonstige Angaben

(8) GEWINNVERWENDUNG

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 21.284.273,79.

Von dem Jahresüberschuss sind vorab gem. § 18 Abs. 1 der Satzung (mindestens) 10 % den satzungsmäßigen Gewinnrücklagen (GRL) zuzuführen. Für das Geschäftsjahr 2019 ergibt sich ein Zuführungsbetrag von EUR 2.128.427,38.

Es verbleibt ein Bilanzgewinn von EUR 19.155.846,41.

Gem. § 18 Abs. 2 der Satzung wird dem Verwaltungsrat folgende Gewinnverwendung vorgeschlagen:

	EUR
Zuführung zu den anderen Gewinnrücklagen der SaarLB	9.805.846,41
Gewinnausschüttung auf das Stammkapital	9.350.000,00
	19.155.846,41

(9) NACHTRAGSBERICHT

Die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht der SaarLB liegt in einem Zeitraum, in dem sich die Situation zur Coronavirus-Pandemie in kurzen Abständen gravierend ändert.

Am Tag der Aufstellung dieses Lageberichts hat sich die Coronavirus-Pandemie weltweit mit über 350.000 Infizierten (Berechnung der Johns-Hopkins-Universität) in über 100 Ländern verbreitet, Tendenz steigend. Die Auswirkungen sind auch in den Kernmärkten der SaarLB spürbar. Beispielsweise wurde die Region Grand Est (Elsass, Lothringen und Champagne-Ardenne) vom Robert Koch-Institut zum Risikogebiet erklärt.

Zur Eindämmung des Coronavirus wurden auf internationaler und nationaler Ebene umfassende Maßnahmen beschlossen, die zu einer massiven Einschränkung des öffentlichen Lebens führen. Diese umfassen in Deutschland beispielsweise bundesweite Schließungen von Schulen sowie von Sport- und Freizeiteinrichtungen. In Frankreich wurde eine sogenannte Ausgangssperre in Kraft gesetzt. Darüber hinaus haben zahlreiche Länder Einreiseverbote ausgesprochen, die zum Einbruch des grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehrs geführt haben. Ziel dieser Maßnahmen ist die Reduzierung der sozialen Kontakte, um die Ausbreitung der Coronavirus-Pandemie zu verlangsamen.

Derzeit sind die Auswirkungen auf die globale, deutsche und französische Wirtschaft sehr schwer abzuschätzen. Je länger die Pandemie anhält, desto stärker können sich die Auswirkungen zeigen. Die weitere Entwicklung ist gegenwärtig nur schwer abzuschätzen, weil der weitere Verlauf und die Dynamik der Pandemie nicht bekannt sind. Daher sind zum jetzigen Zeitpunkt Prognosen mit großer Unsicherheit behaftet. Die ersten wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie sind beispielsweise in verzögerten Lieferketten, eingebrochenem Tourismus und Produktionsstillstand in der deutschen Automobilindustrie spürbar. Die

Bundesregierung hat bereits ein weitreichendes Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Unternehmen und Sicherung der Arbeitsplätze beschlossen.

Insgesamt hat die SaarLB alle zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus ihrer Sicht notwendigen Maßnahmen getroffen, um sowohl die Interessen und Gesundheit der Kunden als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen. Sie wird die Entwicklung laufend beobachten, neu bewerten und – soweit möglich – entsprechende Handlungsalternativen umsetzen.

Auf Basis der aktuellen Entwicklungen der rasanten Ausbreitung des Virus sowie der durch die jeweiligen Regierungen getroffenen Maßnahmen geht die SaarLB davon aus, dass in Summe das **Ergebnis vor Steuern** in 2020 unterhalb der ursprünglichen Planungen liegen wird. Daher werden auch die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren belastet werden.

Als Auswirkungen für die SaarLB wäre möglich, dass der erwartete Zinsüberschuss nicht erreicht wird. Der rückläufige Zinseffekt könnte jedoch aufgrund des guten Neugeschäftes im letzten Quartal 2019 sowie im ersten Quartal 2020 abgemildert werden. Beim Provisionsgeschäft wäre eine Verschlechterung durch geringeres bzw. verzögertes Neugeschäft zu erwarten.

Somit könnte der ursprüngliche Planwert für die **operativen Erträge** unterschritten werden.

Der Verwaltungsaufwand wird voraussichtlich durch eine zeitverzögerte Besetzung von offenen Stellen bzw. eine zeitliche Verlagerung geplanter Projekte entlastet werden.

Im Bereich der Risikovorsorge besteht die Möglichkeit, dass – je nach Dauer der Pandemie sowie eines möglichen „Shutdown“, z. B. in Form von temporären Unternehmensschließungen und Ausgangssperren – insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen in Schieflage bzw. Existenzschwierigkeiten geraten könnten. Inwieweit ein ggf. von der Regierung zugesagter Rettungsschirm bzw. Kreditrahmen an Unternehmen genehmigt wird und ob dieser ausreichend wäre und Wirkung zeigen könnte, ist zum aktuellen Zeitpunkt offen. Daher ist möglicherweise davon auszugehen, dass sich die Risikovorsorge stärker als ursprünglich erwartet erhöht.

Aufgrund des im vergangenen Jahr deutlich reduzierten Wertpapierbestandes sollten für die SaarLB infolge der Coronavirus-Pandemie keine signifikanten Belastungen als Folge von Kursverlusten zu erwarten sein.

Weitere Darstellungen enthalten die entsprechenden Ausführungen im Lagebericht.

(10) ANGABEN ZU SONSTIGEN FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN, DIE NICHT IN DER BILANZ ENTHALTEN SIND

Mietverhältnisse

in TEUR	2019	2018
Künftige Mindestzahlungen aus unkündbaren Mietvereinbarungen (Restlaufzeiten)	9.090	12.556
bis 1 Jahr	1.819	2.122
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.861	7.020
mehr als 5 Jahre	1.410	3.414

Die Mietvereinbarungen betreffen Mieten für Immobilien sowie die Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Verträge zur Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung haben eine feste Laufzeit von 4 bzw. 5 Jahren; die Mietverträge für Immobilien haben eine unbestimmte Laufzeit; die Mietzahlungen für ein Jahr sind im Laufzeitband bis 1 Jahr enthalten. Optionen sowie bedingte Mietzahlungen bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen betreffen:

in TEUR	2019	2018
Nachschussverpflichtungen gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe	-	-
Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter	2.482	2.482
Nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen	2.200	2.200
Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen	-	-
Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	4.349	3.261

An das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe (vormals Sicherungsreserve der Landesbanken) sind seit 2015 100 % des festgestellten Jahresbeitrags zu zahlen. Eine Nachschussverpflichtung tritt daher nur im Haftungsfall ein.

Die Nachschussverpflichtung sowie die zusätzliche Mithaft für andere Gesellschafter ergeben sich aus dem GmbHG und dem HGB (Recht der Kommanditgesellschaft).

Die Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen beruhen auf Satzung und Kapitalerhöhungsbeschlüssen.

Die Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung ergibt sich aus dem Jahresbeitrag zum Restrukturierungsfonds für das Beitragsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 (sog. Bankenabgabe). 15 % des festgesetzten Jahresbeitrags können in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsverpflichtungen erbracht werden.

(11) SICHERHEITENÜBERTRAGUNG FÜR EIGENE VERBINDLICHKEITEN

Für die nachfolgend genannten Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände als Sicherheiten i. H. v. TEUR 679.369 übertragen:

in TEUR	31.12.2019	31.12.2018
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	291.297	272.337
Insgesamt	291.297	272.337

Der Gesamtbetrag der Buchwerte der übertragenen Sicherheiten, die zur Teilnahme an Clearingeinrichtungen und standardisierten Börseneinrichtungen hinterlegt werden müssen, beträgt EUR 160 Mio. (Vorjahr: EUR 128 Mio.).

Für Zwecke der sog. Bankenabgabe sind EUR 4 Mio. als Sicherheit übertragen.

(12) ANGABEN ZU NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERTEN DERIVATIVEN FINANZGESCHÄFTEN

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ist die Bank vor allem

- Zinsrisiken
- Währungsrisiken
- Aktien- und sonstigen Preisrisiken sowie
- Adressrisiken

ausgesetzt.

Diesen Risiken wird u. a. durch den Abschluss von Sicherungsgeschäften Rechnung getragen.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die hierbei verwendeten derivativen Finanzinstrumente, deren Nominalbeträge, die Marktwerte sowie die Fristen- und Kontrahentenstruktur zum 31. Dezember 2019.

Dabei wurden als Marktwerte bei

- Börsenkontrakten die Marktpreise
- Optionsgeschäften anerkannte Optionspreismodelle mit aktuellen Parametern sowie
- sonstigen derivativen Geschäften Barwertmodelle einschließlich aktueller Zinsstrukturkurven

zugrunde gelegt.

Darstellung der Volumina

in TEUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	2019	2018	2019	2019
Zinsrisiken				
Zins-Swaps	10.875.995	12.843.367	380.362	-274.193
Swaptions	160.500	105.500	-	-22.072
Caps, Floors	856.725	714.516	1.315	-1.647
Futures	1.197.884	1.416.510	3.089	-3.089
Optionen auf Futures	-	-	-	-
Zinsrisiken insgesamt	13.091.104	15.079.893	384.766	-301.001
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	91.621	120.198	357	-550
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	-	-	-	-
Devisenoptionen	77.200	67.200	433	-459
- Käufe	38.600	33.600	433	-
- Verkäufe	38.600	33.600	-	-459
Futures	-	-	-	-
Währungsrisiken insgesamt	168.821	187.398	790	-1.009
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Indexoptionen	2.520	7.506	18	-18
- Käufe	1.260	3.753	18	-
- Verkäufe	1.260	3.753	-	-18
Aktienoptionen	-	-	-	-
- Käufe	-	-	-	-
- Verkäufe	-	-	-	-
Futures	11.805	92.358	58	-58
Aktien- und sonstige Preisrisiken insgesamt	14.325	99.864	76	-76
Risiken aus Kreditderivaten				
Sicherungsnehmer	-	-	-	-
Sicherungsgeber	-	-	-	-
Risiken aus Kreditderivaten insgesamt	-	-	-	-
Insgesamt	13.274.250	15.367.155	385.632	-302.086

Fristengliederung

in TEUR	Nominalwerte							
	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Risiken aus Kreditderivaten	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	120.706	618.813	85.005	98.730	14.325	99.864	-	-
bis 1 Jahr	1.065.167	1.296.078	83.816	88.668	-	-	-	-
bis 5 Jahre	6.389.445	6.229.352	-	-	-	-	-	-
mehr als 5 Jahre	5.515.787	6.935.650	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	13.091.105	15.079.893	168.821	187.398	14.325	99.864	-	-

Kontrahentengliederung

in TEUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Banken in der OECD	11.002.802	12.825.174	280.499	250.440	-298.684	-245.635
Öffentliche Stellen in der OECD	287.441	333.980	14.868	16.666	-239	-480
Sonstige Kontrahenten ¹⁾	1.984.007	2.208.001	90.266	64.248	-3.164	-4.416
Insgesamt	13.274.250	15.367.155	385.633	331.354	-302.087	-250.531

¹⁾ einschließlich Börsenkontrakte

Buchwerte bestehen im Hinblick auf gezahlte und erhaltene Optionsprämien in den Positionen „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“. Diese betreffen mit TEUR 1.552 gezahlte und mit TEUR 15.677 erhaltene Optionsprämien.

(13) ANGABEN ZU AUSSCHÜTTUNGSGESPERRTEN BETRÄGEN

in TEUR	31.12.2019	31.12.2018
Ausschüttungsgesperrte Beträge insgesamt	36.731	35.429
Aktive latente Steuern	32.532	30.983
Unterschiedsbetrag Pensionsrückstellungen	4.199	4.436

Nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB besteht für den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes eine Ausschüttungssperre.

(14) ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Im Jahresdurchschnitt 2019 waren bei der Bank 526 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon 88 bei der Landesbausparkasse sowie 9 bei der SaarLB France.

Durchschnittlicher Personalstand während des Berichtsjahres

Jahresdurchschnitt	2019	2018
Beschäftigte insgesamt	526	527
darunter:		
Landesbausparkasse	88	82
davon männlich	35	33
davon weiblich	53	49
SaarLB France	9	8
davon männlich	7	7
davon weiblich	2	1
Männlich	261	258
Weiblich	265	269
Vollzeitbeschäftigte	311	344
Teilzeitbeschäftigte	215	183
Auszubildende	14	16

(15) BEZÜGE DES VORSTANDES UND DES VERWALTUNGSRATES

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen im Geschäftsjahr 2019 TEUR 1.929 (Vorjahr: TEUR 1.753), die des Verwaltungsrates TEUR 413 (Vorjahr: TEUR 284).

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen betragen zum 31. Dezember 2019 TEUR 27.712. Aufgrund der Übergangsregelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes sind hiervon TEUR 26.141 zurückgestellt. Die laufenden Versorgungsleistungen betragen TEUR 1.856.

(16) HONORAR FÜR DEN ABSCHLUSSPRÜFER

in TEUR	2019	2018
Abschlussprüfungsleistungen	799	888
Andere Bestätigungsleistungen	208	179
Steuerberatungsleistungen	8	-
Sonstige Leistungen	137	126
Insgesamt	1.152	1.193

Die Zahlen für das Jahr 2018 beziehen sich auf PricewaterhouseCoopers als Abschlussprüfer, die Zahlen für das Jahr 2019 auf KPMG als Abschlussprüfer.

Die anderen Bestätigungsleistungen entfallen auf:

- die Prüfung nach § 89 Abs. 1 S. 1 WpHG (Depot-/WpHG-Prüfung)
- betriebswirtschaftliche Prüfungen im Zusammenhang mit dem durch das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe durchgeführten Risikomonitoring und mit der erweiterten Zusammenfassungsverrechnung nach Artikel 49 Abs. 3 Buchstabe a Ziffer iv CRR
- eine betriebswirtschaftliche Prüfung gemäß Abschnitt V Nr. 11 (1) AGB/BBk
- Leistungen im Zusammenhang mit der FINREP-Bescheinigung

Unter den sonstigen Leistungen sind im Wesentlichen Leistungen im Zusammenhang mit dem Projekt Regulatory Office und im Zusammenhang mit der Nachschau der 44er Prüfung aufgeführt.

(17) DRITTEN GEGENÜBER ERBRACHTE DIENSTLEISTUNGEN

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

(18) PENSIONS- UND WERTPAPIERLEIHEGESCHÄFTE

Im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften wurden Anleihen mit einem Buchwert von TEUR 20.136 in Pension gegeben. Im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften wurden Wertpapiere i. H. v. TEUR 310.300 nominal (Vorjahr: TEUR 251.400) entliehen.

(19) DECKUNGSRECHNUNG FÜR DAS HYPOTHEKEN- UND DAS KOMMUNALKREDITGESCHÄFT

Weitergeführter Altbestand nach § 51 PfandBG

in TEUR	2019	2018
Kommunalkreditgeschäft		
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Öffentliche Pfandbriefe	45.000	56.400
davon:		
Inhaberschuldverschreibungen	-	-
Namenschuldverschreibungen	45.000	56.400
Deckungswerte	65.773	77.196
davon:		
Wertpapiere öffentl. Emittenten	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	3.000	3.000
Forderungen an Kunden	62.773	74.196
Deckungsüberhang	20.773	20.796

Neubestand

Nominal- und Barwertdeckung

Hypothekendarlehen

§ 28 (1) Nr. 1 und 3 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse (in Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress*	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inkl. Derivate	498,00	454,50	513,09	462,06	568,48	413,24
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	657,61	678,80	700,49	714,18	755,29	646,05
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Überdeckung in %	32,05 %	49,35 %	36,52 %	54,56 %	32,86 %	56,34 %

Öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 1 und 3 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse (in Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress*	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inkl. Derivate	2.199,30	2.210,80	2.439,75	2.343,62	2.012,33	1.940,34
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	3.105,02	2.981,81	3.500,64	3.226,14	2.993,30	2.695,57
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Überdeckung in %	41,18 %	34,87 %	43,48 %	37,66 %	48,75 %	38,92 %

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen

Zum 31.12.2019 ergibt sich hinsichtlich der Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie der Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse Folgendes:

* Sowohl die Ermittlung des Risikobarwertes als auch des Währungsstresses erfolgt statisch.

Hypothekendarlehen

§ 28 (1) Nr. 2 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (in Mio. EUR)	Darlehenslaufzeit		Deckungsmasse	
	2019	2018	2019	2018
bis zu 6 Monate	25,00	0,50	66,58	45,05
mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	44,00	25,00	25,69	61,40
mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	20,00	25,00	44,29	41,73
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	46,00	44,00	46,57	21,66
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	30,00	66,00	111,46	73,06
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	100,00	30,00	112,90	111,64
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	48,00	70,00	54,86	96,20
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	185,00	194,00	195,26	219,02
mehr als 10 Jahre	0,00	0,00	0,00	9,04

Öffentliche Darlehen

§ 28 (1) Nr. 2 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (in Mio. EUR)	Darlehenslaufzeit		Deckungsmasse	
	2019	2018	2019	2018
bis zu 6 Monate	67,00	50,00	154,31	186,87
mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	110,00	55,00	193,09	122,05
mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	55,00	67,00	130,90	83,43
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	191,00	110,00	131,59	154,33
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	110,50	246,00	272,03	233,18
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	126,00	123,50	171,37	247,93
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	158,00	126,00	238,81	149,71
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	644,00	672,00	811,57	863,85
mehr als 10 Jahre	737,80	761,30	1.001,34	940,46

Aufschlüsselung Hypothekenregister

Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen (in Mio. EUR)	2019	2018
bis zu 300 TEUR	0,89	0,81
mehr als 300 TEUR bis zu 1 Mio. EUR	15,82	13,26
mehr als 1 Mio. EUR bis zu 10 Mio. EUR	300,50	356,10
mehr als 10 Mio. EUR	312,40	280,63

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I) (§ 28 (2) Nr. 1b und 1c PfandBG) (in Mio. EUR)	2019	2018
wohnwirtschaftlich	10,86	22,05
gewerblich	618,75	628,75

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II) (§ 28 (2) Nr. 1b und 1c PfandBG) (in Mio. EUR) Staat	Stichtag	Eigentumswohnungen	Ein- und Zweifamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	Bauplätze	Summe
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2019	4,64	0,00	6,23		253,18	0,00	165,28	0,00	0,00	488,82
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2018	15,50	0,00	6,55	32,51	261,04	0,00	150,07	0,00	0,00	465,67
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2019	0,00	0,00	0,00		37,69	0,00	21,28	0,00	0,00	140,79
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2018	0,00	0,00	0,00	123,84	39,79	0,00	21,50	0,00	0,00	185,13
Summe	31.12.2019	4,64	0,00	6,23		290,87	0,00	186,56	0,00	0,00	629,61
Summe	31.12.2018	15,50	0,00	6,55	156,35	300,83	0,00	171,57	0,00	0,00	650,80

§ 28 (2) Nr. 2 PfandBG (in Mio. EUR)	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	
	2019	2018	2019	2018
keine	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00

Aufschlüsselung Deckungsregister für öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (3) Nr. 1 PfandBG Gesamtbetrag der verwendeten Forderungen nach Größenklassen (in Mio. EUR)	2019	2018
bis zu 10 Mio. EUR	770,17	657,40
mehr als 10 Mio. EUR bis zu 100 Mio. EUR	1.774,71	1.733,73
mehr als 100 Mio. EUR	560,14	590,68

§ 28 (3) Nr. 2 PfandBG Gesamtbetrag der verwendeten Forderungen nach Staaten und Schuldnerklassen (in Mio. EUR)	Stichtag	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	darin enthaltene Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung
		geschuldet von	gewährleistet von	geschuldet von	gewährleistet von	geschuldet von	gewährleistet von	geschuldet von	gewährleistet von		
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2019	10,00	0,00	75,48	138,76	1.734,87	133,90	20,10	0,00	2.113,10	0,00
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2018	10,00	0,00	76,53	148,00	1.726,45	139,65	7,11	0,00	2.107,74	0,00
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2019	46,27	0,00	0,00	0,00	874,98	0,00	70,67	0,00	991,92	0,00
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2018	46,99	0,00	0,00	0,00	766,65	0,00	60,43	0,00	874,07	0,00
Summe	31.12.2019	56,27	0,00	75,48	138,76	2.609,84	133,90	90,77	0,00	3.105,02	0,00
Summe	31.12.2018	56,99	0,00	76,53	148,00	2.493,10	139,65	67,54	0,00	2.981,81	0,00

§ 28 (3) Nr. 3 PfandBG Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen (in Mio. EUR)	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

§ 28 (3) Nr. 3 PfandBG Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt (in Mio. EUR)	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Verteilung der Deckungswerte Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs (nominal)	2019		2018	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Gesamte Deckungsmasse	3.105,02	141,18 %	2.981,81	134,87 %
davon Ordentliche Deckung nach § 20 (1) PfandBG	3.105,02	141,18 %	2.981,81	134,87 %
davon Sichernde Überdeckung nach § 4 (1) PfandBG	66,00	3,00 %	66,00	2,99 %
davon Weitere Deckung nach § 20 (2) PfandBG	0,00	0,00 %	0,00	0,00 %
davon Sichernde Überdeckung nach § 20 (2) Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00 %	0,00	0,00 %

Weitere Deckungswerte

Hypothekendarlehen

§ 28 (1) Nr. 4, 5 und 6 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen Staat (in Mio. EUR)	Ausgleichsforderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 1 PfandBG		Forderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 2 PfandBG				Forderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 3 PfandBG		Summe	
	2019	2018	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i. S. d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		2019	2018	2019	2018
Bundesrepublik Deutschland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	28,00	28,00	28,00	28,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	28,00	28,00	28,00	28,00

Öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 4 und 5 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen Staat (in Mio. EUR)	Ausgleichsforderungen i. S. d. § 20 (2) Nr. 1 PfandBG		Forderungen i. S. d. § 20 (2) Nr. 2 PfandBG				Summe	
	2019	2018	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i. S. d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		2019	2018
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Kennzeichen der begebenen Pfandbriefe

Hypothekendarlehen

§ 28 (1) Nr. 8 PfandBG Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten (in Mio. EUR)	2019	2018
§ 19 (1) Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00
§ 19 (1) Nr. 3 PfandBG	0,00	0,00

§ 28 (1) Nr. 9 PfandBG Kennzahlen	2019	2018
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	79,05 %	78,51 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00 %	100,00 %

§ 28 (1) Nr. 10 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief- Barwertverordnung) Fremdwährung	Zinsstress-Barwert der Deckungs- massen		Zinsstress-Barwert des Pfandbrief- umlaufs		Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Mio. EUR	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Weitere Kennzahlen	2019	2018	
§ 28 (1) Nr. 7 PfandBG – Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 (1) PfandBG überschreiten	Mio. EUR	0,00	0,00
§ 28 (1) Nr. 11 PfandBG – volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	Jahre	5,16	4,75
§ 28 (2) Nr. 3 PfandBG – durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	%	52,74 %	53,98 %
Ordentliche Deckung (nominal)	Mio. EUR	629,61	650,80
Anteil am Gesamtumlauf	%	126,43 %	143,19 %

Öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 8 PfandBG Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten (in Mio. EUR)	2019	2018
§ 20 (2) Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00

§ 28 (1) Nr. 9 PfandBG Kennzahlen	2019	2018
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	74,36 %	73,55 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	93,86 %	92,76 %

§ 28 (1) Nr. 10 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung) Fremdwährung	Zinsstress-Barwert der Deckungsmassen		Zinsstress-Barwert des Pfandbriefumlaufs		Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Mio. EUR	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Anteil Derivate

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Derivate.

Zahl der Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen sowie Zahl der Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Zwangsversteigerungen und keine Zwangsverwaltungen sowie keine Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten.

Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

Hypotheken	Betrag in TEUR			
	Wohnwirtschaftlich		Gewerblich	
	2019	2018	2019	2018
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	-	-	-	-

(20) ANTEILSBESITZ

Den Anteilsbesitz der SaarLB gemäß § 285 Ziffer 11 HGB – soweit nicht von untergeordneter Bedeutung (§ 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB) – zum 31. Dezember 2019 zeigt folgende Aufstellung:

Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenkapital in TEUR	Anteil am Kapital in %	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres in TEUR	
1.	LBS Vertriebs GmbH, Saarbrücken*	25	100,00	288	(2018)
2.	LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken*	300	100,00	45	(2018)
3.	TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin	24	50,00	3	(2018)
4.	TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG, Berlin	./6.568	47,01	-89	(2018)
5.	Gekoba-Gesellschaft für Gewerbe- und Kommunalbauten mbH, Saarbrücken	6.773	38,00	321	(2018)
6.	Saarländische Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	7.593	33,33	191	(2018)
7.	Saarländische Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	7.776	30,43	2.356	(2018)
8.	GSW-Saarländische Wohnungsbaugesellschaft mbH, Saarbrücken	9.866	28,57	497	(2018)
9.	NBV Beteiligungs GmbH, Hannover	12.823	21,33	2.209	(2018)
10.	Deutsche Crowdinvest GmbH, Saarbrücken	500	20,00	-64	(2018)
11.	Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken	65.285	19,34	186	(2018)
12.	Artelis S.A., Luxemburg	38.900	10,00	2.898	(2018)
13.	S-Partner Kapital AG, München	10.665	9,31	1.484	(2018)
14.	Bayern Mezzaninekapital GmbH & Co. KG Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, München	17.599	8,33	1.458	(2018)

* Beteiligung der LBS

Bei der folgenden großen Kapitalgesellschaft besteht eine Stimmrechtsquote von mehr als 5 %:

- Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

Mit den Unternehmen unter Nr. 1 und 2 bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Bei folgendem Unternehmen ist die SaarLB unbeschränkt haftende Gesellschafterin:

- GLB GmbH & Co. OHG, An der Welle 4, 60422 Frankfurt/Main

(21) VERWALTUNGSORGANE DER SAARLB**Verwaltungsrat****Jan-Christian Dreesen**

Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstandes
FC Bayern München AG
Vorsitzender

**Cornelia Hoffmann-
Bethscheider**

Präsidentin
Sparkassenverband Saar
Stellvertretende Vorsitzende

Jürgen Barke

Staatssekretär
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,
Energie und Verkehr, Saarland

Sarah Bennoit

Bankangestellte
Landesbank Saar

Stefan Crohn

Ministerium der Finanzen des Landes
Rheinland-Pfalz

Thomas Klein

Bankangestellter
Landesbank Saar

Fred Metzken

Geschäftsführer
SHS Struktur-Holding-Stahl
Beteiligungsgesellschaft mbH

Thomas Roß

Bankangestellter
Landesbank Saar

Daniela Schlegel-Friedrich

Landrätin
Landkreis Merzig-Wadern

Ralph Singer

Bankangestellter
Landesbank Saar
(ab 02.05.2019)

Peter Strobel

Minister
Ministerium für Finanzen und Europa,
Saarland

Prof. Dr. Wolfgang Wegener

Co-Chief Executive Officer
Becker Mining Systems AG

Luzia Welter

Bankangestellte
Landesbank Saar
(bis 01.05.2019)

Beauftragter der Aufsichtsbehörde:

Dominik Becker

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,
Energie und Verkehr, Saarland

Vorstand

Dr. Thomas Bretzger

Vorsitzender des Vorstandes

Gunar Feth

Stellvertretender Vorsitzender des
Vorstandes

Frank Eloy

Mitglied des Vorstandes

Dr. Matthias Böcker

Mitglied des Vorstandes

(22) BEZIEHUNGEN ZU NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Unternehmen und Personen gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen der SaarLB gehören zum 31.12.2019:

- das Saarland sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- alle Tochterunternehmen der Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen der Tochterunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen der SaarLB,
- alle Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen der Tochterunternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochterunternehmen der assoziierten Unternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene),
- der Sparkassenverband Saar sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält; Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der SaarLB direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Hierzu zählen die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates der SaarLB sowie deren nahe Familienangehörige.
- das Trägerunternehmen für Pensionspläne für SaarLB-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Die SaarLB unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen. Geschäfte mit diesen Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Eine Auflistung der wesentlichen Beteiligungsunternehmen der SaarLB befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes, vgl. (20).

Der Gesamtbetrag der den Vorstands- bzw. Verwaltungsratsmitgliedern der SaarLB gewährten Kredite sowie erhaltenen Einlagen stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	2019	2018
Forderungen	653	335
Mitglieder des Vorstandes der SaarLB	29	18
Personen in Schlüsselpositionen	14	20
Mitglieder des Verwaltungsrates der SaarLB	610	297
Verbindlichkeiten	554	566
Mitglieder des Vorstandes der SaarLB	50	136
Personen in Schlüsselpositionen	84	134
Mitglieder des Verwaltungsrates der SaarLB	420	296

Von nahen Familienangehörigen hat die SaarLB Einlagen i. H. v. TEUR 130 (Vorjahr: TEUR 142) erhalten.

(23) MANDATE VON VORSTANDSMITGLIEDERN UND MITARBEITERN IN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSGREMIEN

Während des Berichtsjahres bestanden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (einschließlich aller Kreditinstitute, unabhängig von deren Rechtsform):

Frank Eloy

Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken
 mediserv Bank GmbH, Saarbrücken

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Landesbank Saar so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Saar beschrieben sind.

Saarbrücken, 25. März 2020

Landesbank Saar

Der Vorstand

Dr. Thomas Bretzger

Gunar Feth

Frank Eloy

Dr. Matthias Böcker

Anlage zum Jahresabschluss

Offenlegung nach § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

Die SaarLB betreibt eine Niederlassung in Frankreich mit Sitz in Straßburg, der mehrere „Centres d’Affaires“ zugeordnet sind.

Folgende Angaben sind vorzunehmen:

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
Firmenbezeichnung	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar
Art der Tätigkeit	Betreiben von Bankgeschäften	Betreiben von Bankgeschäften	Vermittlung von Kreditgeschäft	Vermittlung von Kreditgeschäft
Geografische Lage	Deutschland	Deutschland	Frankreich	Frankreich
Umsatz ¹⁾	305.025	302.432	4.123	3.911
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten	428,9	454,5	9,0	8,0
Gewinn vor Steuern ¹⁾	44.090	38.895	402	379
Steuern auf Gewinn ¹⁾	23.934	15.721	128	119
Erhaltene öffentliche Beihilfen	-	-	-	-

¹⁾ in TEUR

Der Umsatz ergibt sich als Summe aus den Zins- und Provisionserträgen sowie den sonstigen betrieblichen Erträgen. Die LBS ist in der Landesbank Saar Deutschland enthalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Landesbank Saar, Saarbrücken

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landesbank Saar, Saarbrücken – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Kapitalflussrechnung und dem Eigenkapitalpiegel für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landesbank Saar für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im

Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Angemessenheit der Einzelwertberichtigungen auf Kundenforderungen

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Landesbank Saar für Einzelwertberichtigungen verweisen wir auf den Abschnitt „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ Absatz (3) des Anhangs der Gesellschaft. Bezüglich der Erläuterung des Risikomanagementsystems verweisen wir auf den Abschnitt „Risikobericht“ des Lageberichts.

Das Risiko für den Abschluss

Der Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ beinhaltet zum 31. Dezember 2019 Forderungen in Höhe von EUR 11.802 Mio bzw. ca. 80,4 % der Bilanzsumme. Ein wesentlicher Teil der darauf entfallenden Risikovorsorge betrifft Einzelwertberichtigungen.

Zur Ermittlung von Einzelwertberichtigungen für akute Ausfallrisiken werden Kundenforderungen, bei denen die Kapitaldienstfähigkeit nicht mehr nachhaltig gegeben ist, anhand festgelegter Kriterien und/oder ad hoc-Meldungen identifiziert.

Die Ermittlung der erforderlichen Einzelwertberichtigungen erfordert zukunftsorientierte Schätzungen über erwartete Rückflüsse aus Zins- und Tilgungsansprüchen, die unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Entwicklung von wertbestimmenden Annahmen und Parametern vorzunehmen und in hohem Maß mit Ermessen behaftet sind.

Zu den wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parametern zählen insbesondere die Engagementstrategie (Fortführungs- oder Verwertungsszenarien), sowie, in Abhängigkeit von den Verhältnissen des Einzelfalls, die Entwicklung der für die jeweiligen Kreditkunden relevanten Beschaffungs- und Absatzmärkte oder ggfs. die Erfolgsaussichten von Reorganisations- oder Sanierungskonzepten der Kunden bzw. im Verwertungsszenario die voraussichtlich erzielbaren Zuflüsse aus der Sicherheitenverwertung. Da diese Schätzungen und Ermessensausübungen unter Unsicherheit vorzunehmen sind und einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Einzelwertberichtigungen haben, war es im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, dass die wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter sachgerecht abgeleitet und bei der Schätzung der zu erwarteten Rückflüsse im Einklang mit den Anforderungen an die externe Rechnungslegung verwendet wurden.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unter Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Demzufolge haben wir unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

In einem ersten Schritt haben wir uns einen umfassenden Einblick in die Entwicklung des Kreditportfolios, die damit verbundenen adressausfallbezogenen Risiken, die verwendeten Methoden und Modelle sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Überwachung und Bewertung der Adressausfallrisiken im Kreditportfolio verschafft. Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Festlegung von Engagementstrategien und die Bestimmung der weiteren wertbestimmenden Annahmen haben wir Befragungen

durchgeführt und Einsicht in die relevanten Unterlagen genommen, um die in dieser Hinsicht relevanten Kontrollen zu identifizieren. Anschließend haben wir uns von der Ausgestaltung und anhand von Stichproben von der Wirksamkeit dieser Kontrollen überzeugt. Für die dabei zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Wirksamkeit der System- und Anwendungssteuerung unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft.

Anhand einer unter Wesentlichkeits- und Risikogesichtspunkten bestimmten bewussten Auswahl von Einzelengagements haben wir die Werthaltigkeit der Forderungen untersucht. Zunächst haben wir untersucht, ob bei den ausgewählten Engagements Kriterien vorliegen, die auf einen Einzelwertberichtigungsbedarf hindeuten. Bei Vorliegen von Kriterien, die auf einen Einzelwertberichtigungsbedarf hindeuten, haben wir uns davon überzeugt, dass diese ordnungsgemäß berücksichtigt wurden. Darauf aufbauend haben wir insbesondere die Annahmen über die noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder die erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten überprüft und gewürdigt, ob die in der Vergangenheit verwendeten Annahmen zutreffend waren. Bei wertgeminderten Engagements haben wir anschließend gewürdigt, ob die zugrunde gelegte Sicherheitenbewertung mit den tatsächlichen Verhältnissen im Einklang steht und nachvollziehbar begründet ist. In Bezug auf die in der Bewertung abgestellten Kreditsicherheiten haben wir den rechtlichen Bestand und die Werthaltigkeit dieser Sicherheiten beurteilt. Dabei haben wir, soweit dies auf den Sachverhalt zutraf und zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Bedeutung war, die von der Landesbank Saar herangezogenen Wertgutachten externer Gutachter verwendet und anhand öffentlich verfügbarer Informationen beurteilt, ob deren Annahmen in sachgerechter Weise aus geeigneten internen und externen Quellen abgeleitet wurden. Abschließend haben wir nachvollzogen, ob die erforderliche Einzelwertberichtigung rechnerisch richtig ermittelt wurde.

Unsere Schlussfolgerungen

Die Kriterien zur Identifizierung von Engagements mit Einzelwertberichtigungsbedarf sowie die wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter bezüglich der Höhe der noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder über die Höhe der zu erwartenden Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten wurden sachgerecht ausgewählt und im Einklang mit den für die Bemessung von Einzelwertberichtigungen anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen verwendet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Verwaltungsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung zu stellenden gesonderten nichtfinanziellen Bericht, auf den im Lagebericht Bezug genommen wird.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts.

Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 9. Oktober 2018 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 18. Juni 2019 vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2019 als Abschlussprüfer der Landesbank Saar tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Carsten Eisele.

Saarbrücken, den 25. März 2020

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eisele
Wirtschaftsprüfer

Sturm
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Verwaltungsrat die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat auch im Jahr 2019 regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung der Bank und der Landesbausparkasse informiert. Die Geschäftspolitik der Landesbank Saar und grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung wurden zwischen Verwaltungsrat und Vorstand intensiv erörtert. Der Verwaltungsrat war in Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung eingebunden und hat – soweit erforderlich – seine Zustimmung erteilt.

Darüber hinaus stand der Vorsitzende des Verwaltungsrates in regelmäßigem und intensivem Austausch mit dem Vorstand der SaarLB.

Im Berichtsjahr fand sich der Verwaltungsrat zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. An den Sitzungen hat regelmäßig auch die Staatsaufsicht teilgenommen.

In allen vier ordentlichen Sitzungen hat sich der Verwaltungsrat mit dem Projekt SaarLB2020 befasst. Weitere Themenschwerpunkte waren die kontinuierliche Berichterstattung über den Stützungsfall NordLB sowie die Berichterstattung über die SREP-Bescheide der Aufsicht. In allen Sitzungen hat der Vorstand zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bank und der Landesbausparkasse informiert.

Hierunter fallen auch die Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen, die Risikosituation und die Kapitalquoten. Darüber hinaus haben die Ausschussvorsitzenden regelmäßig über die Arbeit in den Ausschüssen informiert.

Nachfragen des Verwaltungsrates hat der Vorstand unverzüglich und zur Zufriedenheit des Verwaltungsrates beantwortet.

Turnusgemäß hat sich der Verwaltungsrat in seiner Februar-Sitzung mit dem vorläufigen Ergebnis des Geschäftsjahres 2018 der Bank und der Landesbausparkasse befasst.

Im Rahmen der April-Sitzung berichteten Vorstand und Jahresabschlussprüfer umfassend zum Geschäftsjahr 2018. Auf Basis der Empfehlung des Prüfungsausschusses stellte der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank und der Landesbausparkasse fest. Den gesonderten nichtfinanziellen Bericht sowie den zugehörigen Prüfungsbericht der Internen Revision nahm der Verwaltungsrat zur Kenntnis. Des Weiteren erfolgte eine Anpassung der Geschäftsanweisung für den Vorstand sowie eine Beschlussfassung zur Alternativplanung „Turbo 13“.

In der August-Sitzung befasste sich der Verwaltungsrat unter anderem mit dem Halbjahresabschluss der Bank.

Schwerpunktthemen der November-Sitzung waren die Erörterung und Kenntnisnahme der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der IT-Strategie für das Jahr 2020 sowie die Verabschiedung der Planung für das Jahr 2020. Darüber hinaus erörterte der Verwaltungsrat die Ergebnisse der jährlichen Evaluierung des Verwaltungsrates sowie den Bericht zu den Sonderprüfungen.

Im Berichtsjahr fanden vier Sitzungen sowie eine Sitzung im Rahmen einer Telefonkonferenz des Risikoausschusses statt. Der Risikoausschuss befasst sich mit allen wesentlichen Fragen im Zusammenhang mit der Risikostrategie und Risikosituation von Bank und Landesbausparkasse. Der Vorstand hat regelmäßig mit dem Risikoausschuss die MaRisk-Risikoberichte von Bank und Landesbausparkasse erörtert. Darüber hinaus beschloss der Risikoausschuss die zustimmungsbedürftigen Einzelkredite. Dies erfolgte neben den Sitzungen auch im Rahmen von zwei Umlaufbeschlüssen. Der Risikoausschuss überwachte die Übereinstimmung der Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank. Darüber hinaus überprüfte er, dass die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der SaarLB sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen angemessen berücksichtigen. Im zweiten Halbjahr wurde der Risikoausschuss regelmäßig über den Sachstand des Sanierungsplanes unterrichtet.

Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum zweimal und behandelte in den Sitzungen insbesondere Fragen der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses. Er überwachte die Abschlussprüfung und die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss erörterte mit dem Vorstand die Berichte der Internen Revision, den Bericht zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen, den Bericht zur Compliance-Funktion gemäß WpHG, den Bericht zur MaRisk-Compliance-Funktion, den Bericht der betrieblichen Datenschutzbeauftragten und den Bericht über das Informationssicherheitsmanagement.

Themenschwerpunkt der Sitzung des Vergütungskontrollausschusses war der Bericht 2018 sowie die konzeptionellen und redaktionellen Anpassungen des Vergütungssystems für Mitarbeiter, die befürwortet wurden.

Experten aus dem Bereich Regulatorik und Aufsichtsrecht schulten die Mitglieder des Verwaltungsrates im Jahr 2019 in zwei Weiterbildungsveranstaltungen. Themenschwerpunkte waren interne Ratings und Aufsichtspflichten des Verwaltungsrates.

Die Organe der Bank haben in ihren Sitzungen am 23. April 2020 die Einhaltung der unternehmenseigenen Corporate Governance-Grundsätze, zu denen sich die SaarLB freiwillig verpflichtet hat, erörtert und festgestellt, dass keine Anhaltspunkte bekannt sind, die im Geschäftsjahr 2019 einer Einhaltung dieser Grundsätze widersprechen.

Den Lagebericht und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 sowie den Vorschlag für die Gewinnverwendung hat der Verwaltungsrat mit dem Vorstand beraten.

Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2019 wurden durch den Abschlussprüfer, die KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und erhielten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen und den HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 am 23. April 2020 festgestellt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Im Namen der Mitglieder des Verwaltungsrates danke ich den Kunden und Geschäftspartnern der SaarLB und der Landesbausparkasse für das entgegengebrachte Vertrauen. Darüber hinaus dankt der Verwaltungsrat den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern der SaarLB und der Landesbausparkasse für die im Geschäftsjahr 2019 geleistete Arbeit und ihren großen persönlichen Einsatz.

Saarbrücken, 23. April 2020

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates
Jan-Christian Dreesen

Gewinnverwendungsbeschluss

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2019 in Höhe von EUR 19.155.846,41 wird in Höhe von EUR 9.805.846,41 der anderen Gewinnrücklage der SaarLB zugeführt und in Höhe von EUR 9.350.000,00 auf die neue Rechnung (Gewinnvortrag) vorgetragen.

Abkürzungsverzeichnis

a.o.	außerordentlich
ABS	Asset Backed Security
Abs.	Absatz
AfA	Abschreibung für Anlagevermögen
AGB/BBk	Allgemeine Geschäftsbedingungen der Deutschen Bundesbank
AIRFI	Alsace Inter Régio Fonds d'Investissement
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BFA	Bankfachausschuss
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BW	Buchwert
bzw.	beziehungsweise
CET1	Common Equity Tier 1
CIR	Cost Income Ratio
CoRep	Common solvency ratio reporting
CRM	Credit Risk Management
CRR	Capital Requirements Regulation
DAX	Deutscher Aktienindex
dcr	Derivative Counterparty Rating
DelVO	Delegierte Verordnung
DRS	Deutsche Rechnungslegungs Standards
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
EBA	European Banking Authority
EE	Erneuerbare Energien
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EinSiG	Einlagensicherungsgesetz
EK	Eigenkapital
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EU-APrVO	EU-Abschlussprüfungsverordnung
EUR	Euro
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate
EZB	Europäische Zentralbank
ff.	folgende
FINREP	Financial Reporting
ggf.	gegebenenfalls
GK	Gesamtkapital
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRL	Gewinnrücklagen
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HFA	Hauptfachausschuss
HGB	Handelsgesetzbuch
HQLA	High-Quality Liquid Assets
HRA	Handelsregister Teil A
i. H. v.	in Höhe von
i. S. d.	im Sinne des
ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
IDV	Individuelle Datenverarbeitung
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.

IFRS	International Financial Reporting Standards
IHK	Industrie- und Handelskammer
IKS	Internes Kontrollsystem
insb.	insbesondere
IRBA	Internal Ratings Based Approach
IT	Informationstechnologie
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KWG	Kreditwesengesetz
LCR	Liquidity Coverage Ratio
LBS	Landesbausparkasse Saar, Saarbrücken
LGD	Loss Given Default
LIP	Loss Identification Period
LVaR	Liquiditäts-Value at Risk
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MDAX	Mid-Cap-DAX
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MW	Marktwert
Nr.	Nummer
o. g.	oben genannt
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OpRisk	Operationelles Risiko
OSPlus	One System Plus
PfandBG	Pfandbriefgesetz
PPP	Public Private Partnership
rd.	rund
RechKredV	Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung
RoE	Return on Equity
RS	Stellungnahmen zur Rechnungslegung
RWA	Risk-Weighted Assets
SaarLB	Landesbank Saar, Saarbrücken
SAG	Sanierungs- und Abwicklungsgesetz
SDAX	Small-Cap-DAX
sog.	sogenannt
SREP	Supervisory Review and Evaluation Process
TEUR	Tausend Euro
Tz.	Textziffer
u. a.	unter anderem
US-GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
USD	US-Dollar
v. a.	vor allem
VaR	Value at Risk
Verord.	Verordnung
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
z. B.	zum Beispiel
zzgl.	zuzüglich

Impressum

Herausgeber	Landesbank Saar Ursulinenstraße 2 66111 Saarbrücken
Redaktion	Personal und Kommunikation E-Mail: service@saarlb.de
Gestaltung	FBO GmbH ▪ Marketing und Digitales Business Heinrich-Barth-Straße 27 66115 Saarbrücken
Fotos	Michael Wolf (www.fotowolfsaar.de), iStock
Druck	repa druck GmbH Zum Gerlen 66131 Saarbrücken



Der SaarLB-Finanzbericht 2019 online
www.saarlb.de/geschaeftsbericht2019

SAARLAND

Großes entsteht immer im Kleinen.



Saar^{LB}

Landesbank Saar, Saarbrücken

ADRESSE Ursulinenstraße 2
66111 Saarbrücken
66104 Saarbrücken

POSTFACHADRESSE
FON +49 681 383-01
FAX +49 681 383-1200
INTERNET www.saarlb.de
E-MAIL service@saarlb.de
BIC/SWIFT SALADE55
BANKLEITZAHL 590 500 00

Landesbank Saar, Vertriebsbüro Koblenz

ADRESSE Peter-Klöckner-Straße 5
56073 Koblenz

FON +49 261 9521-8461
E-MAIL service@saarlb.de

Landesbank Saar, Vertriebsbüro Mannheim

ADRESSE Willy-Brandt-Platz 5 - 7
68161 Mannheim

FON +49 621 124769-10
E-MAIL service@saarlb.de

Landesbank Saar, Vertriebsbüro Trier

ADRESSE Nikolaus-Koch-Platz 4
54290 Trier

FON +49 651 9946-6138
E-MAIL service@saarlb.de

SaarLB France, Niederlassung der Landesbank Saar

ADRESSE Résidence Le Premium
17 - 19, rue du Fossé des Treize
67000 Strasbourg
Frankreich

FON +33 3 88 37 58 70
FAX +33 3 88 36 93 78
E-MAIL service@saarlb.fr

SaarLB France, Centre d'affaires

ADRESSE 203, rue du Faubourg
Saint-Honoré
75008 Paris
Frankreich

FON +33 1 45 63 63 52
FAX +33 1 45 63 71 22
E-MAIL service@saarlb.fr



LBS Landesbausparkasse Saar

ADRESSE Beethovenstraße 35 - 39
66111 Saarbrücken

POSTFACHADRESSE Postfach 10 19 62
66019 Saarbrücken

FON +49 681 383-290
FAX +49 681 383-2100
INTERNET www.lbs-saar.de
E-MAIL service@lbs-saar.de